Internationales Institut
Liberale Politik

Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Ostasien
Geostrategischer Schwerpunkt der Welt

Mit Beiträgen von
Bill K. M. Chen – Yuan-hsiung Chen – Gustav C. Gressel
Sebastian Harnisch – Eugene Kogan – Chong-Pin Lin
Rudolf Logothetti – Urs Schöttli – Gudrun Wacker

Heft 29

Wien, April 2009

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Ostasien
Geostrategischer Schwerpunkt der Welt

Urs Schöttli 3
Brennpunkte in Ostasien –
Sicherheitspolitische Herausforderungen

Gudrun Wacker 7
Auf der Suche nach Harmonie:
China als regionaler und globaler Akteur

Rudolf Logothetti 13
Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

Eugene Kogan 17
The Russian-Chinese Disconnect in the
Defence Industry Field

Sebastian Harnisch 25
The Korean Conundrum: Moderating Expectations
and Containing Nuclear Extortion

Urs Schöttli 36
Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

Yuan-hsiung Chen 42
The Security Situation of the Republic of China

Chong-pin Lin 47
Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

Bill Keh-ming Chen 55
The Role and Influence of the United States
in East Asia

Gustav C. Gressel 59
Anmerkungen zu den politischen Beziehungen
zwischen der Europäischen Union und Taiwan

Die Autoren dieses Heftes 76

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
bisher erschienen 78

Heft 29 WIEN, APRIL 2009

Internationales Institut für Liberale Politik Wien
Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bagci, Middle East Technical University, Ankara
Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien
Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen
Univ.-Prof. Dr. Heimo Hofmeister, Universität Heidelberg
Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden
Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz
Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München
Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim
Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong
Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen
Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum
Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter
Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2
Wien, April 2009
Gesamtherstellung: IILP
ISBN 978-3-902595-28-7

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

In Ostasien wird die künftige Weltordnung entworfen

In Ostasien finden wir die zweitgrößte Wirtschaftsmacht, das hochtechnologisch entwickelte Japan, das bevölkerungsreichste Land der Welt, China, das im Begriff ist, eine global wirksame Großmacht und Wirtschaftsweltmacht zu werden, das flächengrößte Land der Welt, Russland, zwar eine absteigende Macht, aber immer noch ein global wirksamer Akteur mit dem zweitstärksten strategischen Atomwaffenarsenal. Dort liegen auch die beiden Korea, dessen Norden einen permanenten Krisenherd darstellt und von Nachbarn als Bedrohung angesehen wird. Dann gibt es noch China und Taiwan, eine offene Frage von globaler Relevanz. Denn schließlich ist auch die USA in der Region präsent, verfolgt dort globalstrategische Interessen und unterhält Militärstützpunkte.

Die Region ist zu einem der Wirtschaftszentren geworden, hat aber noch keine hinlänglich entwickelte Sicherheitsstruktur wie Europa. Dafür offene und potenzielle Konflikte und Probleme. Nord-Südkorea; nordkoreanische Atombombe; japanische Sorge vor der chinesischen Aufrüstung; China-Taiwan; russisch-chinesisches Misstrauen; Territorialkonflikte (um Inseln) im ostchinesischen und japanischen Meer zwischen Japan, Korea, China und Taiwan und im Südchinesischem Meer zwischen China, Vietnam, den Philippinen, Indonesien und Malaysia.

Dieser sicherheitspolitische Krisenbereich ist auch eine militärisch intensive Region. China, Taiwan, Japan und die beiden Korea halten 4,6 Mio. Soldaten unter Waffen. Das ist mehr als die gesamte NATO hat und 2,3 mal soviel wie alle EU-Staaten zusammen; dazu kommen noch Truppen der USA und Russlands.

Ostasien verdient große Aufmerksamkeit. Die Entwicklung dort ist entscheidend für die globale Entwicklung.

Erich Reiter

Urs Schoettli

Brennpunkte in Ostasien

Sicherheitspolitische Herausforderungen

Ostasien ist im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die der Westen mit der islamischen Welt hat, und vor dem Hintergrund des aktuellen Kriegsgeschehens im Irak und in Afghanistan aus den Schlagzeilen der westlichen Medien weitgehend verschwunden. Allgemein schaut man auf Ostasien aus dem Blickwinkel der Wirtschaft und denkt, dass die sicherheitspolitischen Probleme in dieser Region abgehakt sind. Zuweilen vermag immerhin die Kontroverse um das nordkoreanische Atomprogramm noch für etwas Aufmerksamkeit zu sorgen, wobei die Europäer dieses schwierige Problem dankbar den USA überlassen.

Zunächst ist in Erinnerung zu rufen, dass das Ende des Kalten Kriegs nicht, wie dies in den westlichen Medien mehrheitlich dargestellt worden ist, ausschließlich eine europäische Zäsur war. Natürlich waren der Fall der Mauer in Berlin und das Verschwinden des Eisernen Vorhangs die großen emblematischen Ereignisse. Doch auch in Asien hinterließ das Ende des Kalten Kriegs weitreichende geopolitische Konsequenzen. Man denke an die Neukonfiguration der Allianzen und außenpolitischen Orientierungen auf dem Indischen Subkontinent, man denke aber auch ganz besonders an das Verschwinden der sowjetischen Flotte aus dem pazifischen Raum.

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Ostasien reichen alle weit in die Nachkriegsgeschichte zurück. Es handelt sich im wesentlichen um:

- Die Teilung der koreanischen Halbinsel
- Die Spannungen an der Strasse von Taiwan
- Das Misstrauen der ASEAN-Staaten gegenüber der Volksrepublik China
- Kleinere bilaterale Streitigkeiten um Inseln in Ostasien

Hinzu kommt selbstverständlich der seit über drei Jahrhunderten schlummernde Grenzkonflikt zwischen China und Russland sowie, dies ein sehr neues Vermächtnis, die Neugruppierung der Staatenwelt in Zentralasien nach dem Zerfall der Sowjetunion.

Blickt man auf Nordkorea, dem wohl wichtigsten Brennpunkt in Ostasien, so kann gelten, dass alles hochrangig spekulativ sein muss und dass es nur eine Gewissheit gibt: das nordkoreanische Regime ist stets für sprunghafte Entscheide und zuweilen irrational erscheinende Verhaltensweisen gut. Dies liegt nicht nur daran, dass Nordkorea zu den Staaten der Welt gehört, die am hermetischsten von der Außenwelt abgeschottet sind. Dies liegt auch daran, dass die Nachbarn Nordkoreas höchst unterschiedliche Eigeninteressen verfechten, wie dies im Verlauf der ausgedehnten Pekinger Sechsparteiengespräche mehrmals deutlich geworden ist. Tatsache ist jedenfalls, dass es Pjöngjang bisher gelungen ist, mit sehr schlechten Karten ein, so man das Überleben des herrschenden Regimes zum Maßstabe nimmt, sehr erfolgreiches Spiel zu spielen.

Natürlich lastet auf der koreanischen Halbinsel noch immer das Erbe des Koreakriegs. So widersetzt sich Peking einer Vereinigung der beiden Korea auch deshalb, weil diese dazu führen müsste, dass amerikanische Truppen erneut an der koreanisch-chinesischen Grenze stehen würden – wie damals zu MacArthurs Zeiten, als die Chinesen mit einem hohen Blutzoll die Amerikaner in den Süden zurückschlugen. Ferner kann Kim Jong Il gegenüber Peking stets das Szenario eines Kollapses ausspielen, in dessen Gefolge Millionen von Koreanern über die Grenze nach China strömen würden und die ganze koreanische Halbinsel im Chaos versinken würde.

Schließlich hat auch Japan neben der atomaren Abrüstung Nordkoreas andere Interessen im Umgang mit Pjöngjang. Im Vordergrund steht die Angelegenheit von Japanern, die von Nordkorea entführt worden waren. Zuweilen mag man als

Außenstehender den Eindruck haben, dass Tokio dieser Angelegenheit viel zu großes Gewicht gibt – nicht zuletzt auch angesichts der historischen Tatsache, dass die japanischen Besatzer in Korea viel mehr auf dem Gewissen hatten als die Nordkoreaner im Falle der japanischen Entführten. Im Untergrund dürfte jedoch für Japan auch das Prinzip gelten, welches man im Zusammenhang mit der deutschen Einigung dem damaligen französischen Präsidenten Mitterrand nachsagte – Japan hat am liebsten zwei Korea. Dahinter stecken auch demografische Überlegungen. Blickt man auf die bereits weitgehend vorgegebene demografische Entwicklung Japans während der kommenden beiden Jahrzehnte, so fällt auf, dass die Bevölkerung Japans so drastisch zurückgehen wird, dass am Ende ein vereinigtes Korea und Japan in die selbe demografische Größenkategorie fallen würden.

Grosse Teile der veröffentlichten Weltmeinung reagierten mit Erleichterung auf den Präsidentenwechsel in Taiwan. Selbst Washington zeigte sich am Schluss sehr irritiert über die wiederholten Provokationen von Präsident Chen Shui-bian gegenüber der Volksrepublik. Der neue Präsident Ma Ying-jeou hatte bereits im Wahlkampf deutlich werden lassen, dass die Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zu Peking zu seinen Hauptanliegen gehören. Er hat diese Zusicherungen auch schon kurz nach der Amtsübernahme eingelöst. Tatsache ist, dass im Herbst 2008 die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Republik China auf Taiwan so entspannt sind wie schon seit langem nicht mehr. Peking hat die Option eines Neubeginns mit einem Partner, der sich unzweideutig für ein einiges China ausgesprochen hat (in welcher fernen Zukunft auch immer dieses Ziel realisiert werden möge), zügig aufgegriffen und lange suspendierte bilaterale Gespräche wieder aufgenommen.

Peking hat sich in den letzten zehn Jahren eindeutig von seiner früheren Außenpolitik, die ausschließlich auf bilaterale Beziehungen setzte, abgewendet und sich zum Multilateralismus bekehren lassen. Offensichtlich sieht Peking es als den Interessen der neuen chinesischen Weltmacht dienlich, die multilateralen Instrumente auf der globalen wie der regionalen Ebene rege zu nutzen. China hat sogar zur Stabilisierung Zentralasiens mit den „Schanghai Fünf“ eine eigene multilaterale Institution ins Leben gerufen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich China in rasch wachsendem Masse auf internationalen und regionalen Foren profiliert, man denke an die erweiterten G-8 ebenso wie an die Gipfeltreffen zwischen EU-Staaten und asiatischen Staaten, man denke an die asiatisch-pazifischen Gipfel ebenso wie an „ASEAN plus drei“. Dies alles darf angesichts der Tatsache, dass es nie permanente Allianzen, sondern immer nur permanente Interessen gibt, nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zwischen mehreren ASEAN-Staaten und der Volksrepublik China ein tief sitzendes Misstrauen gibt. Schließlich bestehen zwischen Peking und Kuala Lumpur, zwischen Peking und Hanoi, zwischen Peking und Jakarta sowie zwischen Peking und Manila Streitereien um mehrere Atolle und Gruppen von Inselchen im Südchinesischen Meer.

Es kann keinen Zweifel geben, dass China das Südchinesische Meer als ein „mare nostrum“ betrachtet und diesen Anspruch auch mit historischen Präjudizien zu untermauern sucht. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt die geostrategische Bedeutung dieses Meeres, durch welches für den Welthandel wichtige Verkehrswege führen. Hinzu kommt, dass auf dem Meeresboden wertvolle Rohstoff- und Energiequellen vermutet werden. Peking befindet sich als Spätankömmling auf den globalen Energie- und Rohstoffmärkten in einem erbitterten Wettbewerb mit anderen Großverbrauchern.

Vor diesen großräumigen und teilweise akuten sicherheitspolitischen Problemen erscheinen bilaterale Streitigkeiten um kleinere Inselchen zwischen den Japanern und den Südkoreanern, zwischen den Japanern und Chinesen sowie zwischen den Japanern, den Taiwanern und den Chinesen als sekundär, ja belanglos. Es können sich aus diesen territorial belanglosen Rivalitäten indessen neue Spannungen aufbauen, die das Klima in der Region drastisch verschlechtern könnten. Wann immer man sich mit sicherheitspolitischen Herausforderungen in Ostasien befasst, ist es wichtig, die neuere Geschichte nicht aus den Augen zu lassen.

Zuweilen liest man vor allem in der angelsächsischen Finanzpresse hoffnungsvolle Artikel über einen gemeinsamen ostasiatischen Markt, ja gar eine gemeinsame ostasiatische Währung. Häufig erfolgen solche Prophezeiungen mit einem Seitenblick auf die europäische Einigung. Dabei gehen indessen wichtige Fakten verloren. Blickt man auf den langwierigen europäischen Einigungsprozess zurück, so gilt es zwei Faktoren zu berücksichtigen, die mit der Wirtschaft im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben. Die europäische Einigung wurde möglich, weil es die Aussöhnung zwischen den beiden Erbfeinden Deutschland und Frankreich gab und weil in Europa das grenzübergreifende Sicherheitskonstrukt der NATO bestand.

Beides, die Aussöhnung gegenüber der jüngeren Geschichte und ein grenzüberschreitendes Sicherheitsnetz, fehlen in Ostasien. Noch immer misstrauen sich China und Japan, was seinen Grund vor allem darin hat, dass die Japaner mit ihrem kurzlebigen Imperialismus und ihren Gräueltaten in China und auf der koreanischen Halbinsel noch immer nicht ins Reine gekommen sind. Anders als Deutschland hat Japan seine Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch immer nicht aufgearbeitet. So lange hier nicht weitreichende Veränderungen in der Mentalität und im Kenntnisstand vollzogen worden sind, muss alle japanisch-chinesische Annäherung auf Sand gebaut sein.

Schließlich spielt für die Evaluation von sicherheitspolitischen Risiken auch die politische Stabilität in den einzelnen Ländern eine wichtige Rolle. In Ostasien muss selbstverständlich stets der Kollaps des nordkoreanischen Regimes als eine Option im Raume stehen. Zwar scheint die Leidensfähigkeit des nordkoreanischen Volkes endlos und der Repressionsapparat des nordkoreanischen Regimes überaus effizient zu sein. Doch alles kann auch über Nacht zu einem Ende kommen.

China hat zwar enorme wirtschaftliche und soziale Modernisierungen in den letzten drei Jahrzehnten erfolgreich realisieren und verkraften können, doch in politischer Hinsicht herrscht im Reich der Mitte nach wie vor ein gefährlicher Stau. Bei einer akkuraten Evaluation der politischen Risiken in der Volksrepublik ist es deshalb geboten, stets auch die Möglichkeit eines Systemkollapses in Betracht zu ziehen. Schließlich hat China eine revolutionäre Tradition und das sogenannte „Mandat des Himmels“ ist stets revozierbar. Aus sicherheitspolitischer Warte relevant ist, dass interne Instabilitäten vor allem auch in einem so riesigen und volkreichen Staat wie der Volksrepublik stets auch externe Verwerfungen nach sich ziehen können. Es ist ja schließlich nicht auszuschließen, dass die Herrscher in Peking, wenn sie denn ihre Macht wirklich gefährdet sehen, die Karten der Xenophobie und des Nationalismus ausspielen könnten. Die Welt und vor allem die ostasiatische Nachbarschaft haben in den letzten Jahren ein sehr kooperatives Peking gesehen. Dies braucht nicht auf alle Zeiten so zu bleiben.

www.iilp.at

Über die Sezessionskonflikte in Georgien ist soeben ein Buch, herausgegeben von unserem Institut, erschienen:

Schriftenreihe zur internationalen Politik

Band 1

Erich Reiter (Hg.)

Die Sezessionskonflikte in Georgien

mit Beiträgen von:

Klaus BECHER – Gustav C. GRESSEL – Egbert JAHN – Jörg HIMMELREICH – Iris KEMPE – Eugene KOGAN – Aschot MANUTSCHARJAN - Jürgen SCHMIDT – Peter SCHMIDT – Peter W. SCHULZE – Andrei ZAGORSKI

Das Buch umfasst eine Reihe von aufeinander abgestimmten Einzelstudien, die von anerkannten Experten im Rahmen eines Projektes zum Konfliktmanagement der Sezessionskonflikte in Georgien verfasst wurden. Dieses Projekt wurde im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien durchgeführt.

Dargestellt wird die Entwicklung der Sezessionskonflikte Abchasien und Südossetien, die innere Entwicklung Georgiens, die Konfliktursachen, die Interessen und die Politik Russlands und der USA, der Energieaspekt und - als ein Schwerpunkt - die Möglichkeiten der EU zum Konfliktmanagement beizutragen. Weiters wird der Kriegsverlauf behandelt und eine strategische Bewertung der neuen Gegebenheiten vorgenommen. Schließlich kommen die verschiedenen Optionen über die Weiterentwicklung der Konflikte aufgrund des möglichen Verhaltens der Akteure zur Sprache.

Diese umfassende Darstellung ermöglicht ein besseres Verstehen der Sezessionskonflikte Abchasien und Südossetien.

Verlag: Böhlau 330 Seiten ISBN 978-3-205-78325-1 www.boehlau.at

<u>Bestelladresse:</u>

Böhlau-Verlag
Wiesingerstr. 1
A-1010 Wien Tel.: +43(01)330 24 27-0; Fax: +43(01)330 24 32

Gudrun Wacker

Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur

Einleitung

An der Zunahme der Bedeutung Chinas auf der Bühne der internationalen Politik in den letzten Dekaden kann kein Zweifel bestehen. Bis vor wenigen Jahren war die Volkrepublik im Wesentlichen eine Regionalmacht; mittlerweile hat ihr Engagement auch in Weltregionen außerhalb Asiens deutlich zugenommen. Peking ist durch seine Wirtschaftsentwicklung quasi automatisch zu einem globalen Akteur geworden, der nicht nur auf die Nachbarstaaten fokussiert ist, sondern auch mit den westlichen Industrienationen sowie mit Russland intensive Beziehungen pflegt und zunehmend in den Ländern Afrikas und Lateinamerikas präsent ist. Damit einhergehend sind auch die Erwartungen an China gewachsen, und zwar sowohl von Seiten des Westens als auch von Seiten der anderen aufstrebenden Mächte sowie der Entwicklungsländer. Bislang ist China, das sich in den letzten drei Jahrzehnten zunehmend in die internationale Ordnung integriert und enorm von diesem System profitiert hat, allerdings eher vorsichtig und zögerlich, wenn es darum geht, mehr Verantwortung oder gar „*die Führung zu übernehmen*“[1]. Als „*emerging power*“ befindet sich China im Übergang zwischen Entwicklungsland und Regional-, wenn nicht Weltmacht. Es ist de facto beides gleichzeitig: ein Entwicklungsland nach dem pro-Kopf-Einkommen der 1,3 Milliarden Bevölkerung, der Gesamtgröße der Wirtschaft nach und gemessen an anderen Attributen, wie beispielsweise einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat mit Vetorecht, eine Großmacht.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, welche Kerninteressen und Ziele die chinesische Außenpolitik leiten und wie sich dies auf das Agieren Peking auf regionaler und globaler Ebene niederschlägt. Welche Prinzipien vertritt China und welche Ressourcen stehen zur Verfügung und welche Instrumente kommen zum Einsatz, um die angestrebten Ergebnisse zu erreichen? Wie gestaltet sich das Verhältnis zu den Nachbarländern, zu den Industrienationen und zu anderen Regionen in der Welt?

Nationale Kerninteressen

Die Außenpolitik der Volksrepublik China steht im Dienste der inneren Modernisierung, die unter der Führung von Deng Xiaoping vor ziemlich genau dreißig Jahren (3. Plenum des 11. ZK im Dezember 1978) eingeleitet wurde. Von Beginn an stand dieser Prozess unter dem Motto der „*Reform und Öffnung*“, d.h. die Außenöffnung des zuvor wirtschaftlich und politisch weitgehend isolierten und abgeschotteten Landes war integraler Bestandteil der neuen Entwicklungsstrategie. Die wesentlichen Interessen und Ziele Chinas lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Nach innen: Verwandlung in eine moderne Industrienation und Wissensgesellschaft;
- Modernisierung unter Bewahrung der Stabilität, auch verstanden als Regimestabilität, d.h. Beibehaltung des Machtmonopols der kommunistischen Partei.
- Nach außen: Bewahrung der nationalen Souveränität und Wiederherstellung der territorialen Integrität (einschließlich der Wiedervereinigung mit Taiwan);
- Anerkennung und Respektierung als gleichberechtigter Akteur auf der internationalen Bühne.

Wie kein anderes Entwicklungs- bzw. Schwellenland hat China in den letzten Jahrzehnten die Integration in die Weltwirtschaft und die Globalisierung für sich genutzt. Dennoch steht es im Inneren gleich vor einer ganzen Reihe von enormen Problemen, die sich im Laufe des schnellen quantitativen Wachstums (mehr als

9 % jährlich seit Beginn der Reformphase) herausgebildet haben, u.a. hohes Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land, Küste und Binnenregionen sowie Arm und Reich, aber auch zunehmende Umweltverschmutzung. Hinzu kommen weit verbreitete Korruption und zig Tausende von Protestaktionen und sozialen Unruhen. Um für die Menge der jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt strömenden Menschen ausreichend Beschäftigung und damit auch die Voraussetzung für Stabilität zu schaffen, wird China auch weiterhin hohes Wirtschaftswachstum benötigen. Die Legitimität der chinesischen Führung hängt zunehmend von ihrer Fähigkeit ab, zumindest steigenden Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen oder zumindest in Aussicht zu stellen. Gleichzeitig stellen Partei und Regierung sich als Garant dafür dar, die nationalen Interessen Chinas erfolgreich nach außen zu verteidigen.

Unter diesen nationalen Bedingungen und Gegebenheiten versucht China eine internationale Umgebung schaffen, die den Modernisierungsprozess im Inneren unterstützt oder zumindest nicht behindert. Dies bedeutet konkret, die mögliche Bildung einer gegen China gerichteten Allianz zu verhindern.

Chinas Politik gegenüber der Nachbarregion

Die Volkrepublik China hat 14 direkte Nachbarstaaten, mit denen es Landgrenzen von etwa 22.000 km teilt und eine Küste mit 14.500 km. Praktisch mit allen seinen Nachbarn hatte oder hat Peking Streitigkeiten über den Grenzverlauf. Die Unterstützung von Rebellen- und Guerillagruppen vor allem in Südostasien in maoistischer Zeit führte bei den Staaten in der Region zu massivem Misstrauen. Und bis zu Beginn der 1990er Jahre unterhielt Peking zu einigen von seinen Nachbarn nicht einmal diplomatische Beziehungen (z.B. zu Südkorea). Die Region, die sich in vier Subregionen Nordostasien, Südostasien, Südasien und Zentralasien einteilen lässt, ist auch heute noch durch starke Heterogenität gekennzeichnet. Wirtschaftlich reicht das Spektrum von reichen Industrieländern (Japan, Singapur) über die großen Schwellenländer (China und Indien) zu sehr armen Ländern (Laos, Kambodscha). Auch politisch gibt es große Variationen von stabilen Demokratien (Japan, Indien) bis zu autoritären (China, Vietnam, Singapur) und stalinistischen (Nordkorea) Staaten. Die Region weist außerdem die gesamte Bandbreite von traditionellen und nicht-traditionellen Sicherheitsproblemen auf (Wettrüsten, nukleare Proliferation, Terrorismus, Piraterie…).

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der bipolaren Weltordnung stand auch Peking einer neuen, und unübersichtlicheren internationalen Lage gegenüber. Erschwerend kam im Falle der Volksrepublik China hinzu, dass sie durch die Transformation des gesamten Ostblocks vom sozialistischen Reformvorreiter fast über Nacht zum Schlusslicht der Geschichte mutierte. Unterstrichen wurde dies noch durch den Militäreinsatz gegen die Protestbewegung auf dem „*Platz des Himmlischen Friedens*“ im Juni 1989, die China nicht nur Kritik, sondern auch diplomatische Ächtung und Sanktionen einbrachte. Unter diesen Vorzeichen bemühte sich China seit Anfang der 90er Jahre die Beziehungen zu den umliegenden Staaten durch eine Reihe positiver Initiativen zu verbessern.

- China hat sein Verhältnis zu allen umliegenden Staaten normalisiert und unterhält volle diplomatische Beziehungen. Einzige Ausnahme ist Taiwan, das Peking nicht als unabhängigen Staat anerkennt, sondern als Teil des chinesischen Territoriums betrachtet. Die Wahlsiege der ehemaligen nationalchinesichen Partei Kuomintang auf Taiwan im Frühjahr 2008 haben bereits zu einer gewissen Entspannung zwischen beiden Seiten geführt. Die Taiwanfrage bleibt aber einer der Brennpunkte in der Region, bei denen auch eine militärische Auseinandersetzung im Bereich des Möglichen liegt.
- Mit Russland und den zentralasiatischen Staaten wurden alle Grenzstreitigkeiten auf dem Verhandlungsweg beigelegt. Mit Ausnahme Indiens wurden strittige Territorialansprüche an den Landgrenzen ausgeräumt. Weniger positiv verliefen die Verhandlungen über die maritime Grenzen (im Südchinesischen und

Ostchinesischen Meer), für die es noch keine endgültigen Lösungen gibt.

- China ist einer Reihe von regionalen Organisationen beigetreten (Asean Regionalforum - ARF, Asia Pacific Economic Cooperation - APEC, East Asian Summit - EAS) und hat eine, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) mit Russland und vier der fünf zentralasiatischen Staaten, aktiv mitbegründet. China stand multilateraler Kooperation zunächst skeptisch gegenüber und beteiligte sich im Wesentlichen daran, um nicht ausgeschlossen zu sein und um mitbestimmen zu können, was besprochen wurde und was nicht.
- Chinas Ansehen vor allem in Ostasien nahm nachhaltig eine Wende zum Positiven, als es sich während der asiatischen Finanzkrise aus Sicht der Region als Stabilitätsanker erwies, weil es die eigene Währung nicht abwertete.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Nachbarn China nicht mehr so misstrauisch begegnen und wirtschaftlich überwiegend, wenn auch nicht gleichmäßig, von der neuen regionalen Arbeitsteilung profitiert haben. Aufgrund der Unsicherheit über Chinas mögliche künftige Ambitionen und Absichten, die auch auf fehlende Transparenz in den steigenden Militärausgaben zurückzuführen ist, wollen sich aber alle Staaten der Region für den Fall absichern, dass Chinas Aufstieg womöglich doch nicht so friedlich und harmonisch verläuft, wie dies chinesische Rhetorik nicht müde wird zu unterstreichen. Als „Sicherheitsnetz“ dient die – nicht zuletzt militärische – Präsenz der USA in der Region und deren „Nabe-und-Speichen“-System von bilateralen Allianzen (mit Südkorea, Japan, Australien, den Philippinen und Thailand). Problematisch bleibt insbesondere das Verhältnis zwischen China und Japan, das trotz starker ökonomischer Interdependenz und politisch verbesserter Atmosphäre unter den Nachfolgern des japanischen Premierministers Koizumi durch historische Erblasten und tief sitzendes gegenseitiges Misstrauen anfällig bleibt.

Chinas Verhältnis zu den USA, Europa und Russland: strategische Partnerschaften?

Die westlichen Industriemächte, neben den USA auch eine Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sind für China unverzichtbar zum einen als Hauptabnehmer chinesischer Exportgüter[2], zum anderen als Lieferanten moderner Technologie und als Quelle für Direktinvestitionen.

Das Verhältnis zu den USA ist aus chinesischer Sicht zweifellos das wichtigste unter den bilateralen Beziehungen, denn die USA genossen seit dem Ende des kalten Krieges nicht nur global eine – zumindest militärisch – herausragende Position, sondern sie sind auch noch immer ein zentraler Akteur in Asien und der Garant für Sicherheit in Ostasien. Obwohl China häufig als diejenige Macht betrachtet wird, die die Stellung der USA künftig strategisch herausfordern könnte, versucht die chinesische Führung, größere Konflikte mit Washington nach Möglichkeit zu vermeiden. Und schon gar nicht möchte Peking in einen Rüstungswettlauf mit den USA gezogen werden, wie er schon mit zum Untergang der Sowjetunion beigetragen hat. China hat sich damit arrangiert, dass die USA noch für eine Reihe von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, ihre Vormachtstellung behalten wird, auch wenn nach wie vor eine multipolare Weltordnung beschworen (und bevorzugt) wird.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten sind sehr intensiv, wobei Chinas stark gewachsener Handelsüberschuss gegenüber den USA ebenso für Reibungen sorgt wie die Unterbewertung der chinesischen Währung Renminbi, die als indirekte Exportsubventionierung kritisiert wird, und die Frage der Sicherheit chinesischer Produkte (ausgelöst durch Skandale um Spielzeug, Tiernahrung, Milchprodukte). Um solche wirtschaftlichen Themen zu diskutieren, kommen Minister beider Staaten seit 2006 alle sechs Monate zusammen. Auch im politischen und militärischen Bereich haben die USA und China eine Reihe von Dialogmechanismen eingerichtet. Trotz diverser Zwischenfälle – versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft

in Belgrad 1999, Zusammenstoß eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs mit einem chinesischen Jagdflugzeug vor der Küste Chinas – haben sich die bilateralen Beziehungen als sehr robust erwiesen. Insbesondere zeigt sich Kooperation zwischen beiden Staaten bei den gemeinsamen Bemühungen für eine Lösung des Nuklearproblems auf der koreanischen Halbinsel im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche[3] seit 2003. Chinas Führung hofft darauf, dass das Verhältnis zu den USA auch unter dem nächsten US-Präsidenten Barack Obama konstruktiv weitergeführt werden wird, befürchtet aber, dass Obama in der Handelspolitik womöglich eher protektionistische Maßnahmen ergreift als sein Vorgänger. Auch Taiwan, dessen Verteidigungsfähigkeit die USA durch den *Taiwan Relations Act* von 1979 aufrechtzuerhalten versprochen haben, wird ein sensibles Thema zwischen Peking und Washington bleiben.

Die Europäische Union hat im Laufe der 90er Jahre nicht nur ihre Wirtschafts- sondern auch ihre politischen, wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Beziehungen allmählich intensiviert, und seit 1998 findet jährlich ein Gipfel zwischen EU-Troika und Peking statt. Während die USA keine staatliche Entwicklungshilfe an China vergeben haben, waren die EU und ihre Mitgliedstaaten neben Japan die größten Geber, die Chinas Reformprozess finanziell und durch Ausbildungsprogramme mit unterstützten. Als die EU in ihrer Sicherheitsstrategie von 2003 China als eines der drei asiatischen Länder benannte, zu denen man eine strategische Partnerschaft anstrebe, läutete dies eine Phase der Euphorie zwischen Europa und China ein, die allerdings schon zwei Jahre später wieder der gegenseitigen Ernüchterung wich. Europa war nicht, wie von China erwartet, zu einem strategischen Gegengewicht zu den USA in der Welt geworden, und im Zuge immer intensiverer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen – die EU wurde 2004, auch durch die Erweiterung, größter Handelspartner Chinas – hatten auch hier die Reibungspunkte deutlich zugenommen: Handelsdefizit, Copyrightverletzungen, erzwungener Technologietransfer und Unterbewertung des RMB sind auch Themen in Europa. Dazu kommen die Furcht vor Abwanderung von Arbeitsplätzen, vor Verlust von Konkurrenzfähigkeit und allgemein Globalisierungsangst, die sich an China festmacht. Umgekehrt sieht China sich durch Antidumpingmaßnahmen der Europäer benachteiligt und ist enttäuscht darüber, dass die EU zwar von strategischer Partnerschaft spricht, aber z.B. am Waffenembargo gegen China festhält. Mittlerweile wurde auch zwischen Peking und Brüssel ein hochrangiger Wirtschaftsdialog eingerichtet, in dessen Rahmen gemeinsame Lösungen gesucht werden sollen. In den Medien und der europäischen Öffentlichkeit hat sich aber mittlerweile eine sehr China-kritische Haltung ausgebreitet.

Russland hat für China insofern seit den 90er Jahren eine zentrale Rolle gespielt, als es die einzige Bezugsquelle für moderne Rüstungsgüter war, mit denen insbesondere die chinesischen Luft- und Seestreitkräfte aufgerüstet und ausgestattet wurden. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich scheint aber den Zenith überschritten zu haben, und China setzt mehr als in früheren Jahren auf seine eigene Rüstungsindustrie. Russland wäre potentiell zwar ein wichtiger Energielieferant, jedoch blieb Moskau es bezüglich solcher Projekte bislang wirklich verbindliche Zusagen schuldig. Die wirtschaftliche Basis der „strategischen Partnerschaft“ zwischen China und Russland ist somit nicht besonders stabil. In vielen globalen und strategischen Fragen jedoch teilen die Führungen beider Staaten ähnliche Anschauungen. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen arbeiten sie daher häufig zusammen. Dennoch sollte die Gefahr der Bildung einer „antidemokratischen Achse“ Moskau-Peking als Gegengewicht zum Westen bzw. den USA nicht übertrieben werden. Ob eine solche „Achse Moskau-Peking“ zustande kommt, hängt wesentlich auch davon ab, wie sich der Westen und die USA verhalten, d.h. ob sie Koalitionen suchen, die Russland und China ausgrenzen. Der Krieg in Georgien hat gezeigt, dass China nicht bereit ist, Moskaus Vorgehen bedingungslos zu unterstützen: Die eigene Verwundbarkeit gegenüber separatistischen Teilgebieten (Tibet, Xinjiang, Taiwan) wog in diesem Fall schwerer als die „strategische Partnerschaft“ mit Russland. Die unterschiedlichen Interdependenzen, die sich mittlerweile zwischen den drei Seiten herausgebildet haben, sollten eher das Streben nach kooperativen Lösungen stützen.

Das Verhältnis sowohl zwischen USA und China als auch zwischen EU und China ist, trotz aller Kritik an den Menschenrechtsverletzungen und am politischen System Chinas, durch das Bemühen um konstruktive Zusammenarbeit geprägt. Denn für die großen globalen Fragen, sei es die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Klimawandel oder die globale Finanzkrise, kann es ohne aktives Mitwirken Chinas keine Lösung geben. Umgekehrt vermeidet China nach Möglichkeit Konflikte oder einen Machtkampf mit dem Westen durch eine meist konstruktive und pragmatische Haltung. Jedoch vertritt es seine nationalen Interessen offensiv, wenn es aus chinesischer Sicht um Einmischung in die inneren Angelegenheiten geht. Dies bezieht sich in erster Linie Tibet, Taiwan und die Nordwestregion Xinjiang, kann aber auch Fragen wie eine international verbindliche Reduktion von Treibhausgasen betreffen.[4]

Andere Regionen der Welt: Lateinamerika, Nahost und Afrika

Chinas Einfluss und Präsenz ist in den letzten Jahren auch in den Regionen außerhalb Asiens und der westlichen Industrienationen größer und deutlicher geworden. Dies ist die fast zwangsläufige Folge des wachsenden Rohstoff- und Energiebedarfs, der Chinas Wirtschaftsentwicklung begleitet. China verfolgt in diesen Regionen einerseits klassische außenwirtschaftliche Ziele, d.h. es geht um Absatzmärkte für chinesische Exportgüter und auch um Investitionsmöglichkeiten. Nicht nur in Afrika und dem Mittleren Osten, sondern auch in Lateinamerika tritt China verstärkt als wirtschaftlicher Akteur auf.

Was Maßnahmen zur Sicherung seiner Energiebedarfs betrifft, so macht Kohle immer noch fast zwei Drittel des chinesischen Primärenergieverbrauchs aus. China ist aber bereits seit 1993 auf Erdölimporte angewiesen, wobei diese in den letzten Jahren dramatisch gestiegen sind. Trotz Bemühungen um mehr Energieeffizienz, um die Entwicklung alternativer Energiequellen (Hydro, Atomkraft, Erneuerbare) und um Diversifizierung der Herkunftsländer, wird Chinas Abhängigkeit von Importen aus dem Mittleren Osten und Afrika in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich noch zunehmen. Seine großen Ölfirmen haben seit Ende der 90er Jahre verstärkt im Ausland investiert, jedoch hat es China als „latecomer“ relativ schwer und ist daher gezwungen, in diejenigen Nischen zu gehen, die für die westlichen Ölmultis wirtschaftlich nicht attraktiv und/oder mit Sanktionen belegt sind.[5] Mit seinem Engagement in Staaten wie Myanmar/Burma, Sudan und im Iran handelt sich China zusätzliche Kritik aus dem Westen ein, China verhindere oder erschwere eine gemeinsame Haltung im Sicherheitsrat zu den Menschenrechtsverletzungen in Myanmar und Sudan und zum Atomprogramm des Iran.

Der Vorwurf, China unterminiere westliche Bemühungen in Entwicklungsländern bezieht sich vor allem auf die Staaten Afrikas, wo sich China mittlerweile breit aufgestellt hat und auch Entwicklungshilfe bzw. zinsgünstige Kredite vergibt, ohne diese an Bedingungen guter Regierungsführung zu knüpfen. China selbst dagegen argumentiert, es sehe sich als erfolgreiches Schwellenland in der Pflicht, ärmere Staaten bei ihrer Entwicklung zu unterstützen. Der bisherige Erfolg der chinesischen Erfahrung – Wirtschaftsreform und -entwicklung vor Reform des politischen Systems – wirkt dabei naturgemäß besonders attraktiv auf die politischen Eliten in autoritär regierten Staaten.

Bis zum Regierungswechsel in Taiwan im Mai 2008 ging es Peking bei seiner „Charmeoffensive“ in Afrika und Südamerika auch immer darum, den internationalen Bewegungsspielraum für die als abtrünnige Provinz betrachtete Insel zu beschneiden. Eine kleine Zahl diplomatischer Verbündeter hatte Taiwan noch in Afrika, Mittelamerika und einigen Inseln in der Südsee. Vorläufig scheint es eine Art diplomatischen Waffenstillstand zu geben, bei dem China nicht versucht, noch die letzten diplomatischen Partner Taiwans durch monetäre Anreize auf die eigene Seite zu ziehen (oder umgekehrt Taiwan finanzielle Zuwendungen im Gegenzug für diplomatische Anerkennung anbietet). Grundsätzlich aber verfolgt China auch politische Ziele in Lateinamerika, in den Golfstaaten und in Afrika.

Durch sein Engagement versucht es auch, Anerkennung und Unterstützung auf der internationalen Bühne zu bekommen, die sich im Falle westlicher Kritik und Einmischung aktivieren lässt, vor allem im Rahmen der vereinten Nationen.

Perspektiven

Die erfolgreiche Durchführung der olympischen Sommerspiele in Peking hat Chinas Veränderungen der letzten dreißig Jahre nochmals unterstrichen. Nicht nur wirtschaftlich hat sich China dramatisch verändert, sondern auch gesellschaftlich war ein enormer Wandel zu verzeichnen. China verfügt nicht nur über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, es ist auch in praktisch jeder wichtigen internationalen Organisation Mitglied, betreibt die groß angelegte Modernisierung seines Militärs und ein bemanntes Raumfahrtprogramm, und es engagiert sich zunehmend auf internationaler und regionaler Ebene. Von den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates stellt China mittlerweile die meisten Truppen bei VN-mandatierten Friedenseinsätzen. Angesichts der Tatsache, dass die Volksrepublik noch vor zwanzig Jahren das internationale System und auch die Vereinten Nationen als unfair ablehnte, war dies eine erstaunliche Entwicklung.

Mit der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung wachsen auch die Erwartungen, die von außen – und eben nicht nur von Seiten des Westens – an China herangetragen werden. Und China möchte in gewisser Weise all diesen Ansprüchen Rechnung tragen und sich als verlässlicher Partner der Industrienationen und der Entwicklungsländer zeigen. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten wird von der Führung in Peking rhetorisch noch immer uneingeschränkt hochgehalten, doch verhält sich China auch international zunehmend differenziert (z.B. in Fragen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen) und pragmatisch. Mit seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2005 stellte der chinesische Staatspräsident erstmals das Konzept der „harmonischen Welt“ vor. Dieses ist nach wie vor dem Prinzip der Nichteinmischung verpflichtet und knüpft an die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ der 50er Jahre an. China ist damit aber erstmals mit eigenen internationalen Ordnungsvorstellungen unter den Vorzeichen von Kooperation und Entwicklung vorgetreten.

Sicher ist, dass die Forderung nach Übernahme von mehr Verantwortung durch China begleitet sein sollte von mehr Mitspracherechten – und dies gilt auch für eine Reihe weiterer „emerging powers“ wie Indien oder Brasilien. Dafür reichen die bisherigen Reformen in den internationalen, nach wie vor von den USA und Europa dominierten Finanzinstitutionen oder der „Heiligendamm-Prozess“, der die fünf großen Schwellenländer in einen regelmäßigen Dialog mit den G8-Staaten gebracht hat, nicht aus.

---

[1] Offiziell gilt nach wie vor die Parole, die Deng Xiaoping Anfang der 90er Jahre für die Außenpolitik vorgegeben hat: „*Observe calmly; secure our position; cope with affairs calmly; hide our capabilities and bide our time; be good at maintaining a low profile; and never claim leadership*.”

[2] Sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber erwirtschaftet China einen enormen Handelsüberschuss. Diese Tatsache hat zunächst in den USA, in den letzten Jahren auch in Europa zu heftiger Kritik geführt.

[3] Die Sechs-Parteien-Gespräche wurden auf Initiative Chinas ins Leben gerufen, um eine Verhandlungslösung für Nordkoreas neuerlichen Ausstieg aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und sein militärisches Atomprogramm zu finden. Beteiligt sind außer den beiden Koreas, den USA und China auch noch Japan und Russland.

[4] China hat sich zwar selbst auf nationaler Ebene ehrgeizige Reduktionsziele gesetzt, reklamiert aber international im wesentlichen das Recht auf Entwicklung.

[5] Indien findet sich in einer mit China vergleichbaren Situation. Die chinesischern Unternehmen sind allerdings finanzstärker.

Rudolf Logothetti

Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

Welche Länder zu Ostasien zählen ist umstritten. Nicht nur sind Unterschiede zwischen politischer und geographischer Abgrenzung vorhanden, sondern auch innerhalb der geographischen Abgrenzung sind Unterschiede gegeben.

Das sogenannte „kleinere Modell“ zählt zu Ostasien China, Taiwan, Japan, Korea (Nord und Süd), Vietnam, Philippinen, Indonesien und Malaysia.

Das sogenannte „*größere Modell*“ zählt auch die Mongolei zu Ostasien.

Im US Department of State folgt man keinem dieser Modelle, die eher in Europa gebräuchlich sind. Die Zuständigkeit des „*Bureau of East Asian and Pacific Affairs*“ folgt einerseits einem wesentlich breiteren geographischen Ansatz, indem die gesamte Pazifikregion einbezogen wird und lässt dadurch andererseits einen politischen Ansatz erkennen, weil die Pazifikregion gewissermaßen „*vor der Haustür der USA*“ liegt und solchen Regionen unmittelbarer oder mittelbarer Nachbarschaften stets besonderes Interesse entgegen gebracht wird.

Ohne Wertung der Bedeutung der einzelnen Länder für die Politik der USA zählt das Organigramm des Departement of State die Länder in alphabetischer Reihenfolge auf: Australia, Brunei, Burma, Cambodia, China, East Timor, Fiji, Indonesia, Japan, Kiribati, Laos, Malaysia, Marshall Islands, Micronesia, Mongolia, Nauru, New Zealand, North Korea, Palau, Papua New Guinea, Philippines, Samoa, Singapore, Solomon Islands, South Korea, Taiwan, Thailand, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Vietnam.

Klar ersichtlich ist aus dieser Zusammenstellung, dass im „*Bureau of East Asian and Pacific Affairs*“ auch Länder betreut werden, die ansonsten eher zu Südostasien gezählt werden und – was viel wichtiger ist – dass völlig unterschiedliche Länder in dieser Verwaltungsstruktur zusammengefasst sind. Diese Unterschiedlichkeit in Größe, Bevölkerungszahl, Entwicklungsstand, Wirtschaftskraft und politischen Strukturen führt auch dazu, dass es keine „Ostasienpolitik“ der USA gibt, sondern einzelne Länder unterschiedliche Bedeutung für die USA besitzen.

Folgerichtig folgen die USA auch unterschiedlichen, den jeweiligen Ländern angepassten, politischen Ansätzen zwischen gemeinsamen oder unterschiedlichen Werten und gemeinsamen oder unterschiedlichen Interessen. Im Idealfall fallen Werte und Interessen zusammen, wie dies bei Japan, Südkorea und eingeschränkt bei Taiwan, ganz bestimmt aber bei Australien und Neuseeland der Fall ist, in der Regel aber fallen beide auseinander, was bei China ganz augenscheinlich ist. In Zeiten, in denen die Machtmittel der einzigen Supermacht zu schwinden beginnen, ist für die Beantwortung der Frage, welchem politischen Ansatz gefolgt wird, zunächst die Vorfrage unterschiedlicher Gestaltungsmöglichkeiten zu klären.

Selbst nach eigener Einschätzung (vgl. den aktuellen Bericht und die Vorschau bis 2025 des NIC) gehen die USA von einem weltweit schwindenden Einfluss und damit verminderten Gestaltungsmöglichkeiten aus.

Eine solche Entwicklung geht nur zum Teil mit dem allerorts zitierten Ende der unipolaren Welt und dem gleichzeitigen Aufstieg anderer Staaten und Mächte einher – sie hat auch zu einem großen Teil mit Veränderungen der politischen Gestaltungsmöglichkeiten allgemein zu tun.

Macht und damit aktive Gestaltungsmöglichkeit drückt sich nur mehr eingeschränkt in militärischer Stärke aus. Unbestritten sind die USA die weitaus führende Militärmacht, doch was können sie dadurch politisch aktiv gestalten?

Anders als dies noch in Zeiten des 2. Weltkriegs, auch in Asien, der Fall war, ist selbst mit einem überragenden militärischen Sieg und damit verbunden einem Regimewechsel im besiegten Land nachhaltig nicht mehr so unproblematisch dessen Zukunft zu gestalten. Die Beispiele Afghanistan und besonders Irak zeigen, dass politische Ziele heute, wenn überhaupt, viel schwerer mit militärischen Mitteln erreicht werden können, als dies noch anlässlich der Kapitulation Japans 1945 der Fall war. Wo militärische Macht und Stärke nach wie vor eine große Rolle spielen, ist der Bereich der Abschreckung – also der „passive Einsatz" militärischer Machtprojektion. Vor diesem Hintergrund relativieren sich die „Stärke" der USA und damit ihre Möglichkeiten zur politischen Gestaltung erheblich.

Auch wenn sich die aktuelle Krise des internationalen Finanzsystems, die von den USA ausging, zu einer internationalen Wirtschaftskrise entwickeln sollte, ist dies kein Grund dafür, an der führenden Rolle der Wirtschaftsmacht USA zu zweifeln – zumindest im Verhältnis zu den Ländern Asiens. Eine globale Wirtschaftskrise wird den USA und vor allem Europa weit weniger Schaden zufügen als anderen weniger entwickelten Regionen und Ländern. Die Möglichkeiten der Projektion wirtschaftlicher Macht sind allerdings auch eingeschränkt durch die Spielregeln des Marktes, der wenig Rücksicht auf Ländergrenzen nimmt, zumindest dort, wo der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft gering ist – wie in den westlichen Ländern. Die politische Einflussnahme durch staatlich kontrollierte Wirtschaft, etwa durch Staatsfonds ist noch weitgehend unerforscht. Solche Instrumente stehen den USA auch nicht zur Verfügung, sondern beeinflussen sie bzw. ihre Wirtschaft vielmehr, wie die Staatsfonds aus China und Russland zeigen. Genauere Untersuchungen über Umfang und Qualität dieser Einflussnahme fehlen allerdings.

Nach diesen Ausführungen zu Rahmenbedingungen soll die Rolle der USA in Ostasien am Beispiel einzelner Länder geschildert werden.

Zählt man **Australien und Neuseeland** – wie im Departement of State – zum größeren Raum, so stellen diese beiden Staaten wohl die verlässlichsten Partner der USA dar. Gemeinsame politische Ordnungsvorstellungen, gemeinsame Werte treffen auf gemeinsame Interessen. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass die USA nun versuchen, mit Hilfe dieser beiden Länder die „Globalisierung" der NATO, die bisher geographisch begrenzt war und ist, voranzutreiben. Damit würde die NATO von einer regionalen Organisation zu einer globalen. Erheblicher Widerstand von europäischen Partnern hat dies bisher verhindert, ebenso wie die Haltung der neuen australischen Regierung, die diesen Plänen kaum positive Seiten abgewinnen kann. Zu sehr wird befürchtet, dass Australien noch stärker als bisher in die „Friedenserhaltung" im Sinne der USA in Asien einbezogen wird. Auch wenn die Eindämmung des Islamismus in Indonesien und den Philippinen vor allem im eigenen Interesse Australiens ist, und Australien sich bisher schon stark engagierte, so werden die Widerstände gegen US Vorgaben unter der neuen Regierung in Canberra stärker.

Ein nicht minder verlässlicher Partner der USA ist **Japan**. Auch wenn derzeit die Linke – Kommunisten und Sozialisten – über keinen wesentlichen politischen Einfluss verfügt und der gesellschaftliche Trend gegen sie verläuft, so besitzt sie überdurchschnittlichen Einfluss auf die Medien und die sogenannte öffentliche Meinung, die insbesondere gegen jede Änderung der Verfassung auftritt, die den Spielraum der „Selbstverteidigungskräfte" erweitern soll. Alle Versuche in dieser Richtung, teils mit Unterstützung der USA, werden im ostasiatischen Raum unter Hinweis auf die „Vergangenheit" Japans mit Verurteilungen begleitet. Soweit solche Reaktionen von China kommen ist dies aus Gründen der Rivalität auch gegenüber den USA verständlich. Jene aus einem weiteren Partner der USA – nämlich aus Südkorea – können nur als irrationale Reflexe bezeichnet werden.

Das Verhältnis der USA zur Rechten in Japan ist so differenziert, wie die Rechte selbst. Sie reicht von proamerikanischen / probündnis Kräften im Sinne von Verstärkung dieses Bündnisses bis zu antiamerikanischen / nationalistischen Kräften. Gerade letztere treffen in China und Südkorea auf teils heftige Ablehnung, wie die Reaktionen auch auf bloß symbolische Akte japanischer Politiker zeigen.

Wirtschaftspolitisch taucht in Japan, das traditionell ein starker Partner, aber auch Konkurrent der USA ist, zunehmend die Frage auf, ob nicht ein „japanischer Weg des Kapitalismus“ jenem der USA vorzuziehen sei. In der starken Betonung auf gesellschaftliche Werte ähnelt diese Frage dem „europäischen Sozialmodell“ viel mehr als der US Variante globaler Wirtschaft. Seit Jahren werden in Japan spekulative Finanzgeschäfte und „*hedgefonds*“ besonders kritisch betrachtet, auch/oder weil sie vermeintlich oder tatsächlich US gesteuert sind.

Unter der Annahme eines Bedeutungs- und Einflussverlusts der USA in Ostasien gewinnt die Frage an Bedeutung: wird eine solche Entwicklung Japan beschädigen oder befördern? Beide Entwicklungen sind denkbar – wahrscheinlicher wird aber eine Stärkung Japans sein, da es über deutliche höhere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität als andere ostasiatische Länder verfügt. Tritt eine derartige Entwicklung ein, gewinnt Japan als Partner für die USA noch mehr an Bedeutung als dies heute der Fall ist, doch werden die Bedingungen schließlich andere – nämlich stärker japanische – sein.

China stellte für die USA bereits vor dem Ende der bipolaren Welt des Kalten Krieges eine besondere Herausforderung dar – nämlich durch die Taiwan Frage. Dieser Herausforderung konnte aber damals einfacher begegnet werden. Taiwan war nicht nur ein Bestandteil der Freien Welt, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftspartner. China dagegen blieb über lange Zeit ein „Entwicklungsland“, das auch politisch „auf der anderen Seite“ stand. Dies war so lange nicht von Bedeutung, als China ein Entwicklungsland blieb, das noch dazu über keine nennenswerten Rohstoffe verfügte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges rechnete China, dass nach einer kurzen Zeit der US-Vorherrschaft als einzig verbliebener Supermacht, ein multipolares System die Verteidigung eigener Interessen und die Vergrößerung des eigenen Einfluss nicht nur in Ostasien möglich mache. Diese Zeitspanne war auf 10-15 Jahre angesetzt.

Der Zeitfaktor konnte nicht verwirklicht werden, in einigen Bereichen ist China aber zu einem nicht mehr zu unterschätzenden Konkurrenten der USA geworden. Wirtschaftlich stellt China sowohl einen bedeutenden Angebotskonkurrenten dar, der mit Billigwaren die Märkte überschwemmt und US Arbeitsplätze gefährdet als auch einen bedeutenden Nachfragekonkurrenten nach Rohstoffen weltweit. Die USA nehmen die rasante wirtschaftliche Entwicklung eines Konkurrenten mit deutlich höherer Bevölkerungszahl durchaus ernst und verfolgen auch wirtschaftlich die eigenen Interessen in beiden Konkurrenzbereichen konsequent, versuchen aber andererseits China in eine Vielzahl multilateraler Verpflichtungen einzubinden, die eine „Steuerung“ ermöglichen könnte. Die Bemühungen zur Einbindung Chinas in WTO sind ebenso Ausdruck von Pragmatismus, wie zahlreiche bilaterale Wirtschaftsabkommen, die beiden Seiten Vorteile verschaffen. Es wird zwar immer wieder die starke Verflechtung von chinesischem mit US amerikanischem Kapital – besonders im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzkrise zitiert und von einer „Abhängigkeit“ des „Schuldners“ USA vom „Gläubiger“ China gesprochen – genaue Untersuchungen über Ausmaß und tatsächliche Konsequenzen fehlen aber.

Darüber hinaus lassen die Schattenseiten der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung, die gefährliche Instabilität in China selbst hervorrufen könnten, die Begrenztheit dieser Entwicklung erkennen. Trotz aller ideologischen Unterschiede besitzen die USA aber ein Interesse an politischer Stabilität in China – häufig zulasten eigener Werte. Diese wären nämlich bei einem unkontrollierten Zusammenbruch eines aus welchen Gründen auch immer unkontrollierbar gewordenen Staates viel stärker gefährdet als dies jetzt in manchen Bereichen und Gegenden der Fall ist. Als „Geburtsstunde“ für diese Stabilitätspartnerschaft kann die beinahe uneingeschränkte Bereitschaft Chinas zur Teilnahme am „Krieg gegen den Terror“ gesehen werden, die freilich auf der anderen Seite China die Legitimation lieferte, gegen eigene Unruheherde mit Billigung der USA vorzugehen. Auch im Kampf gegen Drogenschmuggel und illegale Migration treffen die Interessen Chinas und der USA zusammen.

Ein offenkundiges Beispiel der Stabilitätspartnerschaft zwischen China und den USA, sowie

Japan und Südkorea stellt das gemeinsame Vorgehen gegen das nordkoreanische Nuklearprogramm dar, das vor Jahren noch völlig undenkbar gewesen wäre angesichts der Allianz zwischen China und Nordkorea.

Taiwan stellt das beste Beispiel von Pragmatismus dar. China wiederholt stets die Zugehörigkeit Taiwans zu China, führt aber selbst Gespräche mit der „*abtrünnigen Provinz*“, wohl wissend, dass ein gewaltsames Vorgehen gegen Taiwan zumindest auf absehbare Zeit ein militärisches Eingreifen der USA zur Folge hätte. Die „passive“ Anwendung militärischer Stärke in der Abschreckung würde auch dann ausreichen, wenn die USA auch militärisch nicht mehr die alleinige Supermacht sein sollten. Demgegenüber würde es auch für eine alleinige Supermacht schwer werden, aktiv einen Regimewechsel z.B. in Nordkorea herbeizuführen. Diese Ambivalenz militärischer Stärke wurde bereits weiter oben allgemein gehalten dargelegt. Selbst wenn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und den USA jene zwischen Taiwan und den USA übertreffen sollten, so ist auf absehbare Zeit nicht mit einem „Fallenlassen“ Taiwans durch die USA zu rechnen und zwar nicht nur wegen gemeinsamer Werte, sondern auch deswegen, da nicht nur in Asien ihre Zuverlässigkeit als Partner – ein eminent wichtiger Faktor politischen Kredits – auf dem Spiel stünde.

Korea stellt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa das letzte Beispiel ideologischer Grenzen dar. Ohne das nordkoreanische Nuklearprogramm hätten die USA bereits vor Jahren ihre militärische Präsenz im Südkorea reduziert, da die wirkliche Gefahr aus dem Norden in einem unkontrollierten Zusammenbruch des Regimes mit den Destabilisierungserscheinungen für die gesamte Region besteht und weniger in einem breiten Angriff auf den Süden. Da aber auch ein solcher als irrationaler „Verzweiflungsakt“ vor dem Zerfall nicht auszuschließen ist, bleibt die Präsenz wohl bis auf weiteres bestehen. Südkorea zählt wie Japan zu den verlässlichsten Partnern der USA, auch wenn zwischen Japan und Südkorea genügend Spannung aus der Geschichte und wegen eines gewissen wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisses vorhanden ist. Sollte es nach einem Zusammenbruch des Regimes in Nordkorea zu einer Vereinigung beider Teile kommen, wird dies nicht nur die innere Stabilität des Landes herausfordern, sondern es wird auch die aktuelle Übereinstimmung der Interessen von China und den USA Korea betreffend, beendet sein. Insbesondere die Stationierung von US Truppen im Norden Koreas wird kaum die Zustimmung Chinas finden. Ein wiedervereintes Korea könnte aber auch die Rolle Japans in der Region und die Beziehungen zu den USA nicht unwesentlich beeinflussen. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der Erhaltung des *status quo* aus US Sicht verständlich.

Die Erhaltung des *status quo* im gesamten ostasiatischen Raum als Ziel der US Politik wird nicht zu realisieren sein, ganz abgesehen davon, dass Ziele wie Demokratisierung, Deregulierung und Privatisierung nach der aktuellen Finanzkrise nicht nur in Ostasien in weitere Ferne gerückt sind.

Die Entwicklung zu einer multipolaren Welt hat auch in Betracht zu ziehen, dass überall und nicht nur in Ostasien andere Mächte Einfluss gewinnen werden – neben China auch Indien, ein wiedererstarktes Russland, die Europäische Union und nach wie vor Japan, das die aktuelle Finanzkrise mit den wenigsten Schäden zu überstehen scheint. Im Übergang zur multipolaren Welt versuchen die USA in Ostasien durch ein Geflecht von Verträgen und Abkommen zur Zusammenarbeit – bilateral und multilateral – ihre langfristigen Interessen zu sichern. Ihr Vorteil: Trotz aller Probleme, die kurzfristig auftreten können, zählt die wirtschaftliche und soziale und politische Stabilität der USA zu verlässlichsten und berechenbarsten Größen auch und gerade wenn bei den Vertragspartnern in Ostasien diese Stabilität – mit Ausnahme von Japan – nicht erwartet werden kann.

Auch wenn der neue US-Präsident mit dem Slogan „*change*“ in die Wahl zog und diese fulminant gewann, ist in so grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik, wie der Erhaltung des US Einflusses in einer multipolaren Welt keine wesentliche Änderung zu erwarten, zumal dann nicht, wenn Werte und Interessen im wesentlichen gleich bleiben und Änderungen am ehesten nur bei den Wegen und Instrumenten, auf und mit denen diese Werte und Interessen vertreten werden, erwartet werden können.

Eugene Kogan

The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

Key Points

Official co-operation between Russia and China in the defence industry was halted back in 2004. This co-operation could be called VIC (Vacuum Information Cleaners). In other words, Chinese defence industry managers sucked all the necessary information and almost all of the information technology (IT) from their Russian counterparts. Surprisingly enough, Russian officials in the defence industry had realised that this was happening and admitted so as long ago as April 2006, but not before that. Although, this author had noted, there were plenty of signs long before April 2006.

Co-operation between selective enterprises has, however, gone on. For instance, the Federal State Unitary Enterprise Ural Optical and Mechanical Plant continues to assist China in developing indigenous airborne laser-guided pods (LDP).

In addition, co-operation continues between selective enterprises on ad-hoc projects. For instance, the Joint Stock Company AGAT Moscow Research Institute and Corporation Vympel: Missile-Space Defence were brought in on a commercial basis to assist in making the SD-10/PL-12 missile. Each company was dealt with on an individual basis, with no single lead contractor. The same goes for co-operation between the Yakovlev design bureau, part of the Scientific Industrial Corporation Irkut on the design of the L-15 advanced trainer and a new primary trainer aircraft. As well as co-operation between the Russian Aircraft Corporation MIG and the Chengdu Aircraft Company on the development of the J-10 multirole fighter aircraft, known as the Super-10.

Russian arms exports to China have declined so sharply that the Russian defence industry managers began to complain bitterly about and were quite troubled. We can say that the decade of great arm sales to China is passé and the competition between Russia and China for the arms sales is coming by.

Introduction

Back in September 2004 this author wrote an article asserting that although Russian officials continued to believe that China would remain a long-term partner in arms import, China's own domestic developments and its lack of interest in co-operating with Russia demonstrated a somewhat divergent trend.[1] As long ago as early 2004, China declined an offer from Russia to jointly enhance the Russian-built Global Navigation Satellite System (GLONASS) and instead China continued with the development of its own system known in English as `Compass´, which will be further discussed below. The same applies to the Chinese design and development of the next-generation military and commercial aircraft. Surprisingly enough, even as late as November 2007, Russian officials continued to believe that there are many opportunities for co-operation with their Chinese partners.[2] It shows that hope dies last.

One of the most striking examples of the Chinese lack of interest in co-operating with Russia was given in an article published by the Asia-Pacific Defence Reporter. According to the article, China has been seeking to obtain a licensed production deal for the Zubr and Murena conventional air-cushion landing craft (also known as tank-carrying assault hovercrafts), which are manufactured in Russia and the Ukraine. Russian defence industry officials have characterised Chinese approaches to these two countries

(which are being conducted via the Russian arms trade agency Rosoboronexport and Ukraine arms trade agency Ukrspetsexport) as a `ritual dance´. The same officials claimed that `the Chinese are masters in using the negotiation process as a means of getting the information that they need to establish local production of a weapon of interest. They always try to get the maximum out of the negotiations process and to procure documentation at the lowest price; then they try to make the real thing locally´.[3] It is rather surprising that Russian defence industry officials only realised and admitted this fact in April 2006, and not before. Although, as this author noted, there were plenty of signs long before 2006.

However, the real test in defence industry relations between China and Russia can currently be detected in the ongoing discussion between Beijing and Moscow over the provision of a Russian-built engine RD-93, for the FC-1 light fighter (also known as the JF-17), which is jointly produced by China and Pakistan. Although the Chinese and certain Russian aerospace industry executives are maintaining that China's FC-1 light fighter will be provided to Pakistan with a Russian engine, political approval from Moscow has been slightly delayed.[4] In an additional twist to the RD-93 story, the Indian government has asked Russia not to supply RD-93 engines for Pakistan's JF-17 light fighter aircraft, claiming that such a move would have serious regional security ramifications[5] and may be detrimental to co-operation between the Indian and Russian defence industries. Finally, the arrival of the two JF-17s equipped with the RD-93 engines has, however, confirmed what Western analysts are beginning to understand: that the Russians may have given verbal agreement to the re-export without issuing formal licences. According to Western defence analysts, the transaction may have been conducted in this way as Russia is reluctant to upset India, with which it has had a long-term partnership in defence sales.[6]

Interestingly enough, as long ago as July 2005, sources indicated that China was planning to reverse engineer the RD-93; the name of the imitation version was the WS-14. A Chernyshev Moscow Machine Building Enterprise (Moskovskoye Mashinostroitel'noye Predpriyatiye Chernysheva or MMP Chernyshev) spokesperson has denied this, saying that copying the engine would make further co-operation with China difficult.[7]

However, China's past experience with reverse engineering of the Russian-built fighters underscores a basic fact. If the management of the aerospace industry in China is interested in reverse engineering it will do it, whether Russian enterprise managers approve or not. In parallel to reverse engineering, China is bringing foreign experts aboard on ad-hoc programmes, which will be discussed later. From the Chinese perspective it is the best solution to the particular problems that Chinese industry has yet to resolve, and it may also be cheaper than full-time co-operation. The purchase of foreign components such as, for instance, engines built in Russia, is currently necessary because the engine sector remains the weakest link in the aerospace chain of development. Despite the last twenty-five years' efforts, China's engineers have failed to produce an indigenous engine. However, they are still working towards manufacturing such engines.

Domestic development

Domestically, China is doing its utmost to develop and manufacture high-quality military systems, fully equipped with indigenous weapon systems, and capable of competing in the world market.

Military craft

J-11

China has become much more adept at acquiring specific items of technology and then integrating them into newly designed weapons. China's advance from being a buyer of the Su-27 `Flanker´ to a manufacturer under licence of the Shenyang J-11, followed by the design of a Chinese-led upgrade of its J-11 force, shows just how far and how quickly China's aerospace skills have developed.[8] The development of the J-11, if successful, will mark a notable advance in Beijing's effort to recast its capabilities for the 21st century as its military and associated

defence-aerospace sector undergoes its own revolution in military affairs (RMA). Alongside key elements on the J-11, Chinese industry is beginning to produce a range of efficient guided weapons, both tactical and strategic, including satellite-guided precision systems.[9]

XXJ, J-X or J-XX (apparently designated as the J-14)

For some time now it has been known that the rapidly developing Chinese aviation industry is studying a new and technologically very advanced combat aircraft, which also claims to have significantly low signature characteristics. This programme is a logical step in China's `Long March´ towards full independence in the design, development and production of combat aircraft on a technological level, in line with China's status as the `other´ world superpower, on an equal footing with Russia and eventually even the USA.[10]

Navigation Satellite System

At the Air Show in Zhuhai in November 2006, the Chinese announced their commitment to a 30-plus satellite global navigation constellation known in English as `Compass´.[11] On 3 February 2007 China launched its first navigation satellite in nearly four years, the Beidou.[12] The indigenous development is not at odds with the Chinese policy of joining forces with the European Union (EU) Galileo satellite programme. The Galileo programme complements China's efforts to master space activities.[13]

The weakest link in the aerospace chain

In spite of the substantial improvement that took place in the development and manufacture of aircraft platforms, the engine sector has always been, and still is, the single weakest element in the aerospace chain, and holds back the progress of the Chinese aerospace industry.[14] So far China has relied on Russia to provide their Russian-built engines. However, should there be stiff competition between the two, the lack of a Chinese-built engine will hold back China's ambitions to become a global player on the aerospace market.

Bringing in foreign expertise

In addition to domestic development, China's aerospace industry as of today still needs outside expertise for particular projects. As a result, bringing in foreign experts was, and still is, a sensible solution from the Chinese perspective. It should however be stressed that the bringing in of foreign experts is a temporary solution. Management of China's aerospace industry is largely interested in reducing its dependency on both foreign experts and the import of foreign systems. The management of the defence industry understand that external pressures can delay the acquisition of needed systems and, as a result, damage the military preparedness of the People's Liberation Army (PLA).

L-15/new primary trainer aircraft

The Hongdu Aviation Industry Group (HAIG) pursued the J-7 replacement with its L-15 advanced trainer aircraft, the development of which began in 2000-01 with the assistance of the Yakovlev design bureau, which is part of the Scientific Industrial Corporation Irkut (Nauchno-Prozvodstvennaya Korporatsiya or NPK Irkut).[15] Yakovlev is thought to have provided technical support to the L-15 programme.[16] Both companies are also working on a new primary trainer that will be based on the Yakovlev Yak-152. It will have its first flight in 2008 in time for certification in 2010. Liang Zhenhe, vice-president of Hongdu's parent company Aviation Industry Corporation (AVIC II) said that Hongdu and Yakovlev have formed a 50:50 joint venture for this project. He added that each side is helping with the design and will `share in the profits and also in the risk´.[17]

Super-10

Russian Aircraft Corporation MIG (RAC MIG) specialists have been contracted to provide technical assistance to develop an advanced

version of the Chengdu Aircraft Company (CAC) J-10 multirole fighter aircraft, known as the Super-10. While Russia supplied three units of the Phazotron-built Zhemchug radar to China and assisted Chinese institutes working on the J-10 fire-control system (FCS), the Phazotron-State Scientific Research Institute of Radio has no more Chinese orders on the books. However, recently China restarted a joint programme with another Russian radar company, Scientific-Research Institute of Instrument Design (Nauchno-Issledovatel'skii Institut Priborostroeniya V. V. Tikhomirova or NIIP Tikhomirov).[18]

XXJ, J-X or J-XX (apparently designated as the J-14)

This new and much more ambitious design appears to have a definite relationship with the ill-fated Russian fifth-generation fighter, namely the MIG 1.44 MFI (mnogofunktsionalnyi istrebitel' or multifunctional fighter) designed by RAC MIG. In fact, it shares a number of elements that can doubtless be traced back to the Russian demonstrator. It is thus very probable, not to say certain, that an agreement has been reached between the Russian and Chinese governments to allow for the transfer of information and technological data as well as consultancy services to be provided by RAC MIG and Russian research centres (arguably including Central Aero-Hydrodynamics Research Institute (Tsentral'nyi Aerodinamicheskii Issledovatel'skii Institut or TsAGI)) to develop the new Chinese fighter.[19] The Russian officials would dismiss this claim, calling it a `red herring´ or simply speculative assertion.

Airborne laser-designation pods (LDP)

A senior official of the Federal State Unitary Enterprise Ural Optical and Mechanical Plant or FSUE UOMZ (Federal'noye Gosudarstvennoye Unitarnoye Predpriyatiye Ural'skii Optiko-Mechanicheskii Zavod) stated that Enterprise has assisted China in developing an indigenous LDP and a system resembling the UOMZ-built Sapsan LDP has been noted in China.[20]

New radar design for the new-generation aircraft

J-X

Chinese research institutes are working on a completely new radar design that features a passive phased array antenna. Russian companies are also reported to be contributing to this research, perhaps both on collaborative basis and by offering the alternative equipment that is known to be under development for Russian fighters.[21]

SD-10/PL-12 missile

The current Chinese air-to-air programme involves the SD-10/PL-12 active radar-guided beyond visual range (BVR) air-to-air missile (AAM). Although it is the first active-radar AAM to be developed by China, Jane's International Defence Review (JIDR) believes that China has received substantial input and technological transfer from various sources in Russia, which were `brought in´ on a commercial basis and then subsumed into a closed Chinese project. JIDR understands that elements of the SD-10 programmes acquired from Russian industry include: the seeker design and components Joint Stock Company AGAT Moscow Research Institute (Ob'edinennoye Aktsionernoye Obshchestvo AGAT Moskovskii Issledovatel'skii Institut or JSC AGAT MRI); the rudder-control actuation-system design Corporation Vympel: Missile-Space Defence (Korporatiya Vympel: Sistemy Raketno-Kosmicheskoi Oborony), and an inertial navigation system (NIIP Tikhomirov). Each company was dealt with on an individual basis, with no single lead contractor[22] in order leave no financial traces behind and not to complicate research on such a sensitive `buy in´ operation. Neither the Chinese nor Russian industries openly discuss co-operation on the PL-12.[23] So far China's defence industry officials have failed to convince Russian officials that they should not disclose information pertaining to co-operation between the two countries or on ad-hoc assistance. Whether this will happen in the future remains to be seen.

Russian arms exports to China

In addition to the disengagement of China from Russia, Russian arms exports to China have substantially declined, to such a degree that there is an outcry from Russian officials. Nezavisimaya Gazeta online reported that `Recently exports to China of our military equipment and weapons systems have dropped almost to zero´. Recently means from 2006 onward.[24] Although other sources note that if we trust one of the remarks made by Sergei Chemezov, director-general of Rosoboronexport, then in 2006 China signed a contract worth $US200 million. If the other independent arms exporter, mainly AVPK Sukhoi is included, then the overall sum was about $US500 million. According to the same source, in 2007 China signed a contract for about $US700 to $US800 million.[25] It is known that China has signed a contract of about $US300 million with Rosoboronexport to buy one hundred modified Salyut AL-31F engines.[26]

In 2008 two contracts were signed between Russia and China. In early 2008 China signed a contract to buy up to 100 Tigr lightweight multipurpose military vehicles.[27] The value of the contract has not been disclosed. In May 2008 a Chinese military factory (the Sichuan Lantian Helicopter Company) began to assemble Mi-171s from Russian parts. The Oboronprom official said that the deal with China to assemble the Mi-171s there was somewhat forced because the Chinese would eventually copy the helicopter's design and start producing it independently. The same official said that `If you can't prevent anything, you better join the process´.[28] The value of the contract has not been disclosed. At the same time, there is no sense in dwelling on various potential arms exports to China although Russian and English-language sources tend to speculate on the issue.

Conclusion

Although the Chinese are still lagging behind in a number of critical technologies their pace is well set to achieve their aims. Those who like to dismiss the Chinese defence industry as being able to produce only low-quality clones of outdated Western or Russian designs are well served[29] and well advised to listen to the experts in the field. This author is not being alarmist, but merely stating the tacit facts that the perception, 'China's aerospace industry still lags behind' and the current reality are not the same. So, let us not delude ourselves as to the reality of the situation.

According to Russian sources, it was noticed at the Zhuhai Air Show in November 2006 that the level of China's technological development has substantially risen and is now rapidly closing the gap to that of the most developed countries. Officials of the Russian defence industry acknowledge that fact. For instance, the director general of the Ramenskoye Instrument Building Enterprise (Rameskii Priborostroitel'nyi Zavod or RPZ), Anatoly Chumakov, acknowledged the fact that over the last several years China has not purchased systems and components manufactured by the Enterprise because they are capable of manufacturing these items themselves.[30] By 2010, China will be able to present stronger competition to Russia (and also to the European Union). China will be able to offer Chengdu FC-1 or JF-17 and J-10 fighters of comparable capability at lower cost, with near equally capable precision-guided weapons.[31] The Chinese could muse that China's aerospace industry was helped, deliberately and/or inadvertently by its former partner and/or its future competitor, Russia. And the Russians could anguish and blame themselves for their greed and short-sightedness in providing its former customer with the necessary know-how, and allowing it to turn into a competitor.

Anmerkungen

E. Kogan, *"Russia-China Aerospace Industries: From Co-operation to Disengagement"*, vol. 4, issue 19 (September 2004) in:
http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=395&issue_id=3090&art To validate

the author's opinion, see *Defense News*, 23 October 2006, p. 4. Interestingly enough, the subtle change in relationship between Beijing and Moscow was also noted in *Aviation Week and Space Technology*, 6 November 2006, p. 26. Andrei Chang, editor of the Hong Kong based *Kanwa Defence Review* said that `As far as Russia-China military aviation co-operation is concerned the spring is already over and naval co-operation between the two countries is also over´. *Defense News*, 19 March 2007, p. 16. See also *Kommersant*, 17 May 2007. Robert Hewson in his article "Chinese airpower reaps benefits of long road to self sufficiency" cited an un-named Russian engineer who in early 2007 told *Jane's* that, "We don't do so much work with China now. They have everything they need."in: *Jane's International Defence Review*, October 2007, p. 57, as a result of earlier co-operation between the two countries. *Nezavisimaya Gazeta* cited Mikhail Dmitriyev, chief of the Russian Military-Technical Co-operation Agency, who said that `The main issue is indecision over which technology can safely be sold to China and Beijing's desire to receive licences to do the work by themselves´. http://www.ng.ru/economics/2008-01-29/1_tupik.html?mthree=1. For the recent statement that China is nearing the point of no longer needing Russian technology to support its quest for advanced weapons systems, see *Aviation Week and Space Technology*, 21 July 2008, p. 54.

[2] For a complete article, see *Jane's Defence Weekly*, 7 November 2007, p. 22.

[3] V. Karnozov, "China deal with Ukraine on hovercraft technology?", (April 2006), p. 40. For a confirmation of Vladimir Karnozov's report, see *Defense News*, 11 September 2006, p. 48.

[4] See for instance, *Flight International*, 7-13 November 2006, p. 11; *Jane's Defence Weekly*, 8 November 2006, p. 18; *Financial Times*, 9 November 2006, p. 8.

[5] *Jane's Defence Weekly*, 10 January 2007, p. 13; *Defense News*, 22 January 2007, p. 14; *Jane's Defence Weekly*, 14 February 2007, p. 17.

[6] For the arrival of the two JF-17s, see http://www.kommersant.ru/doc.html?docId=749956 – online on 15 March 2007. *Jane's Defence Weekly*, 28 March 2007, p. 6; 4 April 2007, p. 34. In late April 2007 it was reported that Russia has cleared the re-export of the RD-93 engine from China to Pakistan to power the JF-17. *Aviation Week and Space Technology*, 30 April 2007, p. 20. See also *Jane's Defence Weekly*, 9 May 2007, p. 6; http://www.cast.ru/comments/?id=286 – online on 13 August 2007.

[7] *Jane's Defence Weekly*, 20 July 2005, p. 19. See also *Defense News*, 8 May 2006, p. 8. The contract to supply the RD-93 to China does not include the licensed production of the engine in China. The restrictions stipulated by the contract are to avoid disturbing the relationship between Russia and India should FC-1s be supplied to Pakistan. The same stipulation applies to the Phazotron-State Scientific Research Institute of Radio (Nauchno Issledovatel'skii Institut Radio or NIIR)-built Zhuk radar, which can be installed only on FC-1 fighters in service with the People's Liberation Army Air Force (PLAAF). *Jane's Defence Weekly*, 18 May 2005, p. 6. What is important to emphasise, however, is that agreement between Russia and China that related to the RD-93 excluded a clause for re-export of the engine to third countries. Whether this clause was included for the Salyut AL-31FN engine is not known. What is known is that the contract to supply the AL-31FN to China does not include the licensed production of the engine in China. http://nvo.ng.ru/economics/2008-04-22/1_sushki.html?mthree=1.

[8] R. Hewson, "Crouching tiger: how China is quietly evolving its missile systems" (hereafter cited as R. Hewson, "Crouching tiger") in *Jane's International Defence Review*, February 2006, p. 28.

[9] *Aviation Week and Space Technology*, 6 November 2006, p. 26; 22 January 2007, p. 26. See also *Jane's Defence Weekly*, 9 May 2007, p. 38.

[10] For a complete article, see Sergio Coniglio, “China develops stealth fighter” (hereafter cited as S. Coniglio, “China develops”) in *Military Technology*, 2 (2006), pp. 44-46. See also *Jane’s Defence Weekly*, 25 April 2007, p. 29.

[11] *Defense News*, 27 November 2006, p. 21.

[12] For a complete article, see *Financial Times*, 5 February 2007, p. 1. For an earlier launches of the Beidou satellites, see Geoffrey Forden, “Strategic issues for China’s Beidou satellite system” in *Jane’s Intelligence Review*, October 2003, p. 26. For the later launch, see *Aviation Week and Space Technology*, 23 April 2007, p. 24.

[13] For the reinforcement of the author’s assertion, see *Flight International*, 28 August-3 September 2007, pp. 52-53.

[14] S. Coniglio, “China’s Aviation”, p. 20; *Idem*; “China develops”, p. 45. P. Butowski, “Salyut’s private venture upgrades for AL-31F turbines turn to exports” in *Jane’s International Defence Review*, March 2006, p. 63; *Jane’s Defence Weekly*, 24 May 2006, p. 32.

[15] A. Pustam, “Gradual evolution”, p. 29. For an earlier report, see *Flight International*, 20-26 July 2004, p. 30.

[16] *Aviation Week and Space Technology*, 20 March 2006, p. 18; 24 July 2006, p. 50.

[17] For a complete article, see *Flight International*, 25 September-1 October 2007, p. 18.

[18] *Jane’s Defence Weekly*, 11 January 2006, p. 5.

[19] S. Coniglio, “China develops”, pp. 44-45. See also http://www.defensenews.com/story.php?F=2521412&C=airwar – online on 31 January 2007.

[20] *Jane’s Defence Weekly*, 20 December 2006, p. 14. See also http://nvo.ng.ru/armament/2008-08-08/1_ural.html?mthree=3.

[21] S. Coniglio, “China’s Aviation”, p. 18.

[22] R. Hewson, “Crouching tiger”, p. 28. To reinforce Robert Hewson opinion, see also *Aviation Week and Space Technology*, 6 November 2006, p. 26. The *JIDR* believes that China received substantial input … and understands that elements of the SD-10 programmes … were further corroborated by Robert Hewson in an email to the author. The email stated that Robert Hewson spoke to several of the programme engineers in China about the SD-10 programme and read the (few) articles that have been published in the Chinese technical press about the missile’s development history. He also added that `he has then spoken (on several occasions) to Russian engineers at Corporation Vympel and the Joint Stock Company AGAT, who assisted with the programme. They gave me very clear and coherent descriptions of Russia’s contribution to the finished SD-10 product, including the specific items of hardware and technology furnished by Russia´. And finally, `Robert Hewson also spoke to Italian engineers (from Alenia Aermacchi), who set up the PL-10/11 production line in China before they were withdrawn in the late 1980s´. 20 February 2007. I am very grateful to Robert Hewson, editor of *Jane’s Air-Launched Weapons* for providing me with useful information and insightful comments. Information related to participation of AGAT was disclosed in the recent issue of *Defense News*, 19 March 2007, p. 16.

[23] *Aviation Week and Space Technology*, 20 November 2006, p. 46.

[24] http://www.ng.ru/economics/2008-01-29/1_tupik.html?mthree=1.

[25] http://www.cast.ru/comments/?id=315 – online on 1 July 2008. According to *Jane’s Defence Weekly* (19 December 2007, p. 31) the only major Russian sale to China in 2006 has been a $US1 billion contract for eight S-300PMU-2 surface-to-air missile (SAM) systems…

[26] *Flight International*, 22-28 May 2007, p. 18.

[27] For a complete article, see *Jane's Defence Weekly*, 3 September 2008, p. 17.

[28] *Defense News*, 19 May 2008, p. 19. See also earlier report in *Air Forces Monthly* (May 2008), p. 26. Compared with the re-export of the RD-93 engine (see note 6), the representative of the Ulan Ude Aviation Plant, the Russian manufacturer, said that the draft of the contract agreement with Lantian Helicopters stipulates that China would not export the Mi-171 helicopters produced in Chengdu. *Defense News*, 19 May 2008, p. 19. The draft of the contract agreement may not be sufficient to prevent China from exporting. The final agreement alone with a clearly outlined stipulations and penalties attached may hinder Chinese attempt to export helicopters manufactured in China.

[29] S. Coniglio, "China develops", p. 46.

[30] (http://www.oborona.ru/digest/?id=3001659&syear=2006&smont - online on 23 November 2006).

[31] R. D. Fisher, "China's alliance with Iran: building for long-term influence" in *Jane's Intelligence Review*, (June 2006), p. 26. See also *Aviation Week and Space Technology*, 20 November 2006, pp. 45-46.

Sebastian Harnisch

The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

1. Introduction

Over the past sixty years the Korean peninsula has been one of the security hotspots in East Asia, witnessing major conventional warfare, asymmetrical terrorist attacks and a tense deterrent situation in one of the most militarized regions of the world. Today, limited military contingencies are possible but unlikely. Over the past decade, the North Korean regime has acquired and quadrupled its nuclear weapons capacity, which, barring large-scale internal or external shocks enables the regime to survive in spite of a crippling economic and food crisis, signs of political instability and a dilapidated conventional military force. North Korea may threaten to launch a two-staged inter-mediate range ballistic missile, engage in weapons proliferation, both conventional and nuclear with states and non-state actors, and provoke distress by berating neighboring South Korea, Japan and the United States, but essentially it remains a weak state (Foreign Policy 2008). To understand this paradox, one has to acknowledge that the North Korean regime has excelled in a "*parasitic strategy*" – a consistent and rational use of military and diplomatic brinkmanship unlikely to be changed from outside anytime soon.

The evolution of the security challenges on the Korean Peninsula since the inauguration of Bush-Jr. administration illustrates this phenomenon very well. Facing an ABC-Policy (Anything-But-Clinton) by the Bush administration, the Kim regime first proved to be able to extract additional support from Beijing and Seoul and then, after using the Iraq campaign in the summer of 2003 to bolster its nuclear deterrent, it successfully blackmailed the Bush administration back into a more co-operative stance (Pritchard 2007; Chinoy 2008).

As a consequence, the past decade has been one of great ambivalence for North Koreans: one of unprecedented experiments with market mechanisms and sudden reversals towards the inefficient public distribution system and a decade of substantial politico-military achievements for the Kim regime. Pyongyang secured long-term life support by PR China (energy, food, etc.) despite the People's Republic opening towards Seoul and the Kim regime expanded its military (nuclear) deterrence vis-à-vis Washington in con-junction with diplomatic negotiations to reverse this very course.

This paradox security trajectory was established during the Clinton administration, when the then *Great Leader*, Kim Il Sung, defused the first Korean nuclear crisis in 1994 by extracting two nuclear light-water reactors, energy support and promise of diplomatic normalization in exchange for freezing North Korea's civilian plutonium pro-gram in Yongbyon (Sigal 1998: Wit et al. 2004).[1] From this perspective, the Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), which administered the resulting Geneva Agreed Framework of October 21, 1994 (AF), the bilateral negotiations to end the DPRK ballistic missile programs and proliferation and the all too common threats towards "the rogue state North Korea" were all part of a consistent diplomatic pattern that consolidated rather than transcended the DPRK's parasitic grand strategy. The co-operative strategies (by the Clinton administration and the wider international community, e.g. countries which participated in the KEDO scheme) taught the North Korean elite that it could "*sell threats in exchange for aid*". The threatening rhetoric by liberal imperialist and conservative regime critics, in particular in the Bush administration, taught the North Korean regime to hedge for the event that Washington would forego its promises.[2]

At the root of the parasitic strategy, of course, lies a domestic regimes structure that co-opts military

and political elites outside the Kim clan by gratifying their needs and interests. By instrumentalizing provocative security actions, such as missile or nuclear tests, threats against commercial aircrafts or fishermen, or engaging in illicit activities such as proliferation and drug trade, the regime antes threats and receives benefits when backing down. Hence, the more the external environment adapted to the parasitic strategy by cooperating and threatening, the less likely substantial reform within the North Korean system became, because the regime could use this dualism to stabilize itself. At this point, there is no immediate reason to believe any of this will change soon, even though the specter of a sudden death of the *Dear Leader* Kim Jong-Il (KJI) looms large over North Korea (Stares/Wit 2009).

2. The argument

Most policy pundits and scholars do not see it this way and, as a result, policies (and scholarly) writings on the North Korean conundrum reveal a considerable gap between reality and rhetoric. On the one hand, decision makers (and apologists) of the Bush administration, remain wedded to the idea that the most powerful nation in the world can force regime change in North Korea, either strangulating the rogue nation economically or militarily into submission. Few commentators explicitly acknowledge holding such a view,[3] but it is implied in the widespread tendency to inflate the threats posed by the North Koreans to legitimate forceful action (e.g. Bolton 2007), thereby feeding Pyongyang's paranoia. On the other hand, an equivalent tendency is to criticize the lack of substantive progress in the Six-Party-Talks (SPT) which have succeeded the KEDO process and also aim at a denuclearization of the Korean peninsula. This position holds that a debilitating insincerity in negotiations with the North Koreans on the US part that in turn has bred the non-compliant behavior in Pyongyang.

Up to now a combination of ambition for regime change in the US and alarm about the implications of regime change among its neighbors spawned the international communities approach towards North Korea. Yet its is now clear that the efforts to either force or persuade Pyongyang into policy constraint failed miserably: after years of talks the DPRK government holds a nuclear arsenal of some ten plutonium-based nuclear weapons (of dubious quality) and despite the ongoing Six-Party talks the DPRK is close to reviving its plutonium facilities in Yongbyon and able to reap external aid nonetheless. Also, while the food crisis became more severe in 2008 and evidence mounted that security forces cracked down on domestic protests, the DPRK government demanded and received assurances by the conservative South Korean government to restrain groups sending propaganda leaflets by balloons to the North (Haggard/Noland 2009: 102).

In light of these developments, a third, modest middle course deserves attention, which is set forth in the latter part of this chapter. In this perspective, multilateral talks in the Six-Party framework are quite successful in stabilizing the detrimental regional effects of North Korea's nuclearization. So far, neither South Korea nor Japan (or Taiwan for that matter) have started in earnest nuclear weapons programs or engaged in armament activities which may ignite regional arms races. In fact, close US-Chinese cooperation on the North Korean issue has been one of the main stabilizing pillars of this vital bilateral relationship for the region (Kreft 2009: 220-221). However, trilateral cooperation among the US and its regional allies has suffered from the Bush administrations negligence and poor diplomacy between Seoul and Tokyo. Also, it appears that the Six Parties have had only modest success in limiting North Koreas non-conventional proliferating behavior[4] and US pressure to secure a verified and comprehensive denuclearization in a written protocol, involving a much debated North Korean uranium enrichment program as well as the location of existing nuclear war heads, were counterproductive. Setting high demands for North Korea calls for a high price to be asked by the regime.

Therefore, throughout my central thesis is that modest policy goals, which are shared by all six

parties and their respective domestic ratifying legislative majorities, will beget a moderating influence on North Korea's parasitic behavior. Engagement with the regime should be conditioned and goals limited. This strategy of political containment – reminiscent of a strategy propagated by George Kennan at the outset of the cold war – rests on the assumption that the regime will transform because of its internal contradictions, not outside pressure. Containing nuclear extortions therefore starts with focusing on the most pressing military threats: expansion of the DPRK PU-based nuclear weapons potential and subsequent proliferation activities in other regions, most notably, the Middle East and South Asia. In addition, it takes a longer-term and broader perspective towards North Korea by effectively preparing for the eventual demise of the Kim regime.

The remainder of the chapter is structured as follows: In the third section, a brief review of the current multilateral negotiations is given and a short overview of the critical nuclear technical questions is presented. It is argued that because all abutting countries plus the US share a vital interest in a non-violent regime transformation, these interests call for restraint when bringing to bear diplomatic and military means to tip the domestic balance within North Korea towards reform. Raising expectations domestically to legitimate cooperative behaviour regularly backfires when North Korean negotiators scent opportunities for extortion of benefits. The last section discusses several scenarios for the evolution of the Korean conundrum against the background of recent political and economic developments.

3. North Korea as a Nuclear Weapon state: you fooled me once…, you fooled me twice…

Historically, North Korea's main impetus for a nuclear weapon has been insecurity. Major steps towards a deterrence arsenal have followed the US threat to use nuclear weapons during the Korean war, the Soviet Union's conduct in the Cuban missile crisis, South Korean attempts in den mid-70s to launch a nuclear weapons program and the demise of Cold War and the subsequent doubts in Chinese allegiance in the bilateral security treaty (Mazarr 1995; Reiss 1995). In each case, most analysts agree, North Korea's *Juche* ideology of self-reliance amplified its insecurity complex, leading to decades of clandestine technology and material acquisition both from states (China, Soviet Union) and non-state actors (the A.Q. Khan network) (IISS 2004). During the 1990s, estimates from intelligence services and analysts suggested that Pyongyang held weapons grade plutonium for one or two crude nuclear devices or even four to five functioning nuclear war heads (Norris et al. 2003). In 1994, the DPRK and the Clinton administration negotiated a bilateral agreement, the *Geneva Agreed Framework* (AF), that foresaw a continuing freeze of North Korea's plutonium activities in exchange for energy support and the delivery of two less proliferation-prone Light-Water Reactors by 2003. The implementation of the AF was done by the multinational energy consortium KEDO, verification issues were dealt with bilaterally but ultimately would be provided by the IAEA (Harnisch/Maull 2000).

After the AF security objectives still figured prominently in Pyongyang's policy vis-à-vis KEDO, but commercial interests played an important and increasing role in the negotiations on the limitation of Pyongyang's ballistic missile program, proliferation and other illicit activities. In December 2000, the outgoing Clinton administration came very close to settle for a comprehensive deal with the Kim regime, involving a possible Presidential visit and clear brakes on missile production and proliferation. The proposed deal did not materialize, because the incoming Bush administration voiced opposition (Chinoy 2008: 36-42).

The economic objectives help explain why North Korea started a uranium-enrichment program in earnest (most probably) in 1997 (Harnisch 2003: 156). While the program makes not much sense in military terms, because the PU-based program was much more advanced, if frozen, at the time – it did make some economic sense: Pakistani uranium technology could be easily bartered for missile technology with the Khan network and Pakistan and uranium enrichment technology appears to be more readily saleable to other

proliferators such as Iran (Braun/Chyba 2004; Harnisch 2006; Corera 2006). In addition, US compliance with the AF became increasingly tied to other DPRK proliferating behavior. Thus, uranium enrichment activities could well be traded in the future to elicit extra benefits from the US and neighboring countries (Martin 2007).

The decision of the Bush administration to address DPRK LEU uranium activities in the summer of 2002 rested on the assumption that the program "*again proved that North Koreans were cheating*" and therefore US compliance with the AF should be suspended (Harnisch 2002; Carlin/Lewis 2008: 11). While this is certainly true – compliance with the DPRK-ROK denuclearization agreement of 1991, which forbids uranium enrichment and PU reprocessing – is part and parcel of the AF – it is worth asking why the DPRK would invest in a second nuclear weapons program that is much less advanced than the one they agreed to freeze under the AF. A rational, if cynical, explanation of the DPRK behavior would suggest, that the Kim regime tried to "*sell a much less advanced nuclear (weapons) program again to the Bush administration*."

The Bush administration did, however, not engage in talks over the LEU program in the fall of 2002. Instead, it first suspended energy shipments to North Korea and then, after the DPRK had evicted IAEA monitors and restarted the PU facilities in Yongbyon, the US withdrew from the KEDO project altogether. In hindsight, the US suspension of KEDO and consequently the freeze of the DPRK PU program became an own goal for the Bush administration. In the summer of 2003 Pyongyang rushed to produce enough weapons grade PU in a first reprocessing campaign while US troops were (house) searching for WMD programs in Iraq (Pritchard 2004). In addition, Pyongyang started its 5-MW reactor producing a second batch of fuel rods for another reprocessing campaign thus producing of up to 30-50 kg of weapons grade PU in total.[5] Alarmed by Pyongyang's rush to nuclear armament, neighboring countries urged the Bush administration to re-engage with Pyongyang and aligned themselves with the State Department's East Asia specialists, who were in favour of further negotiations (Chinoy 2008: 154-157; Pritchard 2007: 567-65).

Table 1: Results of the Six-Party Talks (2003-2009)

Round	Date	Achievements
1	August 27 - 29, 2003	
2	February 25 - 28, 2004	Chairman statement only
3	June 23 - 26, 2004	Chairman statement only
4	July 26 - August 7, 2005 (session 1) September 13 - 19, 2005 (session 2)	Joint Statement, Sept. 19, 2005 DPRK pledges to dismantle nuclear program for incentives; US commits to eventual normalization
5	November 9 - 11, 2005 (session 1) December 18 - 22, 2006 (session 2) February 8 - 13, 2007 (session 3)	US announces bilateral financial sanctions; Joint Document for Initial Action February 13, 2007
6	March 19 - 22, 2007, resumption from July 18 - 20, 2007 (session 1) September 27 - 30, 2007 (session 2) July 10 - 12, 2008 (session 3) July 23, 2008 (informal meeting of the Foreign Ministers in Singapore) December 8 - 11, 2008 (session 4)	Joint Document of Second Phase Actions, October 3, 2007: DPRK promises freeze, verification and eventual dismantlement of its PU facilities, in exchange for energy transfers and a US promise to take the DPRK from the list of terrorist sponsoring countries

In the heretofore six rounds of the Six-Party Talks, the United States moderated some of its rhetoric – turning to transformation instead of "regime change" and endorsing South Korea's peace and prosperity policy (Harnisch/Wagener 2009). It also showed greater flexibility in

implementing its concept of "*complete, verifyable, irreversible dismantlement*" (CVID) during the fourth round of talks, leading to the Joint Statement of September 2005, in which the DPRK pledges to dismantle its nuclear programs in return for various incentives including the right to peaceful use of nuclear energy (Joint Statement 2005). However, Washington in subsequent talks never "*granted negative security assurances*", held steadfast to the principle "*disarm first, rewards later*" and embarked in the winter of 2005 on a bilateral financial sanction strategy that was denounced by North Korean negotiators as the attempt to "strangulate the Kim regime". A US negotiator confirmed this perception in November 2005 when he stated as much as: "They are going to have to surrender the program anyway, so I'm not going to pay them for the same thing twice (cited in Kahn 2005)."

In June 2006, North Korea tested several different missile designs and then, despite considerable pressure from Beijing, a nuclear device on October 9th, 2006. The test may not have been an unequivocal success from Pyongyang's point of view, because it left open, whether North Korea is able to mount a miniaturized war head on one of its intermediate range missiles,[6] but the test clearly bolstered the DPRK's nuclear deterrence posture and its potential for proliferating sensitive weaponization know-how and material (Chanlett-Avery/Squassoni 2006). As a consequence, the Bush administration in late 2006 reversed its negotiation tactics and allowed for bilateral US-DPRK talks. In addition, Washington freed 25 Mio. US$ owned by North Korea, which had been "frozen" in the Macau-based "Banco Delta Asia" (BDA).

The so-called Berlin Talks between US Chief negotiator Christopher Hill and his North Korean counterpart (January 16-18th, 2007) then set the stage for a „*Denuclearization Action Plan*" (February 13th, 2007) of the September 2005 Joint Statement.[7] The Denuclearization Action Plan of February 13th, and the subsequent „*Second-Phase Actions for the Implementation of the September 2005 Joint Statement*" (October 3rd, 2007) did follow the well-known pattern of the Agreed Framework, except for the multilateral character due to the direct involvement of China and other neighboring countries: the DPRK promised to first freeze, then allow for verification and finally dismantlement of its Plutonium facilities, in exchange for energy transfers and a US promise to take the DPRK from the list of terrorist sponsoring countries (Harnisch/Wagener 2009).

The Bush Administration did not only change its tactics, when it agreed after years of denial to bilateral negotiations with Pyongyang. Over the two implementation agreements Washington first also delinked the North Korean removal from the list of states sponsoring terrorism from the issue of complete dismantlement and then second from the successful implementation of the disablement of the Yongbyon Plutonium facilities (Niksch 2009: 7).

North Korea also significantly changed its previous policy: Pyongyang agreed and started to implement the disablement of the fuel-fabrication plant, the 5-MW reactor and the reprocessing facility. On June 26th, 2008, the DPRK handed over 18.000 pages of reactor record documents and in July it blew up the cooling tower of the reactor, thereby completing the disablement phase up to 80%. However, when the US tried to relink the removal from the state sponsoring terrorism list to the confirmation of an intrusive verification protocol, the Kim regime threatened to restart its plutonium activities. In the end, the conditional removal of the DPRK from the list was announced on October 11th, 2008, but in subsequent bilateral talks and further meetings in the working groups of the Six-Party talks, negotiators were unable to settle for a concrete and written verification protocol, because North Korea would not allow for the most intrusive measures, such as environmental sampling, and resisted calls for an important role of the IAEA in verification (Pinkston 2009).

To sum up, over the course of his last year in office, the US President who had loathed the North Korean leader had not significantly lowered the bar for the Kim regime to normalize its relationship with the United States and International Financial Institutions.[8] The Bush administrations policy had also allowed for a quadrupling of the North Korean nuclear capacity and a significant expansion of its missile program (for

the latter program cf. Pinkston 2008). This, of course, does not bode well for a quick, negotiated settlement of the verification issue under the Obama administration. As one North Korean negotiator quipped recently: "*If we can have nuclear negotiations, why not missile negotiations?*" (Cited in Harrison 2009).

4. Future Regime Stability and the parasitic strategy: scenarios

The North Korean leadership has persistently offered to negotiate the freeze, disablement and eventual dismantlement of its plutonium weapons program, its missile program and to dispel concerns about its uranium enrichment activities. These offers came with a price attached. The United States, other Six-Party participants and the international community at large have learned to accept and support the current regime and to tolerate a nuclear North Korea. Starting from the assumption that the parasitic strategy has thus far successfully stabilized an internal balance of power structure, which involves the Kim family, the military and party leadership (Gerschewski/ Köllner 2009; Robertson 2008), the most important risk for instability is a leadership void.[9]

Speculation about the regime's survival first mounted, when the country's paramount leader, Kim Il-Sung, died at the height of the first nuclear crisis in June 1994. It took the son, Kim Jong-Il, who had been groomed as a successor since the 1970s, considerable effort to stabilize his reign during a prolonged succession period. Only in 1998, with the 10th election of the North Korean Supreme People's Assembly (SPA), a significant reform of the constitution and the establishment of the so called Military-First policy, *Songun*, was he able to put his own imprimatur on policy (Breen 2004: 46). In effect, *Songun* has reinterpreted the *Juche* strategy, self-reliance, by emphasizing the central role of the military to defend the state rather than to rely upon the working class (Park 2008). As a Kim Il-Sung University Campus Newspaper put it:
"*to argue that the working class should become the mainstay of revolution at any time and any place is logically incorrect and is a dogmatic viewpoint of defunct theories … the People's Army is the nucleus leading our Socialist development*." (cited in Jeung 2007: 16-17)

News Reports in 2004 and again in August 2008 about the ill health of Kim Jong-Il have revived debate about the effects of a continued impairment or death of the *Dear Leader*.[10] When KJI failed to appear in public for an extended period in late 2008 and North Korea hardened its negotiation stance on the verification protocol, some policy pundits suggested that a leadership struggle may have been the reason why. However, Kim's subsequent public appearances, the "successful" election for the Supreme People's Assembly – KJI received 100% of the vote in the 333rd district – in March 2009 and the announcement of a satellite launch, led to a demise of speculation about Kim's health.

The March 8th, 2009 elections however, stoked rumours about the beginning of a managed succession within the Kim Dynasty. While the oldest of the three sons, Kim Jong Nam is viewed as lacking stature, Kim Jong Un, the youngest was traded as the heir apparent and a likely candidate for the SPA.[11] Other family members with leadership potential include Kim Yong-Pil (KJI's half brother and currently DPRK Ambassador in Poland) and Jang Song-Taek (KJI's brother–in-law and long-time confidant). Thus far, there is no clear indication for a managed succession within the inner circle of the family and neither is there proof for a more formal collective leadership between factions in the family, military and party elite. The recent concentration of power in the National Defense Commission – Kim Jong-Il named all ten members (seven generals and three civilians) – suggests, that this collective may figure prominently in future succession, but it remains unclear as to how far this body will stick together or become the stage for a power struggle between different factions (Stokes/Wit 2009: 12-13).

In sum, rather than trying to directly influence the North Korean regime – and fail – the Obama administration and the party's concerned should prepare themselves to set modest immediate

goals for the political containment of the ninth nuclear weapon state and install viable multilateral mechanisms for the eventual demise of the regime. Unfortunately, the current domestic situation in Japan, South Korea and the United States does not bode well for modest goals in the respective DPRK policies. In Japan, the government of prime minister Abe has a fragile parliamentary base and its North Korea policy has been taken hostage by the abduction issue. Similarly in South Korea, the presidency by Lee Myung-Bak has been riveted by several scandals and public skepticism vis-à-vis close policy coordination with Tokyo and Washington. Finally, in Washington, the financial crisis, US deployments in Iraq and Afghanistan, as well as the election of many Congressmen unfamiliar with the Korean peninsula suggest, that an active, but modest, policy may not evolve, unless dramatic events redirect attention and lay bare the cost of feeding the parasitic strategy of the current regime in North Korea.

List of Abbreviations

AF Geneva Agreed Framework

BDA Banco Delta Asia

CVID complete, verifiable, irreversible dismantlement

DPRK Democratic People's Republic of Korea (North Korea)

IAEA International Atomic Energy Agency

IISS International Institute for Strategic Studies

KEDO Korean Peninsula Energy Development Organization

KJI Kim Jong-Il

LEU Low Enriched Uranium

MW Megawatt

PRC People's Republic of China

PU Plutonium

ROK Republic of Korea (South Korea)

SPA Supreme People's Assembly, Parliament of DPRK

SPT Six Party Talks

UN United Nations

WMD Weapons of Mass Destruction

Literature:

Albright, David/Brannan, Paul/Shire, Jacqueline 2008: North Korea's Plutonium Declaration: A Starting Point for an Initial Verification Process, http://www.isis-online.org/publications/dprk/NorthKoreaDeclaration10Jan2008.pdf [03/13/2009],

Bennett, Bruce 2004: Weapons of Mass Destruction: the North Korean Threat, in: Korean Journal of Defense Analysis 16:2, pp. 79-108.

Bolton, John 2007: Surrender is Not an Option: Defending America At the United Nations and Abroad, New York: Simon&Schuster

Braun, Chaim/Chyba, Christopher 2004: Proliferation Rings: New Challenges to the Nuclear Nonproliferation Regime, in: International Security 29:2, pp. 5-49.

Breen, Michael 2004: Kim Jong-Il: North Korea's Dear Leader, Wiley.

Carlin, Robert/Lewis, John 2008: Negotiating with North Korea: 1992-2007, Stanford: CISAC, http://cisac.stanford.edu/publications/negotiating_with_north_korea_19922007/ [03/13/2009]

Chanlett-Avery, Emma/Squassoni, Sharon 2006: North Korea's Nuclear Test: Motivations, Implication, and U.S. Options (RL33709), Washington, DC: CRS for Congress, http://www.fas.org/sgp/crs/nuke/RL33709.pdf [03/13/2009]

Chestnut, Sheena 2007: Illicit Activity and Proliferation: North Korean Smuggling Networks, in: International Security 32:1, pp. 80-111.

Chinoy, Mike 2008: Meltdown: The Inside Story of the North Korean Nuclear Crisis, St. Martin's Press; http://www.pacificcouncil.org/interior.aspx?pageID=News&subID=1&itemID=120 [03/13/2009].

Cooper, Helen 2008: "In Disclosure, North Korea Contradicts U.S. Intelligence on Its Plutonium Program", in: The New York Times, May 31st.

Corera, Gordon 2006: Shopping for Bombs: Nuclear Proliferation, Global Insecurity and the Rise and Fall of the A.Q. Khan Network, New York.

Fitzpatrick, Mark 2006: Iran and North Korea: The Proliferation Nexus, in: Survival 48:1, pp. 61-80.

Foreign Policy 2008: The Failed State Index 2008, http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350&page=1 [03/13/03/13/2009]

Gerschewski, Johannes/Köllner, Patrick 2009: Nordkorea und kein Ende? Zum Wandel innenpolitischer Legitimation und externer Stützung der DVRK, in: Maull, Hanns W./Wagener, Martin (Eds.): Ostasien in der Globalisierung, Baden-Baden: Nomos, pp. 169-190.

Haggard, Stephan/Noland, Marcus 2009: North Korea in 2008. Twilight of the God?, in: Asian Survey 49:1, pp. 98-106.

Harnisch, Sebastian/Wagener, Martin 2009: Die Sechsparteiengespräche auf der koreanischen Halbinsel. Hintergründe – Ergebnisse – Perspektiven, in: Dirk Nabers (Ed.), Regionale Integration in Ostasien, Wiesbaden.

Harnisch, Sebastian 2008 i. V.: Multilaterale Konfliktregulierung in Nordostasien: Die KEDO und ihre Nachfolger, in: Maull, Hanns W./Nabers, Dirk (Eds.): Multilateralismus in Ostasien-Pazifik. Probleme und Herausforderungen im neuen Jahrhundert, Hamburg: Institut für Asienkunde, 2. compl. revised edition.

Harnisch, Sebastian 2006: Das Proliferationsnetzwerk um Abdul Qadeer Khan. Genese – Struktur – Konsequenzen, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 44:2, pp. 168-174.

Harnisch, Sebastian 2006a: A Failed Crusade. Das Scheitern der Nordkoreapolitik der USA unter George W. Bush, in: Wilzewski, Jürgen/Hils, Jochen (Eds.): Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier: Wissenschaftlicher Verlag 2006, pp. 483-526.

Harnisch, Sebastian 2005: (K)ein Bluff wie jeder andere. Nordkoreas nukleares Bekenntnis muss ernst genommen werden, in: Internationale Politik 60:3, pp. 104-107.

Harnisch, Sebastian 2005a: Soldiering On! North Korea as a Nuclear Weapon State. Regional and International Implications, in: German-Japanese Center Berlin (Ed.): Security Threats and Strategies of a Regional Security Policy in North East Asia 2005, pp. 7-15.

Harnisch, Sebastian 2003: Nordkoreas nukleare Waffenprogramme: Entstehung, Fähigkeiten und die internationalen Bemühungen um ihre Eindämmung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 41:2, pp. 149-162.

Harnisch, Sebastian 2002: Das nordkoreanische Raketenprogramm. Gespräche zu dessen Beendigung zwischen Washington und Pjöngjang, in: Österreichische Militärzeitschrift 40:4, pp. 415-424.

Harnisch, Sebastian 2002a: Make or Break? Relations between the United States and North Korea after Pyongyangs Admission of a Secret Nuclear Weapons Program, in: Asien - Afrika - Lateinamerika 30: 6, pp. 581-597.

Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. 2002b: Embedding Korea's Unification Multilaterally, in: Pacific Review 15:1, pp. 29-62.

Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. 2000: Kernwaffen in Nordkorea. Regionale Stabilität und Krisenmanagement durch das Genfer Rahmenabkommen, Bonn: Europa Union Verlag.

Harrison, Selig 2009: Living with A Nuclear North Korea, in: The Washington Post, February 17th.

Hughes, Christopher 2007: North Korea's Nuclear Weapons: Implications for the Nuclear Ambitions of Japan, South Korea and Taiwan, in: Asia Policy 3, pp. 75-104, http://www.nbr.org/publications/asia_policy/AP3/AP3Hughes.pdf [03/13/03/13/2009]

IISS (International Institute for Strategic Studies) 2004: North Korea's Weapons Programmes: A Net Assessment, London.

Jeung, Young-Tai 2007: North Korea's Civil-Military-party relations and regime stability, Seoul: KINU,

http://www.kinu.or.kr/eng/pub/pub_02_01.jsp?page=1&num=22&mode=view&field=&text=&order=&dir=&bid=DATA05&ses=&category=2676 [03/13/03/13/2009]

Joint Statement of the Fourth Round of the Six-Party Talks, Beijing, September 19th, 2005, http://www.fmprc.gov.cn/eng/topics/dslbj/t212707.htm [03/13/03/13/2009]

Kahn, Joseph 2005: "U.S. rejects a freeze on N. Korean nuclear fuel; Side issue interferes, as 6-Party talks fail to reach conclusion", in: The International Herald Tribune, November 12th.

Kreft, Heinrich 2009: Die koreanische Halbinsel: Vom gefährlichsten Konfliktherd zum Katalysator regionaler Kooperation in Nordostasien?, in: Maull/Wagener 2009, pp. 209-228.

Lin, Christina 2009: The King from the East: DPRK-Syria-Iran Nuclear Nexus and Strategic Implications for Israel and the ROK, in: On Korea 2, pp.193-220.

Mazarr, Michael J. 1995: North Korea and the Bomb. A Case Study in Nonproliferation, Houndsmill.

Martin, Curtis H. 2007: US policy toward North Korea under George W. Bush: a critical appraisal, in:

Joo, Seung-Ho/Kwak, Tae-Hwan (Eds.): North Korea's Second Nuclear Crisis and Northeast Asian Security, London: Ashgate, pp. 65-94.

McDonald, Hamish 2003: Cheney's tough talking derails negotiations with North Korea, in: Sydney Morning Herald, December 22.

Niksch, Larry 2009: North Korea: Terrorism List Removal? (CRS Report RL30613), Washington DC: CRS for Congress, http://fas.org/sgp/crs/row/RL30613.pdf [03/13/2009]

Niksch, Larry 2007: North Korea's Nuclear Weapons Development and Diplomacy (CRS Report RL33590), Washington, DC: CRS for Congress, http://www.fas.org/sgp/crs/nuke/RL33590.pdf [03/13/2009]

Noland, Marcus 2009: The (Non-)Impact of UN Sanctions on North Korea, in: Asia Policy 7, pp. 61-88.

Norris, Robert S./Kristensen, Hans M./Handler, Joshua 2003: North Korea's nuclear program, in: Bulletin of the Atomic Scientists; 59:2, pp 74-77.

Park, Han S. 2008: Military-First Politics (Songun): Understanding Kim Jong-Il's North Korea, in: On Korea 1, pp. 118-131.

Pinkston, Daniel 2009: DPRK Claims to have "Weaponized" Nuclear Deterrent as Six-Party-Talks Stall, in: WMD Insights, February 2009, http://www.wmdinsights.com/I30/I30_EA1_DPRK_Claims.htm [03/13/2009]

Pinkston, Daniel 2008: The North Korean Ballistic Missile Program, Carlisle Barracks/US Army War College, http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=842 [03/13/2009]

Pritchard, Charles 2007: Failed Diplomacy. The Tragic Story of how North Korea got the Bomb, Washington, D.C.

Pritchard, Charles 2004: While US Looked for Iraqi WMD, North Korea Built Theirs, in: Yale Global Online, March 31st, http://yaleglobal.yale.edu/display.article?id=3618&page=1 [03/13/2009]

Pollack, Kenneth 2007: North Korea's Nuclear Weapons Program to 2015: Three Scenarios, in: Cook, Tim (Ed.): North Korea and Iran: Nuclear Futures and Regional Responses (NBR Special Report No. 13, May 2007), pp. 12-16, http://www.nbr.org/publications/specialreport/pdf/SR13.pdf [03/13/2009]

Reiss, Mitchell 1995: Bridled Ambition. Why Countries Constrain their Nuclear Capacities, Washington, D.C.

Reiss, Mitchell/Gallucci, Robert 2005: Red-handed. Dead to Rights, in: Foreign Affairs 84:2, pp. 142-145.

Robertson, Jeffrey 2008: Political Change in North Korea, Canberra, http://www.aph.gov.au/library/pubs/rp/2007-08/08rp19.pdf [03/13/2009]

Reuters 2008: Kim Jong-Il had stroke, now better: French doctor, December 11th. http://www.reuters.com/article/vcCandidateFeed2/idUSTRE4BA45L20081211 [03/13/2009]

Scobell, Andrew 2008: Projecting Pyongyang: The Future of North Korea's Kim Jong Il Regime, Carlisle Barracks/US Army War College, http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=844 [03/13/2009]

Scobell, Andrew 2006: Kim Jong Il and North Korea: The Leader and the System, http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=644 [03/13/2009]

Sigal, Leon V. 1998: Disarming Strangers: Nuclear Diplomacy with North Korea, Princeton, NJ:

Princeton University Press.

Snyder, Scott 2000/2001: North Korea's Challenge of Regime Survival: Internal Problems and Implications for the Future, in: Pacific Affairs 73:4, pp. 517-534.

Stares, Paul/Wit, Joel 2009: Preparing for Sudden Change in North Korea, Council on Foreign Relations, Special Report 42, January.

U.S. Department of State 2007: North Korea – Denuclearization Action Plan, February 13th, http://2001-2009.state.gov/r/pa/prs/ps/2007/february/80479.htm [03/13/2009]

Wit, Joel/Poneman, Daniel/Gallucci, Robert 2004: Going Critical. The First North Korean Nuclear Crisis, Washington, D.C.

Anmerkungen

[1] One could argue though, that DPRK alliance behavior always excelled on exploiting either the Soviet Union, the People's Republic of China or both.

[2] Cf. Noland 2009 for evidence that UN sanctions had no observable impact on DPRK trade.

[3] In a rare and open-hearted statement Vice President Dick Cheney voiced: "*I have been charged by the President with making sure that none of the tyrannies in the world are negotiated with. We don't negotiate with evil, we defeat it.*" Cited in Hamish McDonald: Cheney's tough talking derails negotiations with North Korea, in: Sydney Morning Herald, December 22nd 2003.

[4] DPRK involvement in the Syrian reactor destroyed by the Israel Air Force in September 2007 is a case in point. Recent reports also suggest an ongoing DPRK missile and nuclear technology cooperation with Iran, cf Lin 2009; Niksch 2009: 21-26.

[5] In June 2008 North Korea declared that it had produced some 30 kg weapons grade PU. However, this declaration is still to be verified by international monitors, cf. Albright et al. 2008; Cooper 2008.

[6] A forthcoming Report by the International Crisis Group suggests that the DPRK may now be able to mount a nuclear warhead on its No-Dong missiles, cf. Pinkston 2009:3.

[7] Cf. Initial Actions for the Implementation of the Joint Statement, Beijing, February 13th, 2007, issued as „North Korea – Denuclearization Action Plan" by the Department of State, http://2001-2009.state.gov/r/pa/prs/ps/2007/february/80479.htm), [13.03.2009].

[8] US support for membership in IFIs is, among other conditions tied to the delisting from the state sponsors of terrorism list.

[9] Other scenarios involve more mid- to long-term developments, especially another demise worsening of the already critical economic and food situation, cf. Scobell 2008.

[10] Most accounts suggest that Kim Jong-Il suffered from a mild stroke when he failed to appear for the 60th anniversary of the DPRK founding, cf. Reuters, Kim Jong-Il had stroke, now better: French doctor, December 11th, 2008, http://www.reuters.com/article/vcCandidateFeed2/idUSTRE4BA45L20081211.

[11] Despite the Neo-Confucian culture in North Korea and the highly militarised nature of the regime, there are no clear-cut cultural barriers to a female leader. Two women have played an important role in the Kim family with regard to KJI: his mother, Kim Jong-Sook, who has been posthumously heralded as a revolutionary leader and Kim Ok, the current partner of Kim Jong-Il, cf. Robertson 2008: 10.

Urs Schöttli

Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

Jedes Land versteht sich als Sonderfall und will von der Welt als Sonderfall behandelt werden. In gewissem Sinne ist dieser Anspruch berechtigt. Er ist ein Teil der faszinierenden Vielfalt der Zivilisationen und Kulturen, welche die Erde bereichern. Dennoch, es gibt Länder, bei denen der Anspruch, ein Sonderfall zu sein, eher angebracht ist als bei anderen. In ganz ausgesprochenem Masse gilt dies für Japan. Von seiner Geschichte und seiner geographischen Lage her kann das Land der aufgehenden Sonne wie kein zweites Land beanspruchen, ein Sonderfall zu sein. Dies hat für die Menschen, die mit Japan und den Japanern zu tun haben, seine Vor- und Nachteile.

Sieht man von der verschwindend kleinen Zahl von Ureinwohnern, den *Ainus*, ab, so gibt es in Japan keine ethnischen Minderheiten. Die Ainus auf der nördlichen Hauptinsel Hokkaido umfassen heute weniger als 30.000 Menschen, die sich in den meisten Fällen zudem mit der japanischen Bevölkerung vermengt haben. In manchen kulturellen und auch ethnischen Aspekten sind in der fernen Inselgruppe von Okinawa, die einst als Ryu Kyu Inseln ein eigenständiges Königreich waren, das zuweilen gar China Tribut zahlte, chinesische Einflüsse auszumachen. Doch für eine lokale Eigenständigkeit, wie dies beispielsweise beim Elsass der Fall ist, reichen diese nicht aus. Zieht man demnach die Größe des Territoriums Japans von 378'000 Quadratkilometern und die Bevölkerung von 126 Millionen Menschen in Betracht, so dürfte es kein anderes Land von ähnlichen Dimensionen geben, das so minderheitenfrei ist wie Japan.

Schließlich zählen sich fast alle Japaner zum *Buddhismus* oder *Shintoismus*, in einer großen Zahl der Fälle gar zu beiden Religionen. Während im benachbarten China die Han-Bevölkerung dominiert, so sind die Chinesen doch gezwungen, Menschen aus anderen Kulturkreisen und anderen Religionen als Mitbürger der Volksrepublik anzuerkennen. Man denke an die substantielle muslimische Minderheit im *Reich der Mitte*. All dies fehlt in Japan, was nicht zuletzt auch damit zu tun hat, dass Japan keine Landgrenzen mit einem anderen Staat teilt.

Diese Einheit des Staatsvolkes bedingt, dass es im Falle Japans keine grenzüberschreitenden Loyalitäten gibt. Natürlich sind im Laufe der Zeit auch etliche Japaner ausgewandert, vor allem in die USA und nach Südamerika. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es im Mutterland keine gespaltenen Loyalitäten und selbstverständlich keine Unabhängigkeitsbewegungen irgendwelcher Natur gibt. In früheren Jahrhunderten, vor der Gründung des modernen Nationalstaats durch die Meiji Restauration, beruhten die innerjapanischen Streitereien und Kriege ausschließlich auf feudalistischen Loyalitäten, die heute keine Bedeutung mehr haben.

Blickt man auf ethnische Identität der Bevölkerung des japanischen Archipels, so tritt an die Stelle der Einheit die Vielfalt. Die Urahnen der Japaner stammen gleich aus mehreren, weit auseinander liegenden Weltgegenden, wie dies bei Inselvölkern naturgemäß der Fall ist. Erst im Verlauf der Zeit hat sich aus der wiederholten Vermischung von Ansässigen und Zuwanderern ein japanisches Staatsvolk entwickelt. Die Gene der Japaner weisen nach Korea, nach Zentralasien, nach China, nach Südostasien und in die Inselwelt des Pazifiks. Wer aufmerksam japanische Gesichter studiert, wird auch heute noch die Spuren dieser unterschiedlichen Herkunft leicht ausmachen können. Einzelne Gesichter erinnern an die Menschen auf Papua Neu-Guinea, andere an Chinesen und Koreaner, wieder andere an die Philippinos. Im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende hat sich indessen ein eigenständiges Gemisch herausgebildet, das es möglich macht, die heutigen Japaner von den Chinesen und Koreanern deutlich zu unterscheiden.

Es ist natürlich, dass ein Inselreich mit unzähligen Gestaden, die nicht wirksam zu kontrollieren sind, ein Völkergemisch beherbergt. Wir kennen

Ähnliches aus der Geschichte Großbritanniens. Im Unterschied zu den Briten, mit denen sich die Japaner in ihrem jüngeren geopolitischen Schicksal oft vergleichen, haben sich in der überlieferten Geschichte Japans indessen nicht die Fremdherrschaften abgelöst. Während die Japaner über Jahrhunderte hinweg die chinesischen Küsten als Piraten behelligten, während sie im 16. und 20. Jahrhundert Korea angriffen und im 20. Jahrhundert große Teile Chinas eroberten und ihr Imperium in Südostasien ausbreiteten, sind sie selbst nie von anderen asiatischen Mächten unterworfen worden.

Dennoch sieht man die Nachbarschaft, insbesondere China mit großem Argwohn. Die Natur ist den Japanern nicht wohlgesinnt. Sie leben auf Inseln, wo meist nur kleine Talböden landwirtschaftlich genutzt werden können. Am fruchtbarsten ist die nördliche Hauptinsel Hokkaido, die allerdings erst in der Edo Zeit unter japanischen Einfluss kam. Die Weiten Hokkaidos erlaubten in den letzten hundert Jahren den Aufbau einer erfolgreichen und für japanische Verhältnisse ungewöhnlich weiträumigen Landwirtschaft.

Zur Unbill der Natur, die Japan immer wieder heimsucht, gehören aber auch die häufigen Taifune und vor allem natürlich die schweren Erdbeben. Es ist diese Macht der Natur, welche den Charakter der Japaner geformt hat. Bereits aus den ersten Berichten europäischer Seefahrer nach Japan im 16.Jahrhundert ist zu entnehmen, dass die Japaner höflich, sauber und sehr diszipliniert seien. Auch heute fallen dem Besucher diese Eigenschaften des japanischen Volkes als erstes ins Auge. Hinter diesen unverwechselbaren Tugenden der Japaner stehen nicht irgendwelche geheimnisvolle Kräfte. Sie sind schlicht und einfach eine Antwort auf die Herausforderungen der Natur. In einem so schwierigen Umfeld wie jenem der japanischen Inselwelt kann eine Gemeinschaft nur überleben, wenn sie sich höchste Selbstdisziplin auferlegt und wenn sie größten Wert auf kollektive Verantwortung legt. Zudem haben die feindliche Natur und die prekäre Lebensgrundlage der örtlichen Gemeinschaften die Japaner schon früh gezwungen, auf engstem Raume zu leben. Dies wiederum machte die allgemeine Hygiene notwendig, um die rasche Verbreitung von Krankheiten zu vermeiden.

Die harsche Natur hat natürlich mit dem allgemeinen Anwachsen des Wohlstands in der Nachkriegszeit für das Alltagsleben der Japaner drastisch an Bedeutung verloren. Man kann sich mit den technischen Errungenschaften gegen allerlei Widrigkeiten der Natur schützen, auch wenn selbstverständlich die Bedrohung durch große Erdbeben unvermindert bleibt und, wie das *Große Kobe Erdbeben* von 1995 gezeigt hat, auch heute noch schwerste Verwüstungen möglich sind.

Nach dem Platzen der Spekulationsblase 1989 wurden angelsächsische Investoren und Wirtschaftsexperten nicht müde, den Japanern die Tugenden ihres eigenen Verständnisses von Kapitalismus und Marktwirtschaft als Verheißungen eines neuen Zeitalters zu predigen. Das japanische Wirtschaftsmodell, das sehr ausgeprägt auf das Kollektiv und auf Teamwork ausgerichtet ist, wurde als veraltet und für das wirtschaftliche Vorankommen Japans schädlich kritisiert. Wie alle Wissenstransfers, die auf der mangelhaften Kenntnis von der besonderen Kultur und Geschichte eines Volkes beruhen, so waren auch diese angelsächsischen Rezepte zum Scheitern verurteilt. Sie übersahen, dass auch das Verhalten der Japaner in der modernen Industriegesellschaft von den uralten Werten der Selbstaufgabe des Individuums zugunsten der Gemeinschaft, der Disziplin und der Austerität geprägt wird.

Wer Japan besucht oder mit Japanern zu tun hat, wird in der Regel nicht lange zögern, das *Land der aufgehenden Sonne* Asien zuzurechnen. Alles, außer die moderne städtische Architektur und die Alltagskleidung der Japaner, kommt den Ausländern an den Japanern asiatisch vor. Ihre Gesichtszüge, ihre Schrift, ihre Religion, ihre Künste und ihre Küche. Ganz anders sehen dies indessen die Japaner selbst. Immer wieder hat man im Verlaufe von Gesprächen mit Japanern die Erfahrung gemacht, dass sie unter Asien den benachbarten Kontinent, China, Indien, Korea und auch Südostasien, verstehen, jedoch die japanische Inselwelt nicht zu Asien zählen. Diese wird vielmehr als eine eigene Einheit empfunden.

Wir haben die Distanz, die Japan zu Kontinentalasien hält, mit der ähnlichen Haltung der Briten

gegenüber Kontinentaleuropa verglichen. Im Grunde genommen ist aber das Verhältnis der Japaner zu Asien gar noch komplexer und noch distanzierter als jenes der Briten zu Europa. Nicht zuletzt haben die Briten während Jahrhunderten in den innereuropäischen Querelen und Machtkämpfen kräftig mitgemischt, während militärische Vorstöße Japans nach Asien, vom koreanischen Abenteuer unter den Tokugawa Shoguns abgesehen, erst im 20. Jahrhundert stattfanden und nach kurzer Zeit im Desaster enden sollten. Über Jahrtausende und Jahrhunderte hinweg hielten sich die Japaner von den Händeln auf dem asiatischen Kontinent fern und huldigten der Selbstisolation, die nur in kultureller Hinsicht gelegentlich durchbrochen wurde, so etwa bei der Übernahme des Buddhismus aus China.

Es stellt sich somit die berechtigte Frage, ob die so ausgeprägte Betonung der zivilisatorischen und kulturellen Eigenständigkeit Japans eine reine Erfindung ist. Man weiß, dass die Beziehungen zwischen Japan und China sowie zwischen Japan und den beiden Korea wegen des japanischen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg nach wie vor schwer belastet sind. Eine historische Aussöhnung, wie es sie in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwischen Frankreich und Deutschland gegeben hat, steht in Ostasien nach wie vor aus. Von allen Seiten, insbesondere aber auch von Japan muss da noch viel Ballast abgearbeitet werden. Zwar verschwinden auf dem asiatischen Festland wie in Japan die Generationen, die das blutige Geschehen des Krieges noch miterlebt hatten. Dennoch liegt bei der Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts vor allem bei den Japanern noch vieles im Argen.

Trotz allem wäre es verfehlt, die Beziehungen Japans zu China ausschließlich im dunklen Schattenwurf des 20. Jahrhunderts zu sehen. Es gab im Verlaufe der japanischen Geschichte immer wieder Kräfte, die China ausdrücklich als Vorbild, als kulturelle Heimstätte für Japan bezeichnet und verehrt haben. Noch im 19. Jahrhundert, vor dem chinesisch-japanischen Krieg von 1894, fanden sich solche einflussreiche Stimmen. Im Grunde genommen standen sich in Japan wiederholt zwei Lager gegenüber. Das eine verlangte die vollständig autochthone Entwicklung des Landes, während das zweite, meist auch gebildetere Lager mit Bewunderung nach Asien, vor allem nach China blickte und das Reich der Mitte als Vorbild für Japan ansah. Nicht nur in materieller, sondern auch in intellektueller Hinsicht blickte man für Anregungen und Innovationen auf das chinesische Festland.

Deshalb ist die Frage, wie sich überhaupt eine eigenständige japanische Identität rechtfertigen und beschreiben lässt, durchaus berechtigt. Natürlich kann man sich zunächst auf die politische Eigenständigkeit berufen. Japan ist nie zu einer chinesischen Provinz degradiert worden, es hat nie eine fremde Oberhoheit in Peking oder in einer der anderen Hauptstädte der chinesischen Reiche über sich dulden müssen. Es hat auch nicht wie manche andere asiatische Länder Tribut an den chinesischen Kaiser entrichten müssen. Ungeachtet des Transfers wichtiger zivilisatorischer Errungenschaften ist es unverkennbar, dass Japan über eine eigene, sehr lebendige Kulturtradition verfügt. Schließlich hat es sich im späteren 19. Jahrhundert und vor allem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer eigenständigen Wirtschaftsgroßmacht entwickelt. Zu letzterem gehörte auch, dass Japan bis vor Kurzem mit China und dem restlichen Asien in wirtschaftlicher Hinsicht viel weniger verbunden war, als dies beispielsweise bei Deutschland und den umgebenden europäischen Staaten der Fall ist. Zu den tektonischen Veränderungen in der Weltwirtschaft, die im frühen 21. Jahrhundert beschleunigt in Gang gekommen sind, wird auch die verstärkte Fokussierung der japanischen Wirtschaft auf Kontinentalasien gehören, derzeit vor allem nach China und Südostasien, doch immer mehr auch nach Indien und Südasien.

Am einfachsten erscheint es, die japanische Eigenständigkeit mit zwei Charakteristiken zu umreißen: dem japanischen Wir-Gefühl und der japanischen Ästhetik. Spricht man bei Chinesen deren Furcht vor einem wieder erstarkenden „japanischen Nationalismus" an und bemerkt man, dass Chinas Bevölkerung zehnmal größer ist als jene Japans, so erhält man in der Regel die Antwort, dass die Chinesen im Gegensatz zu den Japanern eben nicht geeint seien. Die Geschichte beweise doch ausreichend, dass sich China immer wieder selbst in Schwierigkeiten

gebracht habe, weil die Chinesen sich gegenseitig bekämpften. Das letzte tragische Beispiel sei der chinesische Bürgerkrieg zwischen Chiang Kai-sheks Nationalisten und Maos Kommunisten gewesen, der die Unterwerfung großer Teile Chinas unter die japanische Besetzung überhaupt erst ermöglicht habe.

In der Tat gibt es in Japan ein Zusammengehörigkeitsgefühl, wie es in keinem der anderen großen asiatischen Länder anzutreffen ist. Es hat dies natürlich damit zu tun, dass es in Japan keine nationalen Minderheiten gibt und dass die regionalen Unterschiede in einem Inselreich ohne Landgrenzen, über welche in der Regel fremde Einflüsse ins Land hereinzukommen pflegen, erheblich geringer sind. Darüber hinaus unternimmt die japanische Elite seit der Meiji Restauration sehr viel, um die Lebensverhältnisse im ganzen Lande ähnlich zu gestalten. Natürlich ist Tokio wohlhabender als die Insel Shikoku. Doch fehlen in Japan die gewaltigen Reichtumsunterschiede, mit denen China und Indien zu kämpfen haben. Japaner bezeichnen denn auch ihre Gesellschaft als eine klassische Mittelstandsgesellschaft. Die überwiegende Mehrheit der Japaner gehört in der Tat zu den Mittelschichten. Auch dies ist natürlich ein wirkungsvolles Instrument zur Schaffung eines nationalen Wir-Gefühls.

Doch ein Wir-Gefühl lässt sich nicht nur in positivem Sinne schaffen, man kann es auch mit Ausgrenzung sehr wirksam stimulieren. Und diese Aus- und Abgrenzung hat in Japan lange Tradition. Man denke etwa an die Unterbindung des direkten Handels zwischen Japan und China. Unter anderem konnte die winzige portugiesische Kolonie an Chinas Südküste, Macao, über lange Zeiten ihren Wohlstand darauf aufbauen, dass sie für den Handel zwischen China und Japan als Zwischenstation diente. Doch am wirksamsten für ein auf der Aus- und Abgrenzung beruhendes Wir-Gefühl sollte sich die Kohäsion des japanischen Volkes und die geringe Präsenz von Fremdlingen erweisen. Japan hatte, bis es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von den westlichen Mächten gezwungen wurde, seine Häfen zu öffnen, erfolgreich alle fremde Präsenz aus seiner Mitte verbannt, eine Vorgehensweise, die sich bis in die heutige Immigrationspolitik des Landes fortsetzen sollte.

Schließlich die Ästhetik: Die Japaner mögen in der Vergangenheit viel, vielleicht das meiste ihrer zivilisatorischen und kulturellen Errungenschaften aus Asien übernommen haben. Sie haben jedoch in der Regel das Übernommene mit einem unverwechselbaren japanischen Feingefühl verbessert. Japan ist ein Reich der Ästhetik und zwar nicht im großen, im pompösen Stil, sondern im Detail, in der Feinheit. Japanische Städte bieten auf den ersten Blick ein Bild von scheußlichem architektonischem Wildwuchs. Tokio und Osaka, Yokohama und Nagoya sind völlig veramerikanisiert. Selbst große Teile von Kyoto, das während des Zweiten Weltkriegs der Zerstörung durch amerikanische Flächenbombardements entgangen war, sind in den siebziger und achtziger Jahren der Bauwut zum Opfer gefallen. Geht man vom hochmodernen Bahnhof Kyotos zu Fuß in Richtung Stadt, so erlebt man zunächst einen wahren Kulturschock. Anstatt die erwarteten japanischen Straßenszenen zu sehen, fühlt man sich in eine gesichtslose Stadt des amerikanischen Midwest versetzt.

Müsste man auf die Frage, was einen in Japan hält, mit einem einzigen Wort antworten, es hieße Ästhetik. Dabei geht es nicht nur um die Schönheit von Dingen und Artefakten, sondern auch um die alltäglichen Umgangsformen unter den Menschen. Alles ist in Japan darauf angelegt, Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Handreichungen werden mit einer beispiellosen Eleganz ausgeführt und zwischenmenschliche Beziehungen werden von Respekt und Gegenrespekt geprägt. Die hohe Dienstleistungskultur, die Japan nicht nur von anderen asiatischen Gesellschaften, sondern auch von den westlichen Industriestaaten wohltuend abhebt, ist ein Resultat dieser wechselseitigen Wertschätzung. Tagtäglich spielt sich diese Interaktion auch an völlig banalen Orten, etwa in der U-Bahn-Station bei der Abfertigung eines Zuges, ab.

Die Ästhetik drückt sich vor allem auch in der Verfeinerung all dessen aus, was man aus anderen Kulturen übernommen hat. Man sieht dies beim Kunsthandwerk, man sieht es in der Architektur, man sieht es selbst in der Inneneinrichtung eines durchschnittlichen japanischen Haushalts. Es ist aufschlussreich, dass vielen Japanern das sichere ästhetische Gefühl abgeht,

sobald sie sich mit westlichen Dingen umgeben. Ist man in der Welt etwas herumgekommen, so will auch ein Japaner in seinem Haus, in seiner Wohnung etwas von der weiten Welt präsent haben. Hat man gar im Ausland gelebt, so bringt man vielleicht eine westliche Wohnausrüstung mit nach Japan. Im selben Haus sieht man dann geschmackvoll eingerichtete Tatami-Räume und westlich möblierte Zimmer, in denen der Kitsch obsiegt oder die Größenverhältnisse nicht mehr stimmen.

Warum ist auch aus der heutigen Sicht bei der Beurteilung der Stellung Japans in der Welt ein Rückblick auf die Meiji Restauration, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ihre Wirkung entfaltete, von Bedeutung? Die Antwort auf diese Frage ist, dass in diesem ganzen gewaltigen Erneuerungsschub sich drei herausragende Charaktereigenschaften des japanischen Volkes offenbart haben, die bis heute ihre Gültigkeit behalten haben.

Als Erstes ist es die Fähigkeit zu einem kollektiven Aufbruch, so die Umstände diesen nötig machen. Vergleichbar mit der gewaltigen Anstrengung der Meiji Restauration waren im 20. Jahrhundert Japans Neubeginn nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und Japans Wirtschaftswunder in den sechziger und siebziger Jahren.

Es liegt der Schluss nahe, dass, wenn immer sich Japan mit großen Herausforderungen konfrontiert sieht, es diese auch erfolgreich bestehen kann. Manchmal mag es zum endgültigen Erfolg etwas länger dauern wie etwa bei der Bewältigung der Nachwirkungen der 1989 geplatzten Spekulationsblase. Die von westlichen Beobachtern oft als „*verlorene Dekade*“ bezeichneten neunziger Jahre waren dabei alles andere als verloren. Sie wurden von großen und wichtigen Sektoren der japanischen Industrie genutzt, um sich auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. In diesem Zeitraum gab es in der japanischen Unternehmenswelt erheblich weitreichendere Reformen als im Westen. Es ist höchst wahrscheinlich, dass man eine ähnliche Kollektivanstrengung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auch bei der Bewältigung der demographischen Herausforderung zu sehen bekommen wird.

Die zweite Charaktereigenschaft ist die Fähigkeit, von ganz anderen Zivilisationen zu lernen und von diesen nützliche Errungenschaften zu übernehmen. Wir kennen viele Beispiele, bei welchen ein entschlossener Aufbruch in die Moderne schließlich scheitern musste, weil die Bevölkerung, sowohl die einfachen Menschen als auch Teile der Elite, nicht in der Lage waren, sich mit den neuen Anforderungen abzufinden. Ein klassischer Fall ist der Rückfall des Irans in eine mittelalterliche Theokratie. Die dritte Charaktereigenschaft ist die Fähigkeit, sich neuen Errungenschaften anzupassen, gleichzeitig aber seine eigene Identität voll zu wahren. Japan hat an der Oberfläche alle Zöpfe der überlieferten Traditionen abgeschnitten. Symbolhaft zeigte sich dies etwa in der Gewandung der Eliten. Während unter dem Schogun man noch die traditionelle Kleidung trug, wechselte man unter Kaiser Meiji auf westliche Kleidung über. Auch das Aussehen der Städte veränderte sich. Baustile und Einrichtungen, die in Europa gang und gäbe waren, die es aber im Japan der Edo-Zeit nicht gegeben hatte, wurden übernommen. Schließlich begeisterte man sich selbst für die westliche Kulinarik.

Es wäre nun aber völlig falsch davon auszugehen, dass auch die Werte, die Mentalitäten und die innere Verfassung der Japaner sich verwestlicht hätten. Ganz im Gegenteil, man hat all das, was für die Würde und die Selbstbehauptung einer alten Kultur von Bedeutung ist, sorgsam bewahrt. Ein Exempel dafür ist, wie sich der Schintoismus und der Buddhismus in der modernen japanischen Gesellschaft behauptet haben. Aller Verwestlichung zum Trotz hat sich das Christentum auf den japanischen Inseln seit dem späten 19. Jahrhundert nicht ausbreiten können. Zuweilen an populären Festen, bei denen Schreine und Tempel im Mittelpunkt stehen, fühlt man sich in eine andere, scheinbar längst vergangene Welt zurückversetzt. Oberflächliche Beobachter mögen diese Doppelgesichtigkeit als Schizophrenie abtun. In Tat und Wahrheit ist es eine Fähigkeit, sich mit verschiedenen Welten auseinanderzusetzen und in verschiedenen Welten zu leben.

Die seit über fünfzig Jahren regierende Liberal-Demokratische Partei ist in ihren innerparteilichen Strukturen ein Kind der Feudalzeit. Die einzelnen

Abgeordneten sind die *Samurai*, die Führer der parteiinternen Faktionen die *Daimyos* (Herzöge) und der Parteichef, der, solange die LDP an der Macht ist, auch automatisch das Amt des Regierungschefs ausübt, ist der *Schogun*. Während in den westlichen Demokratien die Parteien alles daran setzen, die Bildung von internen Cliquen zu vermeiden, sind innerhalb der LDP die Faktionen formal konstituiert. Sie haben ihre eigenen Einkünfte, ihre eigenen Sekretariate und natürlich ihre eigenen Chefs. Diese wiederum spielen bei der Bestellung des Parteichefs die ausschlaggebende Rolle. Hat sich einer einmal zum Chef aufgeschwungen, so muss er dafür besorgt sein, seine Seilschaft bei der Stange zu halten, und muss selbstverständlich einen Grossteil seiner Zeit und Energie darauf verwenden, Attacken von Rivalen abzuwehren.

Konsultiert man die kurzlebigen Ratings von internationalen Agenturen, die im Zeitalter der Globalisierung sich die Bewertung von allem und jedem anmaßen, so schien bis zum Ausbruch der jüngsten Kreditkrise Japan im Vergleich zur angelsächsischen Welt schlecht abzuschneiden. Wiederholt wurde kritisiert, dass sich Japans Wirtschaft gegenüber der Außenwelt nur ungenügend geöffnet habe und dass die japanischen Unternehmen, deren Aktienkapital sich mehrheitlich im Besitz von institutionellen Investoren befindet, nicht die Effizienz westlicher Firmen aufweisen würden. Wiederholt wurden Hedge Fonds, die in großem Stil in japanischen Firmen einsteigen wollten, unter Verweis auf die strategische Bedeutung der Unternehmen, von den japanischen Aufsichtsbehörden abgeblockt. Im Nachhinein scheint sich die japanische Vorsicht bewährt zu haben. Die jüngsten Ungewissheiten werden einmal mehr zeigen, dass Japan mit einer Mischung an Innovation und Vorsicht einen erfolgreichen Weg gewählt hat. Glücklicherweise musste sich Japan als der Welt bei weitem bedeutendste Gläubigernation nicht an die Vorgaben halten, welche die internationalen Finanzinstitute und auch der Internationale Währungsfonds in den Hochzeiten der Globalisierungseuphorie verordnen wollten. Heute ist nicht nur Japan, sondern auch die weitere Welt, in der viele Länder auf japanische Investitionen und japanisches Kapital hoffen, froh, dass die Vorsicht obsiegt hatte.

Yuan-hsiung Chen

The Security Situation of the Republic of China (RoC)

1 Foreword

It is my great honor and pleasure to attend the conference on behalf of the Ministry of National Defense of the Republic of China (ROC). I am here to share with you the security situation that my country is facing. I hope this short lecture will be good for your understanding of the security situation across the Taiwan Strait and the defense policies of my country. This is also an opportunity for us to share and exchange viewpoints. My briefing contains four parts, that is, security situation in Asia Pacific, the impact of PRC's military development on the region, the strategic roles of the ROC, and defense policy of our country.

2 Security situation in the Asia Pacific region

In recent years, economies in Asia Pacific are moving toward an "*open regionalism*", for example, ASEAN free trade area was initiated and ASEAN summit was launched. Though Asia Pacific seems peaceful and stable, tension can be sensed in the Korean Peninsula and the Taiwan Strait. The nuclear weapon issue in North Korea and the rise of PRC's military power are two significant security factors that have regional and global implications.

In regard to the nuclear weapon issue in North Korea, after the Six Party Talk in June 2008, North Korea announced that it decides to renounce its nuclear weapon development. However, it needs to be observed if North Korea will fulfill its diplomatic announcement.

The rise of PRC's military power is the most uncertain factor for regional stability in Asia Pacific. PRC's military capabilities are growing so rapidly and beyond the need for self defense purpose. Such growth poses grave pressure on the military balance across the Taiwan Strait.

3 The impact of the PRC military development in the region

The People's Liberation Army's (PLA) modernization in the recent years makes them gradually able to launch a regional war with high technology. They have increased their force projection capability and are now capable of achieving diplomatic goals with military means. This exerts great influence on the stability across the Taiwan Strait and the regional security.

3.1 PRC's military modernization affects peace and stability in Asia Pacific

The US Department of Defence underscored in its *2008 Report on PRC's Military Power* that "*...the PRC is laying the foundation for a force able to accomplish broader regional and global objectives*". The in-transparency of PRC's military affairs draws neighboring countries' concern. With the growth of its comprehensive national power, the PRC has increased its defence budgets significantly. The increase reached 17.8% in 2008 at 45 billion US dollars. For the last 19 years, the PRC has been increasing its national defence by 2 digits every year. If hidden budgets are included, the actual defense expenditure will be higher than the official number at over 100 billion US dollars.

With such budgets, the PLA is quite resourceful in implementing military modernization. In response to future operational demands, the PRC has built up its information warfare, space warfare and second artillery capabilities while strengthening conventional force (namely land force, maritime force and air force). The PRC will gradually become capable of launching hi-tech wars and projecting forces to regional areas. With no direct threat, the PRC still increases its military power; it makes regional countries doubtful about its intension and worry that such development will undermine the stability in Asia Pacific.

3.2 Military threat to Taiwan still exists

After the formation on May 20 2008, our new administration has started peaceful dialogues with mainland China. The two sides resume negotiations based on "*1992 consensus*", and promote various tasks successfully, for example, the direct flights across the Taiwan Strait, currency exchange between NT dollars and Renminbi, lifting bans on Chinese tourists coming to Taiwan, permitting mayors and governors to visit mainland China, and lifting bans on investments.

The political climate across the strait may seem warmer; however, the warmth has not overspilled to military relations. We have not ceased our defence preparation. In other words, our government expects to reconcile and negotiate with the PRC, but the PRC has never renounced the use of force against us, and therefore, the military threats to us still exists.

The US highlighted in its *2008 Report on PRC's Military Power* released in March and *National Defense Strategy* in June that PRC's military development has resulted in a military imbalance across the strait. PLA deploys one third of its force in the areas along the Taiwan Strait, including over half of the PLA Navy and 400,000 land troops.

Facing the fact that PRC's military power is stronger than us, though we will not undergo an arms race nor provoke a war, we are still determined to defend ourselves and make efforts to enhance our defense capabilities. In addition, we will try to expand our military cooperation with other countries and through a regional collective security mechanism to prevent the conflicts.

4 Strategic roles of the ROC

Taiwan is located in the linking area between the Asia continent and the Pacific Ocean, and northeastern Asia between southeastern Asia. It is of great geological and strategic importance, and a hub for sea line of communication (SLOC) to and from the Indian Ocean and northern Pacific Ocean. This shows that the ROC can play the role of a safety anchor of SLOC in the region. The strategic role of the ROC covers the following three aspects.

4.1 Democracy Value

The ROC marks as the first democratic republic in Asia that has upheld universal values of democracy, freedom and human rights. Over the last 20 years, our country has achieved significantly in liberalization and democratization. We have experienced the lift of Martial Laws, ban of establishing politically parties, and ban of publishing newspapers; also, we experienced peaceful regime transitions in 2000 and 2008. The ROC is now a mature democracy enjoying liberal politics and social pluralism, and wins the recognition of "*a model of successful democracy in Asia*".

4.2 International economy

In recent years, the ROC has fulfilled the responsibility as a member in international society by making attributions to certain global affairs, such as supporting the international system of free market, preventing nuclear proliferation, preventing global warming, assisting anti-terrorism activities, and participating in humanitarian actions. Also, our country has been participating in regional cooperation and strengthening our economic relations with major trade partners. We expect to integrate into the East Asian economy and contribute to the prosperity of the region. According to a survey released by Economist Intelligence Unite in 2007, Taiwan's patent right productivity ranks #1 in the world, innovation competence #2, and industrial community development competence #1. These rankings indicate that the ROC plays an integral part in international economy.

4.3 Geostrategic significance

Taiwan is located at the center of the first island chain on western Pacific, controlling the Taiwan Strait and the Bashi Strait, two important communication channels in East Asia. Taiwan therefore is a key to world maritime geo-strategy, and a leverage of stability in Asia Pacific. In other words, Taiwan's national strategic development will affect regional security. As a consequence, our country must not be excluded from the international community, and we should make the best of our geostrategic role to maintain substantive cooperation with neighboring countries. It is supposed that, with collective security efforts, wars and conflicts can be prevented.

5 National defense policy of the ROC

To assure our national security, our defense focus is to confront with the PRC's military threats. In addition, our defense security concerns also contain homeland security, counter terrorism and contingency response.

5.1 Current defense policy goals

In order to protect the national interests and adapt to international strategic environment, our defense policy consists of three pillars, which is, preventing war, defending the homeland, countering terrorism and responding to contingencies. To prevent war successfully, a strategy that integrates "engagement" and "deterrence" is required. On one hand, facilitating exchanges with the PRC will elevate mutual understanding, which helps resolve hostility and establish military confidence building measures (CBMs). On the other hand, we will continue to build up an effective "total defense" capability, strive for security cooperation in Asia Pacific and obtain the support of the international society. These will deter the PRC from launching aggressive military actions against Taiwan.

5.2 Future national defense directions

On May 20, President Ma Ying-jeou remarks in his inaugural address that "*we are determined to defend ourselves, and we will rationalize our defense budget and acquire necessary defensive weaponry to establish a solid defense force*."

5.2.1 Transforming into an all-volunteer force

In order to meet the high quality human resources requirement of modern hi-tech warfare, and adapt to Taiwan's economic and social changes, we are planning to increase the percentage of volunteer soldiers by phases. The number of conscripts will be reduced, and volunteers increased, to transform the military service system. It is expected that in 4 to 6 years, the armed forces will be consisted of all volunteers and in the meantime to improve the military professionalism.

After the transformation, our force scale will be smaller, and we will need to strengthen our reserve and mobilization capabilities. By the guidance of "*zero conscription in peacetime, full-scale mobilization in war time*", citizens over 18 will receive a basic military training, and after they complete the course, they will be registered as reserves and mobilized in war time for defense mission.

5.2.2 Enhancing self defense capabilities

PLA has deployed over 1,000 ballistic missiles targeted at Taiwan, and we will face a kind of asymmetric warfare if the armed conflict happens across the strait. Taking these into consideration, we will continue to purchase defensive weapons instead of developing nuclear weapons or other weapons of massive destruction (WMD). By developing a deterrent force that has a moderate size, premium quality, and suitable combat capability, we will present a strong determination to deter the possible aggression and defend our nation. It will also strengthen our standpoint and credibility for cross-strait negotiation.

Our defense budget accounts for 3% of GDP this year (2008). And our government announced that in the future years, the defense budget will not fall less than this percentage. The MND will continue to fulfill the defense requirements via professional assessment to maintain a force and purchase advanced weapon systems to pursue an asymmetric edge over our potential opponent.

5.2.3 Cross-strait military confidence building measures (CBMs)

5.2.3.1 ROC's cross-strait policy

President Ma indicated in his inaugural remarks that the cross-strait policy is "*no unification, no independence and no use of force*". The principles to "*face reality, pioneer a new future, shelve controversies and pursue a win-win solution*" were underscored in his remarks, too. These principles will serve as the guidelines for future cross-strait negotiations. Beijing responded them with goodwill by declared that it will not exclude the option to re-launch negotiation with our new administration. In sum, to improve a peaceful development and maintain the strait stability will be the major agenda and policy goal for our government in the coming years.

Currently, the trade and investment across the straits amount to over 100 billion US dollars, which is gradually higher than the trade volume between Taiwan and the US or Taiwan and Japan. The two sides are engaged in more and more extensive and profound cultural and educational exchanges. Cross-strait marriage is increasing as well and the population has reached over 250,000 people to date. In addition, the number of visits to and from each side is raising, for example, 2007 recorded over 4.9 million visits between Taiwan and mainland China.

In the future, we will promote various exchange activities based on the concept of "*shelve controversies and pursue win-win benefits*". We will start from easier and low-sensitive aspects such as economic cooperation, and then gradually move to political issues. We hope the cross-strait relations will toward a stabilized peace by those efforts.

5.2.3.2 Establishing military CBMs

Although there is a reconciliation atmosphere across the strait now and the future development is rather optimistic, but it does not alter the fact that the military confrontation still exists and remains the most complicated challenge for us. President Ma has requested the PRC to remove the missile deployment against TAIWAN and expects to negotiate with Beijing on the establishment of military CBMs which will lower the military tension and prevent unnecessary conflicts.

If the military CBMs can be established across the Taiwan Strait, with the assistance of associated countries, it will meet the regional common interests for stability and development. It is also the shared hope of all countries in the world that the war and conflict across the strait will never occur. Therefore, we are going to cooperate with other countries toward any direction that will help create peace, maintain stability, and contribute to the sustained development of the region.

6 Conclusion

Although the huge market of the PRC offers an incentives for foreign investments, but its military expansion must not be ignored. No matter how attractive PRC's economic development is to Asia or the world, the fact that it violates human rights and pursues military hegemony should also be watched. PLA's military development is already beyond the need of self defense; such development not only threatens Taiwan's security but also the stability in Asia Pacific.

The European Union has been enlarged from 25 members to 27 since January 1, 2007. Since its expansion, the EU has tremendous influence on the world politically and economically. Before the PRC gives up uni-party authoritarian regime and becomes a free and democratic country, we expect European countries will continuously urge the PRC to improve human rights, to value freedom, and play a positive role in regional security and stability.

The ROC is a democracy that cherishes freedom and respects human rights, law and order. We have been committed to maintaining regional peace in Asia Pacific and have good security relations with JAPAN, SOUTH KOREA, SINGAPORE, the US and AUSTRALIA. In the future, we expected to have all forms of substantive economic, cultural or security cooperation with your countries. In the mean time, it is expected that EU countries will help monitoring PRC's military expenditure and defense transparency. We also hope that you will not lift the arms embargo until the PRC improves her domestic human right condition. Also, the successful experience of CBM in Europe can function as a good reference for TAIWAN. We believe that only when the two sides of the Taiwan Strait maintain the status quo peacefully, can Asia Pacific be guaranteed of stability and prosperity.

Chong-Pin Lin

Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

In the spring of 2006, most observers viewed the China-Taiwan relations with grave concerns. Their memory of the 1995-96 Taiwan Strait crisis when China lobbed missiles near Taiwan's ports remained vivid. Ten years hence, Taiwan President Chen Shuibian seemed to be, in the eyes of many, inching toward a de jure declaration of Taiwan's independence, which Beijing had repeatedly warned against by threatening the use of force as an assured response. It was natural to project past experience of cross-tension into the future. However, Beijing's Taiwan policy by then was no longer the same. The forthcoming cross-strait détente would outstrip the expectations of the majority.

Prevailing Views on Taiwan Strait Outstripped by Events

On March 30th, 2006, I challenged the then prevailing view with an article entitled "*Beijing Speaks Softly to Taiwan*" in International Herald Tribune. My argument was that Beijing's tactics on Taiwan had begun to shift toward a more patient and less militaristic approach in order to win over the minds and hearts of Taiwanese people who Beijing had realized were the real master of the island, holding the key to the future of the island, be it unification with China or otherwise. My observations contrary to the popular perception apparently did not register on the mainstream radar.

Shortly before the Chinese Communist Party convened its 17th Party Congress in late October 2007, experts issued warnings on possible strong reactions from Beijing toward Chen's insistence to hold a referendum for the island to join the United Nations as a sovereign country under the name of "Taiwan". New York Times and International Herald Tribune journalist Joseph Kahn wrote on October 6th: "*Party officials say that (Chinese President) Hu Jingtao intends to make Taiwan a focus of the upcoming congress. They say he may be seeking to garner support for using force if Chen does not back down*."

I again challenged the pessimistic view by explaining that Hu had been consistently underestimated in power consolidation and an actually more secured Hu would not resort to the use of force on Taiwan. My observations appeared in a October 24th, 2007 International Herald Tribune piece, "*Hu's Steady March on Power*". It turned out that the Taiwan Strait remained calm during and after the 17th Party Congress when Hu offered in his speech an olive branch of "peace agreement" proposal toward Taipei.

Still, apprehension was wide-spread in the region as the March 2008 Taiwan presidential election was approaching. On March 3rd, 2008, the then Taiwan Vice President Annette Lu indicated in Liberty Times: "*China might undertake irrational (read military) actions before Taiwan's presidential election*". Nonetheless, the election went peacefully on March 22nd, and the opposition KMT Party candidate Ma Ying-Jeou won with a landslide.

However, around the time, Ma did three things which were seen to irritate Beijing. *First*, he appointed the formerly pro-independence Lai Hsin-Yuan to head Taiwan's Mainland Affairs Council. *Second*, he remarked that he would not see cross-strait unification in his life time. *Third*, he claimed not to rule out boycotting the coming Beijing Olympics in August 2008 after Chinese forces suppressed the Tibetan riot in Lhasa which erupted on March 14th.

It was speculated in Taiwan that Beijing would "punish" Ma by meting out three measures. First, Beijing might cancel the meeting between Hu Jintao and Taiwan's Vice President-elect Vincent Siew at the Boao Conference in Hainan Island scheduled for April 12th. Second, Beijing might cancel the visit to China by the KMT Party Chairman Wu Bo-hsiung to meet with Hu on May 28th. Third, Beijing might postpone or scrap altogether the promised cross-

strait charter flights to begin on July 4th, which would expectedly bring tourism business to Taiwan. Again, none of this three "punishments" occurred.

On June 11th, 2008, Professor Yan Xuetong at Tsinghua University in Beijing apologized for having predicted since 2000 that "a military conflict across the Taiwan Strait would erupt no later than 2008" in his Global Times article.

Beijing's Grand Strategy Insufficiently Understood

Why did prevailing perceptions of Beijing's Taiwan policy in the West, in Taiwan, and even in China continue to be overtaken by events in recent years? The cause, I submit, is the insufficient understanding of Beijing's "grand strategy" with the following characteristics. The first is an extra-military emphasis. That is to assign greater prominence to Beijing's policy instruments beyond the pure military dimension. Extra-military is defined as transcending but not excluding the military. The second is integration among various policy areas and policy instruments. The purpose is to reduce conflicts among them. Policy areas – domestic, cross-strait, and foreign – and policy instruments – the political, the economic, the diplomatic, the cultural, the psychological, the legal, and the media-related – are incorporated to augment the combined benefits in a synergistic manner. The third characteristic is patience, which reflects Beijing's confidence and belief that time is on its side.

In the summer of 2002, Chinese leaders reached a difficult yet critical consensus on two interrelated principles. One was that cooperation with the U.S. should be more important than contention with Washington, although contradictions between the two countries would not disappear. The other was that China's national economic development should take precedence over unification of the "motherland". China's then Vice Premier Qian Qichen said in an interview with the Central Party School journal Study Times in mid-October 2002 on relations with the U.S.: "*It is insufficient to have only the hand for struggles. The hand for developing cooperation is equally important. Cooperation itself is an important constraint on the anti-China forces in the U.S.*" To avoid confronting militarily the most powerful nation on earth, China must refrain from attacking Taiwan which would trigger a U.S. military response and disrupt China's economic development. The twin principles laid down the conceptual foundation of Beijing's grand strategy which Beijing has not deviated from ever since.

Beijing has never officially enunciated its grand strategy, but its behavior has suggested an overarching design with an ultimate goal to gradually dominate East Asia by slowly and smoothly squeezing out the hitherto leading influence of the U.S. without war but with economy and culture. China's rapidly modernizing military capabilities would serve as the backbone of its diplomacy and other extra-military instruments. The idea is reminiscent of Teddy Roosevelt adage: hold a big stick and speak softly.

Beijing's evolving Taiwan policy has stemmed from its grand strategy and is an integral part of the latter.

Hu Began Revising Jiang's Taiwan Policy

From Jiang to Hu Beijing's Taiwan Policy	
Continuities	**Changes**
1. Massive Cross-strait Missile Deployment	1.Unification Time-table dropped (unmentioned)
2. International Strangulation	2.Extra-military Emphasis
3. One China Principle	3. Outreach inside Taiwan
4. Military Preparation to Deter US/Seize Taiwan	4. Carrot and Stick
	5. Constrain Taipei thru Washington

As Hu was taking over from Jiang Zemin progressively from November 2002 to March 2005

the leading positions in the Party, the government, and the military, Beijing's Taiwan policy began to exhibit five notable changes while retaining four previous features.

The first change was to drop the discussions on a unification time table. The second was emphasizing the extra-military instruments in dealing with Taiwan. The third was to reach out inside Taiwan society. Beijing began proactively engaging not only the pro-unification opposition party KMT but also the pro-independence DPP elites outside of the government – artists, legislators, academics and others. The fourth was to launch a two-pronged tactic with "*the soft hand becoming softer and the hard hand becoming harder*", or "*sweeter carrot and harder stick*". The coinage of the term appeared in my Chinese article "*To Win with Wisdom (yizhi qusheng*)" in China Times on February 1st, 2005. The fifth was to contain Taipei's efforts toward declaring independence through Washington and other foreign capitals instead of threatening Taiwan directly.

The aspects of Beijing's Taiwan policy that remained included the following. First, the number of short-ranged ballistic missiles deployed across the Taiwan Strait continued to grow and reached over 1,300 by the fall of 2008. Second, Beijing continued to block Taiwan from participating in international organization, and to take away countries that recognized the Republic of China (Taiwan). Third, Beijing continued to uphold the "*one China principle*" which defined Taiwan as a part or even a province of the People's Republic of China. Fourth, Beijing continued to modernize its military capabilities to deter the U.S. from intervening in the Taiwan Strait and to seize Taiwan with the minimum amount of physical damage and bloodshed.

The Anti-Secession Law Misread

The first landmark of Hu's Taiwan policy was the "Anti-secession Law" (ASL) promulgated on March 14th, 2005 by National People's Congress of China. Widely interpreted as a legal preparation for military attack on Taiwan, the ASL alarmed the world. Later events showed such view was an oversimplification if not a misreading.

On March 15th, 2005, my article "*Confront the ASL Coolly and Defiantly*" (Hengmei lengdui fanfenliefa) in Apple Daily predicted that "Beijing after the passage of ASL will proactively launch soft offensives on Taiwanese such as allowing Taiwanese professionals to acquire working permits in China and Taiwanese students to enroll in Beijing's Foreign Affairs University previously reserved for training PRC diplomats". On February 23rd, 2008, these offers from Beijing were announced. Between May 3rd, 2005 and February 27th, 2008, Beijing launched 44 goodwill measures in an attempt to win the hearts and minds of Taiwanese "compatriots" (see Appendix 2: Beijing's Post-ASL Cross-Strait Soft Offensives). At the same time, the prospect of a military attack on Taiwan by mid-2008 became ever more remote. In hindsight, the ASL was meant more to unshackle constraint from the hawks inside China on engaging Taiwan than to intimidate the island.

In fact, a careful reading of the ASL text would reveal that it was more a preparation for soft-offensives than hard measures. *First*, the soft hand outweighs the hard hand in the text of the ASL (see Appendix 1: The Anti-Secession Law). Articles one through five restate Beijing's position, and offer nothing new. Article ten is merely a formality. Articles six and seven that deal with cross-strait exchanges and negotiations constitute the soft hand. Articles eight and nine that deal with launching the controversial "*non-peaceful means*" on Taiwan constitute the hard hand. The former contain more words than the latter. In English, articles six and seven total 287 words while articles eight and nine total only 179 words. Parenthetically, in Chinese, articles six and seven total 385 words while articles eight and nine total 263 words.

Second, the ASL mentions no words such as "*war*", "*offensives*", "*attacks*" which seem to be subsumed under the controversial term "*the non-peaceful means*". However, launching the non-peaceful means needs to pass more hurdles in Beijing's decision-making process than past practice. When Mao Zedong or Deng Xiaoping

wished to invade India or Vietnam, they as Chairmen of the Party's Central Military Commission (CMC) simply announced the decision, other members in the CMC would raise their hands in approval, and the Chinese military machine would march forward toward the borders. Now the ASL requires that a joint decision should first be made by both the State Council (consisting of non-military officials) and the CMC which is then followed up by a prompt notification to the Standing Committee of the National People's Congress. The wording of the ASL text even places the State Council before the CMC suggesting tacitly that the former enjoys a higher ranking and carries more weight.

Third, even when the non-peaceful means are launched on Taiwan, "*lives, properties, and other legitimate rights and interests of Taiwan civilians and foreign nationals*" are protected, which is technically impossible to implement. To realize such a guarantee, it requires a weapon that can differentiate between the supposedly independence-advocating officials in the Taiwan government and the "*civilians and foreign nationals*". Having been a student of military affairs for decades, I know of no such advanced weapons in existence.

Fourth, the term "*non-peaceful means*" allows China's top leaders more elbow-room than the use of military force against the island in reaction to Taiwan declaring a de jure independence. Between late 2004 and 1986, Beijing used to frequently reiterate the threatening "mantra" that "*we do not renounce the use of force on Taiwan*" but has ceased reciting it ever since. If we envisage a reaction spectrum spanning from zero (meaning peace) to 100 (meaning war), the "*non-peaceful means*" would cover from 10 to 100 while the use of force is only 100. The implication of such wording is that Beijing became more flexible on dealing with Taiwan.

Sweeter Carrot than Stick

By 2007, Beijing's Taiwan policy had actually shifted from "*sweeter carrot and harder stick*" to "*more carrot than stick*". Beijing's soft hand became more prominent than the hard hand, though the latter, less visible, continued to operate. As mentioned earlier, the common perception did not catch up with the shift so that I had to debate on long-distance phone call with the editor of China Security in September 2007 for him to agree on the proposed content of my paper entitled "*More Carrot than Stick*", which appeared in the winter 2008 issue.

The annual large-scaled military exercises previously staged by the PLA on Dongshan Islands in the Taiwan Straits were scaled down in 2004 and has stopped since 2005. From September 2007 onward through the March 2008 Taiwan presidential election, sightings of PLA naval ships in the Straits were markedly reduced. PLA soldiers stationed on the Dongshan Islands began receiving political education since the fall of 2007 with the reminder that they were not allowed to fire the first shot under whatever circumstances there could be. Since late January 2008, PLA fighters no longer cruise the Straits until mid-September 2008.

After Taiwan's March 2008 election, Beijing has launched a number of policies to further win the goodwill of the Taiwanese voters. Though the effects of these measures are uncertain, military tension in the Straits has clearly declined. *First*, Beijing ceased the recognition diplomatic warfare with Taipei since January 2008 when Beijing took away from Taipei the full diplomatic relations with Republic of Malawi. For the ten previous years, Beijing won at least one recognition a year among the twenty some countries that remained recognizing Taiwan diplomatically.

Second, Beijing resumed governmental contacts with Taipei since October 2008 after a hiatus of ten years. *Thirdly*, Beijing proactively pursued the implementation of the "major three links" (postal, shipping, and air links) with Taiwan which was launched in mid-December 2008. *Fourth*, Beijing reiterated its call for reaching a peace agreement with Taipei when Hu Jintao announced a six-point proposal on December 31st, 2008.
Taiwan President Ma Ying-Jeou made a crucial contribution to the cross-strait détente by aban-

doning the pro-independence posture under his predecessor and by adopting an engagement policy with Beijing. Beijing, on its part, has adopted a new Taiwan policy with similar characteristics of its global grand strategy. The accomplishment is remarkable. Setting in motion the cross-strait détente, China now faces a world where all countries – except the non-state actors such as Falungong, and the Tibetans in exile – are having basically stable relations or improving relations with Beijing. For Beijing, how to handle Taiwan has long been a most sensitive issue. Through trial and error and with growing confidence and economic power, Beijing has found an approach that serves China's long-term national interests and avoids contradicting the twin principles reached within its leadership in the summer of 2002: cooperation over contention with the U.S. and economic development over immediate unification of "the motherland".

Appendix 1

THE ANTI-SECESSION LAW

Anti-Secession Law

the National People's Congress of China March 14, 2005

Article 1

This Law is formulated, in accordance with the Constitution, for the purpose of opposing and checking Taiwan's secession from China by secessionists in the name of "Taiwan independence", promoting peaceful national reunification, maintaining peace and stability in the Taiwan Straits, preserving China's sovereignty and territorial integrity, and safeguarding the fundamental interests of the Chinese nation.

Article 2

There is only one China in the world. Both the mainland and Taiwan belong to one China. China's sovereignty and territorial integrity brook no division. Safeguarding China's sovereignty and territorial integrity is the common obligation of all Chinese people, the Taiwan compatriots included.

Taiwan is part of China. The state shall never allow the "Taiwan independence" secessionist forces to make Taiwan secede from China under any name or by any means.

Article 3

The Taiwan question is one that is left over from China's civil war of the late 1940s. Solving the Taiwan question and achieving national reunification is China's internal affair, which subjects to no interference by any outside forces.

Article 4

Accomplishing the great task of reunifying the motherland is the sacred duty of all Chinese people, the Taiwan compatriots included.

Article 5

Upholding the principle of one China is the basis of peaceful reunification of the country. To reunify the country through peaceful means best serves the fundamental interests of the compatriots on both sides of the Taiwan Straits. The state shall do its utmost with maximum sincerity to achieve a peaceful reunification. After the country is reunified peacefully, Taiwan may practice systems different from those on the mainland and enjoy a high degree of autonomy.

Article 6 *(158)*

on cross-strait exchanges

The state shall take the following measures to maintain peace and stability in the Taiwan Straits and promote cross-Straits relations:

(1) to encourage and facilitate personnel exchanges across the Straits for greater mutual understanding and mutual trust;

(2) to encourage and facilitate economic exchanges and cooperation, realize direct

links of trade, mail and air and shipping services, and bring about closer economic ties between the two sides of the Straits to their mutual benefit;

(3) to encourage and facilitate cross-Straits exchanges in education, science, technology, culture, health and sports, and work together to carry forward the proud Chinese cultural traditions;

(4) to encourage and facilitate cross-Straits cooperation in combating crimes; and

(5) to encourage and facilitate other activities that are conducive to peace and stability in the Taiwan Straits and stronger cross-Straits relations.

The state protects the rights and interests of the Taiwan compatriots in accordance with law.

Article 7 *(129)*
on cross-strait negotiations
The state stands for the achievement of peaceful reunification through consultations and negotiations on an equal footing between the two sides of the Taiwan Straits. These consultations and negotiations may be conducted in steps and phases and with flexible and varied modalities. The two sides of the Taiwan Straits may consult and negotiate on the following matters:

(1) officially ending the state of hostility between the two sides;

(2) mapping out the development of cross-Straits relations;

(3) steps and arrangements for peaceful national reunification;

(4) the political status of the Taiwan authorities;

(5) the Taiwan region's room of international operation that is compatible with its status; and

(6) other matters concerning the achievement of peaceful national reunification.

Article 8 *(106)*
on non-peaceful means
In the event that the "Taiwan independence" secessionist forces should act under any name or by any means to cause the fact of Taiwan's secession from China, or that major incidents entailing Taiwan's secession from China should occur, or that possibilities for a peaceful reunification should be completely exhausted, the state shall employ non-peaceful means and other necessary measures to protect China's sovereignty and territorial integrity. The State Council and the Central Military Commission shall decide on and execute the non-peaceful means and other necessary measures as provided for in the preceding paragraph and shall promptly report to the Standing Committee of the National People's Congress.

Article 9 *(73)*
on remedying the non-peaceful means
In the event of employing and executing non-peaceful means and other necessary measures as provided for in this Law, the state shall exert its utmost to protect the lives, property and other legitimate rights and interests of Taiwan civilians and foreign nationals in Taiwan, and to minimize losses. At the same time, the state shall protect the rights and interests of the Taiwan compatriots in other parts of China in accordance with law.

Article 10
This Law shall go into effect as of the date of promulgation.

Appendix 2

Beijing's Post-ASL Cross-Strait Soft Offensives

"*Following the passage of the anti-secession law, Beijing will proactively launch soft offensives on Taiwan.*"

Chong-Pin Lin, Apple Daily (Taipei) March 15, 2005 p. A17.

Period of coverage: **May 3, 2005 ~ April 29, 2007** ● Total Count of Beijing's soft offensives: **38**

1. **May 3, 2005**: Beijing offers visiting former KMT Chairman Lien Chan three gifts: *pandas, mainland markets for Taiwan fruits, mainland tourists* to Taiwan (China Times May 4, 2005 A1)
2. **May 12, 2005**: Beijing royally receives Taiwan PFP Chairman James Soong (Apple Daily May 13, 2005 A15)
3. **August 24, 2005**: Beijing announces that *Taiwan students will pay the same tuition* as Mainland counterparts (United Daily August 24, 2005 A13)
4. **August 28, 2005**: Beijing offers *scholarships to Taiwan students* in addition to lowered tuition (United Daily August 28, 2005 A13)
5. **September 7, 2005**: Beijing will *relax loan restrictions* for Taiwan businessmen (United Daily August 24, 2005 A13)
6. **September 8, 2005**: Beijing provides *loans of 30 billion renminbi* for Taiwan businessmen (China Times September 8, 2005 A13)
7. **September 28, 2005**: Beijing *extends staying period for Taiwanese journalists* on duty in China (United Daily September 29, 2005 A13)
8. **October 16, 2005**: Beijing *relaxes restrictions on Taiwanese working in China* (Liberty Times October 17, 2005 A2)
9. **November 30, 2005**: Beijing proposes that *Taiwan administers three 2008 Olympic Game items* (Apple Daily November 30, 2005 A5)
10. **December 10, 2005**: Beijing announces plans to issue *ID card to "Taiwanese compatriots"* (ChinaTimes December 10, 2005 A13)
11. **December 19, 2005**: Beijing *relaxes requirements on the 30 billion renminbi loans* for Taiwanese businessmen (United Daily December 19, 2005 A13)
12. **February 9, 2006**: Beijing resumes *export of fishing labor* to Taiwan (United Daily February 9, 2006 A13)
13. **February 23, 2006**: Beijing is willing to *negotiate with Taiwan's ruling party DPP on chartered flights* for Chinese tourists (China Times February 23, 2006 A13)
14. **February 23, 2005**: Beijing will soon announce *tourism rules for Mainlanders visiting Taiwan* (United Daily February 23, 2006 A13)
15. **March 6, 2006**: Beijing announces that *Taiwanese may participate in politics in Fujian Province*, deemed a Special Region of Taiwanese Affairs (China Times March 6, 2005 A13)
16. **March 6, 2006**: PRC Chairman of the Political Consultative Conference Jia Qinglin proposes to *contact "the pan-green diehards"* (Taiwanese independence advocates) (China Times March 6, 2005 A13)
17. **March 11, 2006**: Beijing's six ministries give instructions *to look after Taiwan immigrants in distress* (United Daily March 11, 2006 A13)
18. **April 2, 2006**: Beijing grants *more Taiwanese agricultural products zero-tariff treatment* (China Times April 2, 2006 A1)
19. **April 16, 2006**: Beijing announces at the KMT-CCP Forum *15 preferential treatments for Taiwanese* (Apple Daily April 16, 2006 A1)

20. **April 22, 2006**: Beijing will *increase fruit and vegetable imports* from Taiwan on May 1. (China Times April 22, 2006 A17)
21. **April 26, 2006**: Beijing sets up *business zones in coastal provinces for Taiwanese farmers* (United Daily April 26, 2006 A13)
22. **April, 2006**: Beijing allows *Taiwanese to serve as customs broker* in China (United Daily May18, 2006 .A13)
23. **May 9, 2006**: Beijing offers *additional 30 billion renminbi loans* for Taiwan Businessmen and new measures to facilitate import of Taiwan fruits (United Daily May 9, 2006 A13)
24. **May 9, 2006**: Beijing *streamlines custom formalities for aquatic products from Taiwan* (United Daily May 9, 2006 A13)
25. **June 1, 2006**: The second KMT-CCP Forum *discusses the protection of the rights and interests of Taiwanese Businessmen* in China (United Daily June 1, 2006 A13)
26. **June 1, 2006**: Beijing *opens up Guanzhou* as part of its efforts to *expand Small Direct Links* (United Daily June 1, 2006 A13)
27. **June 1, 2006**: Beijing grants *Taiwanese agricultural products preferential transport treatments* (United Daily June 1, 2006 A13)
28. **June 10, 2006**: *Taiwanese no longer needs a Hong Kong Visa* when traveling with a Taiwan compatriot travel document (United Daily June 1, 2006 A13)
29. **July 8, 2006**: Beijing *offers again loans to Taiwanese Businessmen* in China (China Times July 8, 2006 A15)
30. **July 20, 2006**: Beijing helps Taiwanese or Taiwan-funded Banks to *solve financial problems for Taiwanese Businessmen* in China. (China Times July 20, 2006 A15)
31. **July 27, 2006**: Beijing *expands authorization power to nine Fujian cities that may issue five-year Taiwan compatriot travel documents* (United Daily July 27, 2006 A13)
32. **July 27, 2006**: *Bejing's Supreme People's Court and the Supreme People's Prosecutorate plan to set up Taiwan affairs desks*.(United Daily July 27, 2006 A13)
33. **October 18, 2006**: Beijing *releases 80 billion reminbi loans* to China-based *Taiwanese farmers*. (Apple Daily October 18, 2006 A20)
34. **November 9, 2006**: Beijing *offers to Taiwan students scholarships* up to 24,000 Reminbi (United Daily November 9, 2006 A14)
35. **December 8, 2006**: Beijing will *allow Taiwan architects to take professional license exam* in 2007 (China Times December 8, 2006 A13)
36. **March 13, 2007**: Beijing will *allow Chinese students to enter colleges in Taiwan* (United Daily March 14, 2007 A1)
37. **April 5, 2007**: Beijing will *allow Taiwanese medical doctors to take professional license exams in China* (United Daily April 6, 2007 A15)
38. **April 29, 2007**: Beijing announces at the KMT-CCP Forum to open up *15 professional license exams for Taiwanese* (China Times April 30, 2007 A3)
39. **February 24, 2008**: *China Foreign Affairs University* will recruit *students from Taiwan, Hong Kong and Macau*. (China Times February 24, 2008 A13)
40. **February 24, 2008**: *5 Taiwanese businessmen* hold position of *Xiamen Political Consultative Conference members*. (China Times February 24, 2008 A13)
41. **February 27, 2008**: Beijing offers *Taiwanese businessmen's children the same tuition as the local student.* (United Daily February 28, 2008 A11)
42. **February 27, 2008**: Beijing will *lead technology enhancement project for Taiwanese enterprise*. (United Daily February 28, 2008 A11)
43. **February 27, 2008**: Beijing *establishes 4 agriculture parks for Taiwanese farmer*. (United Daily February 28, 2008 A11)
44. **February 27, 2008**: Beijing *recognizes Taiwanese medical doctor credential*. (United Daily February 28, 2008 A2)

Compilation: Chong-Pin Lin with Inga Kuo March 7, 2008

Bill Keh-ming Chen

The Role and Influence of the United States in East Asia[1]

Mr Chair, dear participants and colleagues, Good morning:
I feel privileged to offer a few thoughts to open this session on The Role and Influence of the United States in East Asia. I'm going to divide my remarks into 3 main parts:

1. The implications of the rise of China;
2. An assessment of the US presidential candidates' policies on East Asia, China and cross-Strait relations;
3. The role of the new US administration in East Asia.

1. Introduction

I would like to start this discussion by focusing on what kind of policies the two camps, Democrats and Republicans, put forward on East Asia and Taiwan Strait relations in the face of the rise of China, who undoubtedly is now a major player in terms of influence in the region.

2. The implications of the rise of China

First though, let me set the stage for you, the wave of vociferous nationalism that has been observed in China over the last few years, particularly during the run-up to the Olympics, means that whoever is elected president of the U.S. will face an ever more assertive and self-confident China.

In China, years of strong economic growth, excitement over the Olympics and continued sensitivity over issues such as TIBET have made for a population that is proud, nationalistic – and increasingly reactive.

Furthermore, the growing integration of the economies of East Asia with China, and the past attempts by China to keep the US out of such forums as the ASEAN+3, most likely mean that the next US administration will seek a greater role in ASEAN affairs through enhancement of its trade agreements with individual countries as well as of its security alliances.

In response to this more assertive China, both the McCain and Obama campaigns are offering up China policies that combine a desire for continued engagement with tougher talk on trade and some human-rights issues.

3. An assessment of the US presidential candidates' policies on East Asia, China and cross-Strait relations

a) China and the US

Since 2001, U.S. foreign policy has been dominated by the anti-terrorism campaign and the wars in Iraq and Afghanistan. But Washington's relationship with Beijing remains a top priority not only because of China's huge volume of trade with the U.S., but also because of the increasingly important role it is wished to play in global security issues such as North Korea and Iran.

The campaigns of both Sen. Barack Obama and Sen. John McCain say they recognize the change

1 This paper was conceived as manuscript for presentation at a workshop of the IILP on September 16th, 2008

in the way it asserts itself on the world stage. When the Doha Round of global trade talks collapsed, over disagreements that China and India had with the U.S. on access to agricultural markets in the developing world, China looked "very surprisingly self-assured and almost cocky," said Prof. Michael Green of Georgetown University, who served on the National Security Council under President George W. Bush and heads Sen. McCain's Asia foreign-policy team.

Senator McCain's tone on China is somewhat stronger. For example, in a recent speech he said "*And I would also make it clear to the Chinese that we're not happy with some things, like the currency exchange. We're not happy with their repression of democracy. We're not happy with their failure to progress recently on a path to a free and open society. And we will continue our steadfast belief that Taiwan will only be reunited to China if it's done in a peaceful manner and the people of Taiwan desire to do so. Until then, we will protect them.*"

Sen. Obama's top China adviser Jeffrey Bader said China's rising self-confidence comes at a time when "*the United States is not at the peak of the game. ... That puts us on a different playing field*." Mr. Bader handled negotiations on China's and Taiwan's accession to the World Trade Organization during President Bush's first term.

Although they present different policies on such issues as Iraq and the economy, the candidates are finding common ground on China -- though their tone differs somewhat on trade, with Sen. McCain emphasizing free trade and working within current agreements, and Sen. Obama sounding a warier note, emphasizing the importance of monitoring China carefully.

In spite of their differences, both understand that China's rise may pose one of the most important foreign policy challenges to the US in the coming years. They both think that the best way to manage the US relationship with China is to draw it further into the international system built by the West and to work with China on shared political, economic, environmental, and security objectives. At the same time they call for vigilance about China's non-transparent military modernization. They also agree on maintaining a strong military presence in the Asia Pacific to deter wrong actions by China targeting Taiwan, and also on strengthening US alliances in the region.

They both agree also on pushing China to end its support for genocidal and repressive regimes, such as Sudan and Burma, and to be frank and direct with China on its need to live up to international norms.

On the other hand, both contenders express concern over China's global ambitions, especially in Africa, but also in Latin America, the backyard of the US where it has traditionally enjoyed tremendous influence.

b) The US and cross-Strait relations

Both candidates voice a firm support for Taiwan.

In their just released statements on Taiwan, the Democrats say: "*We are committed to a "One China" policy and the Taiwan Relations Act (TRA), and will continue to support a peaceful resolution of cross-Straits issues that is consistent with the wishes and best interests of the people of Taiwan*."

The Republicans statement says: "*Our policy towards Taiwan, a sound democracy and economic model for mainland China, must continue to be based on the provisions of the TRA. We oppose any unilateral steps by either side to alter the status quo in the Taiwan Strait on the principle that all issues regarding the Island's future must be resolved peacefully, through dialogue, and be agreeable to the people of Taiwan. If China were to violate these principles, the US, in accord with the TRA, will help Taiwan defend itself. As a loyal friend of America, the democracy of Taiwan has merited our strong support, including the timely sale of defensive arms and full participation in the WHO and other multilateral institutions*." These two statements are positively received in Taipei.

What this means is that for both camps the policy of the United States should remain central to the calculations of all the players involved, and that

there is a shared understanding that the U.S. commitment to defend Taiwan in case of attack is one of the foundations of security and stability in Asia. For both candidates, the evolution of cross-Strait relations will remain central in US foreign policy in the region.

Professor Ken Lieberthal, a China expert who was senior director for Asian affairs on the national security council during the Clinton administration and is an advisor in the Obama circles, recently said. "*We've long recognized that the cross strait issue is, in a sense, the hydrogen bomb underneath all of East Asia*," he says. "*Should military conflict occur across the strait, the U.S. is likely to become involved. If there's a major U.S.-China war, everyone's anticipation of where East Asia is headed would have to be re-written and re-written into a much worse scenario. We have long wanted cross strait stability*."

With the election of President Ma in Taiwan, it may be that one of the world's hot spots seems to be cooling off. In effect, President Ma has declared a diplomatic truce whereby both sides will not continue to fight for each others allies. Taiwan is now being guided by the concept of flexible diplomacy that does not require to be at odds with China in each and every international encounter. It actually encourages the two sides to gradually engage with each other so as to create win-win results.

Both US presidential candidates have supported these developments in their congratulatory correspondence with President Ma. And senator McCain is far more outspoken in his support for Taiwan.

In a speech from last year put on his campaign website, he says "*We see such a success story in Taiwan, whose people no longer comprise a one-party state. I am pleased that the US helped bring Taiwan into APEC and the WTO, and it is inspiring to see this vibrant democracy deal with its numerous security challenges. And while the Taiwan government must not needlessly precipitate a crisis, we have to make clear to China's leaders that attempts to isolate Taiwan internationally or militarily coerce it are unwise. Point nearly 900 missiles at Taiwan, passing laws to authorize force against the island, and continually practicing amphibious landings are not prudent ways to convince the world of China's peaceful rise*."

c) Security issues will be 90% of the focus of both camps on East Asia

There are many territorial disputes in the seas surrounding East and South East Asia that involve China, Taiwan, Vietnam, the Philippines, or even Korea, Japan and Russia, among others. These involve offshore islands around which there may be large reserves of oil and gas, and China has long been very assertive in claiming these territories. Although this involves some of US major allies such as Japan, Taiwan and the Philippines, it is not the major security concern of the US for the moment.

Clearly, for both candidates, in addition to the cross-strait stability, the Korean peninsula, the alliance with Australia and Japan, the issue of Japan's rearmament, and to a certain extent the enduring human rights issues in China will remain the primary concerns.

i. North Korea

In 2006, North Korea became the ninth country in the world to test a nuclear weapon. In the last 12 months, the six-party talks produced an agreement where North Korea would disable its facility and provide a full declaration of its nuclear sites and activities. In exchange, the United States would begin the process of removing North Korea from the terrorist list, easing economic sanctions and moving toward normalization of U.S.-North Korea and Japan-North Korea relations.

After President Bush announced in June that North Korea would be taken off the state-sponsored terrorism list in response to North Korea's declaration of its nuclear program, Obama called the move "*a step forward*." He went on to say: "*We should continue to pursue the kind of direct and aggressive diplomacy with North Korea that can yield results.*"

McCain was a bit less effusive, calling the announcement "*a modest step forward*." He added: "*Our goal has been the full, permanent and verifiable denuclearization of the Korean Peninsula…*

If we are unable to fully verify the declaration submitted today and if I am not satisfied with the verification mechanisms developed, I would not support the easing of sanctions on North Korea."

ii. Japan

Earlier, in an interview in 2006, Senator John McCain stated that if the United Nations doesn't do enough to control North Korea, Japan will have to "rearm."

The US and Japan maintain the Treaty on Mutual Cooperation and Security signed in 1951. Recently, McCain said that in view of the North Korean and Taiwan issues, Japan would have to "*rearm*" and "*acquire defensive weapons*." Given McCain's invocation of a possible regional "*conflagration*" that could involve Taiwan, we can only assume he means revising the Japanese constitution and giving Japan the right to engage in collective self-defense.

4. The role of the new US administration in East Asia

The new US administration will continue to be a facilitator and a balancer in many ways between North and South Korea, China and Taiwan, and China and Japan. On this, we will see with the new administration continuity and consistency based on a bi-partisan understanding of the East Asian issues, which contrast with the two candidates different views on Iraq, Iran.

Japan: The US will continue to encourage Japan to be more engaged economically in the region based on the understanding that Japan is of major assistance in ensuring economic security throughout the region. It will also support Japan's changing position on its military. Japan has recently expanded its defense department, which the US encouraged, it has technically supported the US efforts in Iraq, and it is moving toward further dismantling of post WWII restriction by amending Art. 9 of its Constitution. Furthermore, the US-Japan security arrangements will continue to be upgraded, and the US deployment in the Asia Pacific will remain very comprehensive.

ASEAN: Two recent US Congress Foreign Relations Committee reports point in the direction of more engagement with ASEAN in the form of higher level participation in its forums meetings, and more engagement in the form of FTAs with individual members, meaning that there is a sense in Congress for the need to reinforce US influence in the region after the so-called years of neglect due to the deployments and wars in Iraq and Afghanistan.

Cross-strait: Last but not the least, the two candidates' positions indicate that the US will maintain its role in facing China under the principle of ensuring that China becomes a responsible stakeholder in the world order established predominantly by the US. This includes no change to the status quo in the Taiwan Strait that is not peaceful, and that does not conform to the will of the Taiwanese people.

5. Conclusion

Today in the era of globalization, the interdependence of nations, economies and peoples has developed to such an extent that what happens in East Asia will inevitably affect Europe. At the same time, we find different thinking on security issues in different places, and this thinking in the modern world based on information technologies can develop very quickly.

So I believe that the different continents need more efficient channels to link these ideas so that non-uniform thinking on security issues found at the different stops of the global village can be harmonized to overcome the possible confusion stemming from different security perspectives.

With this, I would like to invite our European friends to, shall I say, synchronize our thinking on security issues so that we can together find ways to eradicate the roots of instability.

And I am interested in hearing your own observations on the topics.

Thank You.

Gustav C. Gressel

Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan*

Dem Beitrag soll die provokante These vorangestellt werden, dass die EU im Grunde keine eigenständige Taiwanpolitik betreibt, sondern das wenige, was an EU-Taiwan-Beziehungen feststellbar ist, ein Nebenprodukt der Beziehungen der EU zu zwei anderen Staaten, nämlich der Volksrepublik China auf der einen, den Vereinigten Staaten von Amerika auf der anderen Seite darstellt. Diese These sei nun im weiteren Verlauf des Beitrages etwas genauer zu begründen.

1. Europa und der ferne Osten

Die meisten politischen Bande Taiwans zu anderen Staaten, darunter auch die für Taiwan wichtigste Verbindung, zu den Vereinigten Staaten von Amerika, stammen aus der Zeit des chinesischen Bürgerkrieges, bzw. jener Zeit, als Taiwan bzw. die „Republik China“ formeller Vertreter Gesamtchinas bei den Vereinten Nationen war. In jener Zeit, die 1972 endete, war zumindest die diplomatische Anerkennung der Republik China als antikommunistisches Symbol zu werten. Durch außenpolitische Isolation, wirtschaftliches Autarkiestreben und ein militant-expansives Verhalten gegenüber den Nachbarstaaten trug die Volksrepublik auch das ihre dazu bei, dieser Symbolik einen gewissen Wert zukommen zu lassen und die politisch-wirtschaftlichen Kosten des Übergehens festlandchinesischer Statusinteressen gering zu halten.

Nachdem sich die Volksrepublik in den 70ern – bedingt durch den amerikanischen Wunsch, ohne Gesichtsverlust aus Vietnam abziehen zu können – gegenüber dem Rest der Welt politisch neu aufstellen konnte, stellte sich nun für jene westlichen Staaten, allen voran den USA, die Frage, wie man nun mit dem einstigen Verbündeten und antikommunistischen Symbolfigur – Taiwan – umgehen sollte. Die meisten Staaten benannten schlichtweg ihre Botschaften um und ließen bestehende Verträge, Programme und Policies unter teilweiser Veränderung der Namen aufrecht. Bestehende Verflechtungen und Kooperationen (vor allem wirtschaftlicher oder transgouvermentaler Natur) wurden so einfach unter geänderten Vorzeichen weiterbetrieben. Die Vereinigten Staaten festigten diese Politik durch den *US-Taiwan-Act*, der neben der Überführung der alten Beziehungen in die neue Ära auch die Erwirkung einer friedlichen Wiedervereinigung und eine amerikanische Mitverantwortung für die Sicherheit Taiwans mit einschloss.[1] So konnte – eine Regimereform in China war damals noch nicht absehbar – der Status Quo auf unbestimmte Zeit verlängert werden, ohne formell die „Ein-China“-Politik der USA in Frage zu stellen.

Nun, was die Europäische Union – oder besser gesagt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wie die wichtigste der zu jener Zeit bestehenden 3 Gemeinschaften hieß – angeht, so stand sie damals nicht in der Verlegenheit, eine offizielle politische Haltung, oder gar Policies und Programme zur Republik China zu unterhalten und musste damit später auch keinen alten Bestand an Abmachungen oder Beziehungen in einen für Festlandchina duldbaren Rahmen bringen.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begann erst 1972 mit den EU-ASEAN- Beziehungen ihr über die Überseegebiete und Kolonien hinausgehendes Außenengagement aufzubauen. Die ASEAN wurde damals auch nicht aus strategischen Gründen, oder weil schon damals Südostasien wirtschaftlich derart interessant gewesen wäre, für die ersten institutionalisierten interregionalen Dialoge ausgewählt, sondern vielmehr weil neben dem COMECON, der aus politischen Gründen ausschied, damals keine

funktionierende nichtmilitärische Regionalorganisation bestand, mit der die EWG eine solche Beziehung hätte aufbauen können.

1973 wurde ein Handelsabkommen mit Indien unterzeichnet, allerdings blieben die europäisch-indischen Handelsbeziehungen aufgrund der lange andauernden Resistenz Indiens, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren, bis in die 90er von geringer Bedeutung. Auch dieses Abkommen hatte eher innereuropäische Gründe: 1973 war Großbritannien der Union beigetreten, und nachdem man zu den ehemaligen französischen und niederländischen Kolonien im Rahmen der AKP eine Verbindungsplattform hatte, musste auch für den Nachlass des Empires und die zu diesem bestehenden britischen Sonderverbindungen ein den gemeinsamen Wirtschaftsraum nicht zuwiderlaufender Rahmen gefunden werden.

Damals also, als die EWG im fernen Osten handelspolitisch aktiv zu werden begann, war Taiwan schon von der offiziellen diplomatischen Bühne verschwunden.[2] Es gab daher auch keinen Altbestand an Programmen, Policies oder Bindungen, die die spätere Union zu einer Taiwanpolitik oder zumindest zu einer profilierteren Haltung zum Taiwanproblem gezwungen hätte. Als die EWG mit Peking ein Handels- und Kooperationsabkommen schloss (1978), zeichnete sich bereits erster Reformwille in Peking ab. Die Ostasienpolitik der Union wuchs stets in eine andere politische Landschaft, als sie etwa die USA durch den Zweiten Weltkrieg in der Region geerbt hatten.

Auch war die EWG lange kein bedeutender politischer Faktor, den Taiwan aus eigener Initiative in seine Politik hätte einspannen wollen. Für Taipeh waren – und sind – in erster Linie die Beziehungen zu Washington entscheidend. Die zweite Linie besetzten anfangs die Staaten des „angelsächsischen Asiens“, also Australien, Neuseeland und die britischen Besitzungen in Südostasien. Ende der 60er kamen Japan und in den 80er Jahren die übrigen Tiger-Staaten als weitere Bezugsgrößen hinzu. Die EWG war damals wenig mehr als eine Zollunion, und es ist bezeichnend, dass die ASEAN-Staaten ihr erstes permanentes diplomatisches Personal in Brüssel als Verbindungspersonen zum **COREPER**[3] (Comité des représentants permanents), bzw. den Stabsstellen der großen Mitgliedstaaten einrichteten. Die mit den Außenwirtschaftsbeziehungen der EWG betraute Kommission lag noch nicht im Zentrum des Interesses und wurde anscheinend auch nicht als entscheidende Stelle betrachtet.

Erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) bzw. dem Vertrag von Maastricht (1992) hatte die Europäische Union eine innere Form gefunden, die sie als Organisation für politische Einflussarbeit interessant machte. Als 1995 das GATT-Regime zur WTO erhoben wurde, in dem erstens die Kommission die europäischen Mitgliedsstaaten vertrat und zweitens durch die Beschleunigung der Handelsliberalisierung ein weit höherer Absprache- und Verhandlungsbedarf entstand, war nun auch der Objektbereich hinreichend aufbereitet, um EU-Außenbeziehungen inhaltliche Substanz zu geben.

Im Jahre 1995 war allerdings die Volksrepublik China bereits als kommende Wirtschaftsmacht und sich rapide vergrößernder Absatzmarkt erkennbar. Europäische Unternehmen standen schon in den Startlöchern, um ihren Anteil am „China-Business“ zu machen. Die Stimme Pekings wurde im Sicherheitsrat gebraucht, um den Balkan zu ordnen und aus Sorge vor dessen Einwänden vermied man es in Europa tunlichst, sich als Förderer sezessionistischer Tendenzen darzustellen. Kurzum, die Lust europäischer Politiker, sich wegen Taiwan politische Schwierigkeiten mit der Volksrepublik einzuhandeln, tendierte gegen Null. Und Peking verstand es gut, seine Forderung, Europa solle sich aus der Taiwanfrage politisch heraushalten, gegenüber Brüssel wirkungsvoll zu kommunizieren.

2. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen China und Taiwan

Trotz großer Hoffungen in den politischen Einigungsprozess der Europäischen Union bleibt diese immer noch in erster Linie eine Wirtschaftsorganisation. Dies ist nicht das normative Wunschbild des Verfassers,[4] sondern lässt sich leicht durch einen Blick auf die Gegenstandsbereiche der europäischen Außenpolitik erklären. Die Masse der der europäischen Außenwirksamkeit wird nicht im Rahmen der zweiten Säule, also der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik", sondern in den Außenbeziehungen der ersten Säule organisiert. Dementsprechend handelt es sich nicht um „Außenpolitik" im eigentlichen Sinn, sondern um „Außenbeziehungen", also dem Routinemanagement zwischengesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Transaktionen.[5] Im Zuge dessen besitzt die mit der Programmimplementation betraute Kommission der Europäischen Gemeinschaften ausschließliche Verhandlungskompetenzen in den Feldern der Außenhandelspolitik im Rahmen von Handelsabkommen, Assoziierungsabkommen und Verträgen der EG mit internationalen Organisationen, sowie Forschung und technologische Entwicklung, Umweltpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, berufliche Bildung und Jugend, Kultur und Gesundheitswesen.[6] Durch das Einschachteln von Menschenrechts- und Demokratisierungsfragen in die Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik[7] können im Rahmen dieser auch Themen der Regime- und Verwaltungsorganisation von Drittstaaten in gewissen Grenzen abgehandelt werden.

Die Masse der gegenüber Ostasien vorgetragenen Programme und Projekte fallen in den Zuständigkeitsbereich der Kommission bzw. dieser Außenbeziehungen.[8] Selbiges ließe sich über die unionseuropäische Politik gegenüber anderen Weltregionen sagen. Die Außenwirtschaftspolitik, bzw. das Management der aus den Agenden des Binnenmarktes entstehenden Aufgaben in den Außenbeziehungen nimmt die Masse der Aufmerksamkeit auf Europäischer Ebene ein.

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) ist hiervon nicht so verschieden wie man aufgrund der Namensgebung zu gedenken vermag. Zwar lautet es im Vertrag von Nizza, dass die „… Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sämtliche Fragen [umfasst], welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört,…"[9]. Jedoch bedeutet dies lediglich, dass es vorab keine vertragsbedingten Einschränkungen in der Auswahl dieser Themenbereiche gibt, nicht dass eine genuine Europäische Sicherheitspolitik, die alle auswärtigen Problembereiche abdeckt, zu entstehen hat.

Betrachtet man die tatsächlich vorhandenen gemeinsamen Strategien, gemeinsamen Standpunkte und gemeinsamen Aktionen wie die immer zahlreicher werdenden operativen Konzepte für die eigene Ratsbürokratie, so entsteht auch hier der Eindruck, dass in erster Linie vom Rat Vorgaben für die weitere Abgleichung der Implementation zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten in jenen Feldern der Außenwirtschaftsbeziehungen vorgenommen werden, in denen die Kommission nicht über eindeutige oder weniger Kompetenzen verfügt. Dies ist nicht nur bei den Regionalpolitiken so – in diesem Falle die Ostasienpolitik der Union – sondern insbesondere bei den Querschnittsmaterien: Der Nonproliferationspolitik,[10] der Terrorismusbekämpfung[11] und vor allem der Rüstungskontrolle, bzw. Rüstungsexportpolitik.[12] Was in der politischen Kommunikation so bombastisch mit Phrasen wie „einer umfassenden Strategie zur Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen" und der „engen Kooperation mit den Vereinten Nationen für einen effektiven Multilateralismus" angekündigt wird, bedeutet – der politischen Sprachgewalt beraubt – nichts anderes als dass, sollte es etwa zu Embargomaßnahmen gegen einen Proliferationssünder durch einen UN-Sicherheitsratsbeschluss kommen, dieser in gemeinsamen Bestimmungen in der Ausfuhrpolitik und Exportkontrollmaßnahmen umgesetzt werden wird. Ziel ist es nicht, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen einzudämmen, sondern zu verhindern, dass durch unterschiedliche Implementation der meist vagen UNSC-Beschlüsse eine Marktverzerrung im Exportgeschäft oder

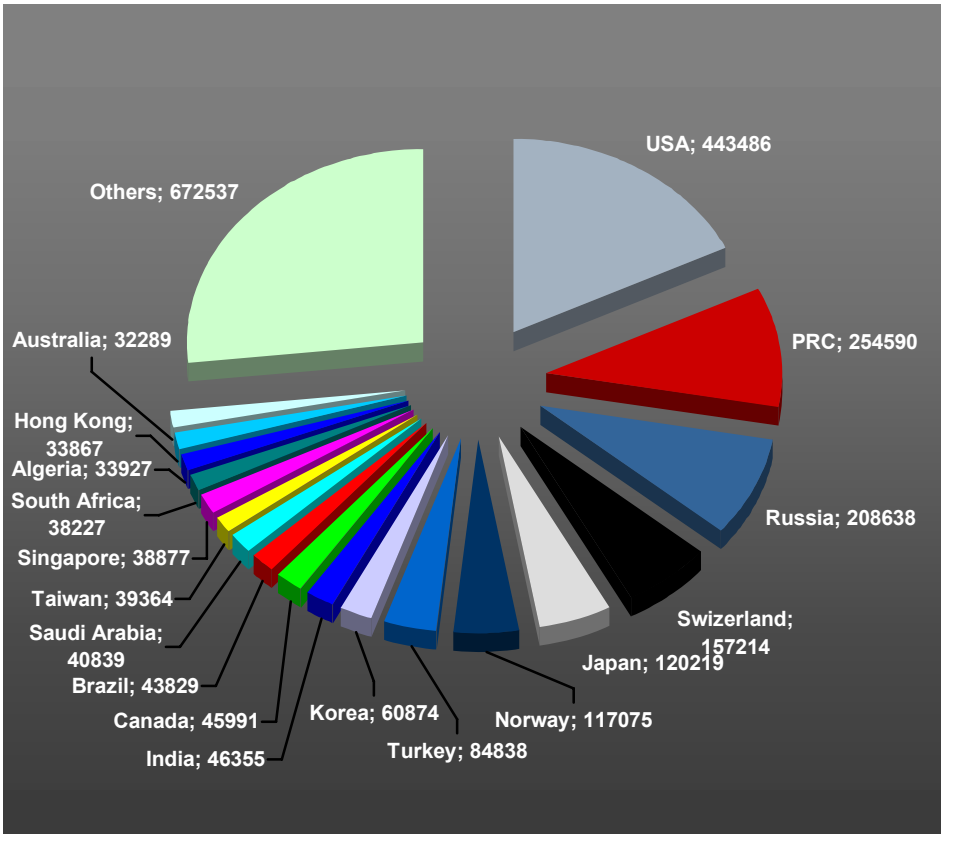
Schlupflöcher entstehen, die die EU später der Proliferation mitschuldig machen könnten.

Eine Abgleichung der Außenpolitiken der Mitgliedsstaaten in großen Fragen der Weltpolitik wie der operative Eingriff in anderen Teilen der Welt stellt in der Außenpolitik der EU eher ein Randphänomen dar.

„*It's all about the economy, stupid!*" – Zumindest wenn man sich die Aufgaben und Tätigkeitsbereiche der Union vergegenwärtigt. Dies mag nach Allerweltswissen klingen – liegt der wirtschaftliche Schwerpunkt doch in der Historie der Union begründet –, es ist zumindest noch nicht vollständig bis zu allen Autoren und vielmehr noch Bürokraten im deutschsprachigem Raum durchgedrungen.

Und diese Tatsache ist wichtig für die weitere Erklärung oder Beurteilung der europäischen Politik gegenüber Ostasien, ist doch zu erwarten, dass wirtschaftliches Gewicht und Größe der wirtschaftlichen Interaktion auch ihren Niederschlag in der Schwergewichtsbildung der eigenen Anstrengung und der Berücksichtigung der Interessen der Handelspartner findet.

Die größten Handelspartner der Europäischen Union sind die Vereinigten Staaten, gefolgt von der Volksrepublik China. Die aktuelle Wirtschaftskrise könnte höchstens die Plätze tauschen lassen, aber wenig Grundsätzliches an der Reihenfolge ändern. Die gewichtige Rolle beider Staaten für den europäischen Außenhandel kann auch aus der unten beigefügten Grafik leicht herausgelesen werden.



(Handelspartner der EU, Zahlen in Millionen Euro, Quelle: Eurostat, 2006, Grafik: Autor)

Um nun bei der im vorigen Abschnitt begonnenen Argumentation fortzufahren, die EU-Asien- Beziehungen seien entstanden, als China bereits im Schwergewicht der diplomatisch-wirtschaftlichen Bemühungen der europäischen Staaten in der Region lag, sei nun etwas auf die ungleich gewichtete Bedeutung Chinas für die europäische Wirtschaft eingegangen.

China ist ein rasch wachsender Absatzmarkt – und der größer werdende Bedarf auch an qualitativ hochwertiger Ware – ließ das Reich der Mitte zunächst für die Exportindustrie interessant werden. Vor allem das Buhlen um Aufträge im Bereich der Flugzeug-, Schiffbau- Eisenbahn- und Nuklearenergie[13] haben ihren Niederschlag auch in engen politischen Beziehungen gefunden: schließlich verfügten diese Industriezweige über ein gutes Naheverhältnis zu ihren jeweiligen politischen Spitzen und eine Auftragsvergabe im öffentlichen Bereich in China ist nun einmal auch eine Frage der politischen Bonität des Herkunftslandes.[14]

Mit der aktuellen Wirtschaftskrise rückte ein weiterer Aspekt der chinesischen Stellung in der weltweiten Wirtschaftsstruktur ins Rampenlicht: Chinas Bedeutung für die weltweite Währungs- und Finanzstabilität. Die Volksrepublik verfügt über grob geschätzte 2 Billiarden Dollar an Fremdwährungsreserven, chinesische Dollarkäufe verhinderten in den letzten Jahren ein weiteres Absacken des Dollars und Chinesische Stützkäufe und Kredite retteten in der Finanzkrise zahlreiche Banken und Investmentfirmen.[15] Ein Aufsetzen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, ohne die Volksrepublik China aktiv mit einzubeziehen, kann getrost als Illusion bezeichnet werden.[16]

Eben jenes China betrachtet aber eine etwas ausgeprägtere Taiwanpolitik bereits als unzulässige Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten,[17] besonders, sollte diese über jene Politikbereiche hinausgehen, deren selbstständiges Management man den Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macao auch anvertraut hat.

Freilich kann Taiwan nicht mit dem ökonomischen Gewicht Chinas mithalten. Für die EU-Außenhandelsbeziehungen ist die Insel von weit geringerer Bedeutung als das Festland. Das gesamte Handelsvolumen der EU gegenüber Taiwan stagnierte von 39,4 Mrd. Euro im Jahre 2006[18] zu 39,3 im Jahre 2007[19] – jenes mit der Volksrepublik China stieg im Jahre 2007 von 254 auf 302,4 Mrd. Euro.[20] Weiters muss berücksichtigt werden, dass ein Teil der Güter, die aus Taiwan in die EU exportiert werden, eigentlich am chinesischen Festland produziert werden.

Ähnlich verhält sich die Gewichtung bei den Dienstleistungen. Mit Taiwan betrug das Gesamtvolumen grenzüberschreitender Dienstleistungen € 5 Mrd.[21], mit dem Festland € 23,6 Mrd.[22] Lediglich bei den Finanz-Direktinvestitionen behält Taiwan nach dem ersten Blick auf die Kommissionsdaten die Nase vorne: € 10,01 Mrd. flossen nach Taipeh,[23] € 8,1 Mrd. in das Festland.[24] Doch auch diese Zahl relativiert sich schnell, denn die Kommission zählt erstens Hongkong nicht zum Festland, weiters wird viel Geld über Finanzinstitute in Taiwan, Singapur und Hongkong in das Festland investiert, weshalb diese Zahl kaum Aussagekraft besitzt.

Der wirtschaftliche Attraktivitätsvorteil des Festlandes gegenüber Taiwan ist also nicht zu leugnen. Es fallen ja auch für Taipeh selbst vor allem wirtschaftliche Gründe für eine Wiederannäherung an das Festland ins Gewicht[25] – warum sollte Brüssel hier anders denken? Zudem besitzt Taiwan nicht das Gewicht in der heutigen Weltwirtschaft, um bei den anstehenden ordnungspolitischen Fragen auch nur annähernd die Bedeutung Pekings auszugleichen. Eine wirkungsvolle Einbindung Chinas in diese neue Wirtschaftsordnung hat für jeden außenwirtschaftspolitisch handelnden Körper – also auch der EU – höchste Priorität. Die behutsame bis unterwürfige Berücksichtigung chinesischer Status-, Einfluss-, Bestands- und Subsistenzinteressen ist also ein Extremum, in die das Pendel der europäischen Asienpolitik auszuschlagen neigt. Doch auch die andere Seite des Pendelausschlages wird sich nicht soweit von Pekings Positionen entfernen, als dass ein Bruch mit diesem – besonders nicht über Taiwan – riskiert wird.

3.) Die Unionseuropäische Chinapolitik

Auf eine kohärente gemeinsame Chinapolitik, wie sie in der arbeitsteiligen Außenpolitik zwischen Rat und Kommission eingerichtet werden könnte, hofft man freilich vergebens. Aus den veröffentlichten Dokumenten lassen sich zumindest einzelne Fragmente außenpolitischer Gestaltungsvorstellungen[26] zu einem vagen Bild zusammenfügen:

Was die langfristige Vision angeht, so wurde von Seiten des Rates stets eine „strategische Partnerschaft“ betont,[27] ohne jedoch konkret auszuformulieren, was man sich genau darunter vorstellt; Zumindest zur Regierungszeit Schröders und Chiracs hatte die Betonung dieses Naheverhältnis einen latent gegen die amerikanische Vorherrschaft und deren Versuch der Umgestaltung des Nahen Ostens gerichteten Charakter. Die Gleichzeitigkeit, mit der man in Paris und Berlin auf die Aufhebung des Waffenembargos pochte, jede amerikanische Handlung auf das schärfste kritisierte und China hofierte hatten für nicht unerhebliche Missstimmung über dem Atlantik gesorgt. Diese Töne wurden jedoch in jüngster Vergangenheit seltener.

Die Amtsnachfolger in Paris und Berlin zeigen sich bedachter, was ihr Verhalten gegenüber Washington angeht. Nicht zuletzt aufgrund der Verschiebung des Machtgleichgewichtes innerhalb der Europäischen Union zugunsten des transatlantischen Lagers nach den Erweiterungsrunden 2004 und 2007 müssen beide Staaten die Sicherheits- und Statusinteressen der Vereinigten Staaten schon aus innereuropäischen Gründen berücksichtigen. Die hat freilich seine Rückwirkungen auf die europäische Politik gegenüber China – und in zweiter Folge auch der Aufmerksamkeit, die man dem Taiwan-Problem zukommen lässt.

Genaueres über die Vorstellungen der langfristigen Einrichtung europäisch-chinesischer Beziehungen und der Stellung, die beide in der Weltpolitik einnehmen sollten, konnte man in den Strategien der Europäischen Kommission nachlesen. In diesen ist auch der Wandel, bzw. die Ernüchterung, die in der europäischen Chinapolitik eintrat, festgestellt worden.

Bis zum Abgang Schröders und Chiracs aus den politischen Ämtern hörte sich die europäische Chinapolitik noch relativ ambitioniert an.[28] Man ging von einer Gleichrangigkeit der Vertragspartner aus, die auch gleichwertig und unter ständiger gegenseitiger Konsultation innerhalb bestehender internationaler Organisationen in Problemen der großen Politik (zwischenstaatliche Sicherheit, Proliferation, interne Regimebeschaffenheit/Einflussstruktur) arbeiten sollten.[29]

Das hierzu in zahlreichen Unionsdokumenten wiederkehrend auftretende Wortungetüm des „effektiven Multilateralismus“[30] könnte man auch wie folgt beschreiben: Die Ausgestaltung der systemweiten Machtordnung hielt sich an dem Beibehalten der Vereinten Nationen als System der Kollektivhegemonie bei gleichzeitiger Betonung eines polyzentristischen Weltbild als gegenwärtige und zukünftige Form der Machtstruktur und der Betonung der Koordination und Kooperation innerhalb internationaler Regierungsorganisationen als vornehmliche Form der Behandlung zwischenstaatlicher Problemlagen fest. Dass sich diese Weltordnung als Einbahnstraße darstellte, nämlich lediglich ein Binden der USA wie der Union an das chinesische oder russische Veto im Sicherheitsrat bei gleichzeitiger Umschiffung der internationalen Ordnung durch faktische Maßnahmen bedeutet, hat damals freilich wenig gestört.

Eine weitere als langfristige – über das Beiwort „strategisch“ ließe sich hierbei streiten – Vision zu wertende Aussage bleibt die in den Chinastrategien der Europäischen Kommission festgehaltene Bestrebung, China zu einer offenen Gesellschaft in einem rechtsstaatlich organisierten Herrschaftssystem zu transformieren. Dies sieht man wiederum indirekt mit dem Ziel der Ereichung einer pluralistischen Herrschaftsstruktur in China verbunden.[31] Man zielt also auf eine Veränderung der Machtstruktur durch Wandel des internen chinesischen Herrschaftssystems ab, den man durch eine Integration Chinas in das bestehende Weltwirtschaftssystem und die daraus erhoffte Einflussnahme neuer ökonomischer Eliten (bzw. des Mittelstandes) in Richtung Systemwandel zu erreichen versucht.

Verschiebungen in der Machtstruktur durch Regime-, System- oder Fraktionswechsel in anderen Staaten anzustreben ist nicht abwegig; allerdings liegt, was die Vorgehensweise der Union im Falle Chinas angeht, der Zukunftserwartung die aus der liberalen Ideologie abgeleitete Annahme zu Grunde, dass erstens ein ökonomischer Reformprozess auch auf lange Sicht zu einem Wandel des politischen Systems in China führen würde, dass zweitens sich liberaldemokratische und pluralistische Systeme, zumindest aber in einem liberalen Weltwirtschaftssystem integrierte Staaten, untereinander kooperativer und friedfertiger verhalten, als nichtintegrierte, autoritäre Regime[32] und dass drittens, wenn China diesen Wandel vollzogen hat, es auch automatisch in den Kreis kooperativer Staaten aufschließt. Hierzu wählt die Union eine indirekte – fast subversive – Strategie, indem sie über einen längeren Zeitraum Chancen der Unterstützung des chinesischen Reformprozesses nutzen will, um westliche Rechtsvorstellungen, Praktiken und Formen der Verwaltungs- und Politikorganisation in diesen Prozess ein- und unterzubringen. Diese subkutane Verabreichung homöopathischer Demokratisierungsdosen soll den gewünschten Systemwechsel über Zeit erreichen.

Aber dieser Ansatz stellte sich als problembelastet heraus und kann mittlerweile auch als gescheitert angesehen werden. Über die Probleme kann freilich lange gestritten werden, seitens des Verfassers sein nur einige Probleme herausgestrichen:

- Die interne Entwicklung in Russland hat gezeigt, dass wirtschaftliche Liberalisierung nicht zwangsläufig eine politische Reform nach sich ziehen muss (bzw. diese wieder rückgängig gemacht werden kann) und dass eine auf privatem Eigentum basierende Marktwirtschaft durchaus mit autoritären Regimen vereinbar ist.

- Es ist auch zu hinterfragen, ob die neuen aufsteigenden Eliten überhaupt auf einen Systemwechsel hinarbeiten. Mit der Öffnung der KPCh für private Unternehmer wurde ihnen Zugang zur Macht gewährt, und gerade für kleine, aber gut organisierte Interessensgruppen – größere Unternehmen und Wirtschaftsverbände – ist der dauerhafte und exklusive Zugang zu festen Administrationsspitzen nicht unbedingt ein Nachteil.

- Der Einfluss des Nationalismus – sowohl am Festland als auch in Taiwan – und der nationalistischen Massenmobilisation wurde unterschätzt. Die „Referendenflut“ Chens, die dem innenpolitischen Ausgleich sinkender persönlicher Popularität diente[33] ist ein Beispiel für nationalistische Massenmobilisation. Sollte aber die Führung in Peking unter Druck geraten, vor allem von Seiten jener Elitenfraktionen, die innenpolitisch im Zuge des Reform- und Öffnungsprozesses an Einfluss verloren haben, ist es sehr wahrscheinlich, dass die sich daraus anbahnende krisenhafte Situation weit ernster werden würde. Wie hiermit umzugehen ist, kann aber eine „Strategie“, die all ihre Hoffnungen auf ein in weiter Ferne zu erreichendes Demokratisierungsziel legt, nicht verraten.

- Damit ist auch schon ein generelles Defizit jeder sich auf Systemwandel durch Wirtschaftsintegration verlassenden Politikkonzeption angesprochen. Es gibt überhaupt keine Konzepte, wie man mit gegenwärtigen Problemen der Weltpolitik umgehen sollte und welche Forderungen man hier zu welchen Bedingungen auch an China stellen könnte. Dass dabei für die Union durchaus einiges auf dem Spiel stand, wurde letztlich doch realisiert: ein revisionistischer Iran, der die regionale Stabilität im Mittleren Osten gefährdet und zur Absicherung hegemonialer wie vielleicht auch imperialer Ziele gegen restaurative Eingriffe aus dem Westen nach Kernwaffen greift, ist für die Europäische Union und ihre Außenbeziehungen ein handfestes Problem. Und China hatte durch seine politische, rüstungstechnologische und (energie-)wirtschaftliche Verflechtung mit dem Iran einen Fuß auch in dieser Türe. Minder schwer – aber dennoch problematisch – ist das Untergraben des Einflusses vor allem Frankreichs und Großbritanniens in Afrika, wo China als Handelspartner und Lieferant von Rüstungsgütern überall dort auftritt, wo europäische Staaten eine Verweigerung solcher Transaktionen als Druckmittel für interne Reformen einsetzen wollen.

Diese Einsicht dürfte – nachdem die Protagonisten der „alten“ Chinapolitik des „alten“ Europas abgetreten sind – auch Brüssel erreicht haben. In dem aktuellen Nachfolgedokument[34] der Chinastrategie ist von gemeinsamen Weltordnungsvorstellungen, Partnerschaft in Feldern großer Politik und der Zelebration des guten politischen Klimas nichts mehr zu lesen. Das Papier ist nüchtern und beschränkt sich auf die wenigen praktikablen Felder politischer Konsultationen. Das Ziel der Regimereform wird zwar offiziell nicht aufgegeben, man zieht aber nüchtern Bilanz: „*The Chinese leadership has repeatedly stated its support for reform, including on basic rights and freedoms. But in this area progress on the ground has been limited*.”[35] Dass Probleme im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums und des problematischen Umgangs chinesischer Behörden mit in China investierenden Betrieben die kritischen Fragen aus europäischer Sicht verstärkt haben, kann auch schwer von der Hand gewiesen werden. In der Tat weist das Papier in unüblicher Dichte Vermerke auf, die Kritik an der bisherigen Handhabe der Außenwirtschaftsbeziehungen durch Peking üben.

Kritisch könnte man freilich auch anmerken, dass, da China mittlerweile auch alle europäischen Staaten an industrieller Produktivität und Gesamtwirtschaftsleistung überholt hat, die Zeiten auch vorbei sind, in denen man in Brüssel Forderungen nach Regimereform in Peking erheben konnte. Dort fasste man die Reform- und Demokratisierungsrhetorik der westlichen Staaten stets als latente Bedrohung auf, oder sah sich zumindest im eigenen Status herabgewürdigt, wenn man Vorschläge zu politischen oder verwaltungstechnischen Reformen unterbreitete. Die Motivation, konfliktträchtige Bereiche der europäischen Chinapolitik aus dem handlungsrelevanten Policybereich in den politischen Dialog zu verschieben, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden, ist zumindest für jene Staaten mit starker Exportindustrie – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien – nicht von der Hand zu weisen.

Dieser Paradigmenwechsel pflanzt sich auch auf der Umsetzungsebene der europäischen Chinapolitik fort. Bevor diese genauer betrachtet werden, sollte aber auf die notwendige Unterscheidung zwischen losen Deklarationen und echten, in Folgehandlungen resultierenden Programmen hinzuweisen werden: die von Seiten des Rates anlässlich der EU-China-Summits[36] und der Kommission in ihren China-Strategien und nachgeordneten Dokumenten[37] festgehaltenen Themenbereiche politischer Konsultationen sind zwar in ihrer Themenvielfalt äußerst beeindruckend, legen aber keine verbindlichen Ziele, Positionen und Abschlüsse fest und bilden auch keine Programme, sondern höchstens Operationsbeschreibungen. „Politischer Dialog“ als Form des auf Verständnis hin orientierten – aber nicht gerade zweckorientierten – kommunikativen Handelns[38] beschreibt die Mittelwahl, stellt aber noch keine Sachentscheidung dar.

Was auf der Umsetzungsebene an Substanz greifbar ist, bezieht sich auf das Management der Außenwirtschaftsbeziehungen durch die Europäische Kommission. Die im „Country Strategy Paper“[39] entworfene und im „National Indicative Programme“[40] operationalisierte Chinapolicy, beschreibt – und beschrieb – die von der Kommission in China unternommenen Projekte wie deren Finanzrahmen.

In diesen Dokumenten ist auch der erhebliche Wandel, der sich in der europäischen Chinapolitik vollzogen hat zu bemerken. Konzentrierte man bis 2006 die Anstrengungen vor allem auf die Unterstützung der (konzeptionell-rechtlichen) Reform des Bildungswesens, insbesondere des Hochschulwesens, des Herrschaftsapparates (Verwaltung, Sicherheits- und Justizapparat) wie die Umsetzung einiger in den Gegenstandsbereich des Zivilrechts gehörender Rechtsangleichungen (daneben bestanden freilich einige Initiativen zur Förderung des Markteintrittes für europäische Unternehmen), um den oben skizzierten Regimewandel zu unterstützen, so reduzierte man in den Programmen bis 2010 die Zusammenarbeit auf Energie-, Umwelt- und Sozialpolitik, ohne den Anspruch zu stellen auf Regimereform hinzuarbeiten. In diesen Politikbereichen ist ein Erfahrungsaustausch mit Europa von Seiten Festlandchinas auch erwünscht.

Im Hinblick auf Taiwan erhebt sich die Frage, ob der alte Chinazentrismus der europäischen

Asienpolitik aufzuweichen beginnt und ob nun etwa auch Taiwans Sicherheitsinteressen stärker Gehör finden können?

Aus der Sicht des Verfassers wäre dies etwas übereilt, da – selbst wenn Taiwan verstärkt zum Objekt europäischer Policydiskussion wird – der Bezugsrahmen dieser Diskussion ein anderer ist. Zunächst waren es die Vereinigten Staaten, die in Europa die vorbehaltslose Annäherung an Peking und eine mögliche Aufhebung des Waffenembargos stark kritisiert hatten.[41] Auch hier war Taiwan zwar Bezugspunkt der Diskussion, im Ganzen ging es aber eher um ein mögliches Unterlaufen der gesamten amerikanischen Ostasienpolitik durch die Union, wenn nicht auch um die mögliche Stellung, die man den USA im Gesamtsystem zuerkennen wollte. Eine stärkere Berücksichtigung der taiwanesischen Sicherheitslage – etwa die Zusage, eine Aufhebung des Waffenembargos von Fortschritten in der Taiwanstraße abhängig zu machen[42] – stellen eher ein Versöhnungsangebot an Washington dar, als eine tiefere Berücksichtigung taiwanesischer Befindlichkeiten.

Auch die Unzufriedenheit der europäischen Staaten mit Chinas Iran- und Afrikapolitik, anhaltender Debatten um den Wechselkurs des Renminbi und sich häufende Fälle von illegaler Technologieaneignung haben dazu geführt, dass man gegenüber China unbequemere Themen – Taiwan und die strategische Intransparenz Pekings gehören dazu – wieder in den Dialog mit einführt.

Hierbei handelt es sich aber um taktische Entscheidungen, die sich bei Veränderung der politischen Ausgangslage schnell wieder ändern könnten. Eine grobe Verstimmung des transatlantischen Verhältnisses ist zwar gegenwärtig nicht in Sicht, wohl aber wird vieles von Chinas Haltung in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise abhängen. Eine erfolgreiche Verständigung auf eine Reform der gegenwärtigen internationalen Finanzorganisationen wie einer Reform der Wirtschaftsordnung wird man nicht für Taipeh aufs Spiel setzen. Gleiches gilt für eine jederzeit mögliche chinesisch-europäische Verständigung in jenen – oben als konfliktträchtig – angeführten Bereichen.

4. Die gegenwärtige Taiwanpolitik der EU

An eigentlicher Taiwanpolitik bleibt letztendlich wenig übrig. Da die Europäische Union ihre Ein-China-Politik relativ streng auslegt, bleibt Peking für alle Fragen der großen Politik der alleinige Ansprechpartner. Dementsprechend verwehrte sich die Union auch allen Versuchen der Regierung Chens, sich zu einer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen in diesem Themenkreis zu positionieren. (Eine Ausnahme stellt die Befürwortung einer Mitgliedschaft Taiwans in der Weltgesundheitsorganisation dar, dies aber nicht aus politischen, sondern praktischen Gründen).[43] Damit liegt aber die Europäische Union durchaus im transatlantischen Mainstream, war doch außer Chen selbst in der Staatengesellschaft kaum jemand, der diesen Aktionismus unterstütze.

Frankreich trat zwar in den frühen neunziger Jahren als Lieferant für Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe (Mirage 2000 und Fregatten der La-Fayette-Klasse)[44] auf, stellte diesbezügliche Bemühungen aber später ein. Bereits die La-Fayette-Fregatten wurden auf Drängen Pekings ohne Waffensysteme ausgeliefert, weshalb sie nun mit zum Teil recht veralteten amerikanischen und einigen selbst entwickelten Bordsystemen vorlieb nehmen müssen. Über etwaige Wartungsunterstützung hält man sich zumindest in der offenen Literatur bedeckt, die Systeme stehen aber ohne größere Klagen im Einsatz.

Praktischer Absprachenbedarf besteht vor allem in jenen Bereichen, der mit der WTO-Mitgliedschaft Taiwans (1995 als spezielles Zollgebiet so wie Hongkong und Macao) schlagend wurden: Handelspolitik, Unternehmensrecht, Produktstandards, Schutz geistigen Eigentums und nichttarifäre Handelsrestriktionen. Hinzu kommt im Falle Taiwans noch eine ausgeprägte Technologiekooperation sowie Kultur- und Studentenaustausche.[45] Dass das Verbindungsbüro der Kommission in Taipeh an sich zur

„Überwachung“ von Taiwans Verpflichtungen im Rahmen der WTO eingerichtet wurde, wird seitens kritischer Stimmen öfters behauptet – und sie dürften damit der Wahrheit näher kommen als die offizielle Rhetorik.

Damit gleicht auch der Grad der transgouvernmentalen Verbindungen jenen, die mit Hongkong und Macao bestehen. Die Union stünde – nachdem sie ja selbst auch kein Staat ist – zwar in einer besseren Position, ohne diplomatische und protokollarische Schwierigkeiten etwas engere Verbindungen mit Taipeh zu unterhalten, allerdings kann unter Verweis auf das vorangegangene Teilstück die Wahrscheinlichkeit einer solchen als gering eingeschätzt werden.

5. Andere Politikbereiche der EU mit Relevanz für Taiwan

Auch wenn die eigentliche EU-Taiwanpolitik relativ unspektakulär ist, so gibt es in den übrigen Vollzugsbereichen europäischer Außenpolitik einige Beschlüsse und Policies, die für Taiwan selbst ins Gewicht fallen. Die Chinapolitik der EU, die freilich auch Taiwan betrifft, wurde bereits erwähnt. Die bedeutendste Frage dreht sich jedoch um das Waffenembargo der Europäischen Union per Ratsbeschluss vom 27. Juni 1989 gegen China, bzw. ob, wann und unter welchen Umständen dieses aufgehoben werden könnte.

Das Waffenembargo unterband einen Export zumindest größerer und zusammenhängender Waffensysteme nach China, und hatte somit erheblichen Einfluss auf die Militärstruktur Ostasiens. Allerdings eröffnet der knappe und somit unspezifische Wortlaut dieses Beschlusses[46] erhebliche Interpretationsspielräume und Schlupflöcher für die Mitgliedstaaten, unter deren Ausnutzung weiterhin Einzelkomponenten von Waffensystemen (Überwachungs- und Steuerungsgeräte, etc.) und für Rüstungsprogramme essentielle Technologie (Antriebstechnologie, Sensortechnik, Mikroelektronik) nach China flossen.[47] Die Beteiligung Chinas am Galileo-Satellitennavigationssystem, das freilich auch zur Steuerung von Präzisions-Abstandswaffen, inklusive der Wiedereintrittskörper für Nuklearraketen verwendet werden kann, ist das prominenteste Beispiel.

Das Waffenembargo ist zwar langfristig handlungssteuernd, aber in Bezug auf die Militärstruktur neutral: Es wurde anlässlich der Niederschlagung der Protestbewegung am Platz des Himmlischen Friedens beschlossen, gibt aber keinen Aufschluss darüber, wie man sich Chinas Stellung in der Militärstruktur – etwa seiner Position in der Taiwanstraße – vorstellt. Dass das Embargo noch aufrecht ist (der formelle Grund der Verhängung war ja die Niederschlagung der Studentenbewegung, der mittlerweile schon lange zurückliegt und bei Entscheidungen in anderen Policybereichen nicht mehr als ausschlaggebendes Kriterium angeführt wird), zeigt, dass einige Mitgliedstaaten diesbezügliche Überlegungen in ihre Policyabwägungen einbauen (oder einbauen könnten), jedoch auf nachvollziehbare gemeinsame Kriterien oder Zielvorstellungen in der Sachlage hat man sich nicht geeinigt.

Bislang waren es Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien, die eher im Verdacht standen, auf ein Aufheben zu drängen. Hingegen führen skandinavische Staaten eher humanitäre Bedenken, osteuropäische Staaten die mögliche indirekte Schädigung des Bündnispartners USA gegen eine Auflösung ins Felde. Nach dem Auswechseln der Amtspersonen im Berliner Kanzleramt und Élysée-Palast ist die Diskussion zwar ruhiger, sachlicher, aber nicht minder schwierig geworden.

In der Tat ist es aus der Sicht Pekings verwunderlich, dass Staaten, die in der politischen Kommunikation den „strategische Partner“ mimen und in Zeiten wirtschaftlicher Krisen fast als Bittsteller um ein Einverständnis Chinas zu eigenen Reformplänen der Weltwirtschaftsordnung werben, gleichzeitig mit dem Embargo China den Status einer zweitrangigen Nation auferlegen. Es wird von Seiten der Union daher nach einem Mittel gesucht, der politischen Stimmung wegen das Embargo aufzuheben, trotzdem aber Regelungen zu treffen, die eine Ausfuhr von Rüstungstechnologie nach China verhindern.

Im Gespräch sind andere Konventionen, die die Rüstungsausfuhr berühren, genauer der „*Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren*“, welcher gewisse Kriterien für das Empfängerland von Rüstungsgütern vorschreibt,[48] ebenso wie der „Letter of Intent“ und der „Gemeinsame Rahmen“ der sechs Hauptrüstungsproduzenten der Europäischen Union[49] (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden) betreffend transnationaler Rüstungsprojekte und die „Verordnung der EU über den Export von ‚Dual-Use'-Gütern“.[50]

Doch eine sichere Unterbindung des Technologietransfers und Rüstungsexports an die Volksrepublik China kann von diesen Dokumenten noch weniger erwartet werden als vom bisherigen Embargo. Während das Waffenembargo als kollektiver Beschluss den Staaten je nach Interesse und politischem Kalkül auch die Möglichkeit gab, sich dahinter zu verschanzen und so trotz realer ablehnender Haltung gegenüber China diplomatisch den freundschaftlichen Ton zu wahren, würde im Falle des Codes[51] eine Blockade der Rüstungsgüterausfuhr eine direkte Anschuldigung eines EU-Staates an einen Drittstaat darstellen, die regionale Stabilität zu gefährden, die Waffen illegal weiterzuleiten oder nachzubauen, etc. (je nach dem, aus welchem Grund man die Ausfuhr verweigert). Dass man so etwa mit Burma oder Angola verfährt, ist selbstverständlich. Aber gegenüber wirtschaftlichen Schwergewichten wie China ist es zu bezweifeln, dass ein Mitgliedstaat – bzw. ein Regierungschef – die Courage aufbringen wird, eine Waffenlieferung unter diesen Umständen zu untersagen. Hingegen, wenn ein Anderer der Ausfuhr von jenen Rüstungsgütern zustimmt, die China von einem Mitgliedstaat verweigert wurden, erntet er maximal diplomatische Missgunst seitens der Unionskollegen – und mit Sicherheit einen Vorteil im Hochtechnologiebereich des chinesischen Marktes für die Unternehmen seines Staates.

Ökonomische Schwergewichte können so die Mitgliedstaaten gegeneinander ausspielen, indem sie exportunwillige Staaten bewusst vom Markt, bzw. von Kooperationsprogrammen und öffentlichen Ausschreibungen ausschließen und exportwillige Staaten begünstigen.[52] Auch wenn der WTO-Beitritt hierzu die Möglichkeiten Chinas einschränkt – es ist zu bezweifeln, ob sich die Staaten in einem solchen Fall auf ein langwieriges Schlichtungsverfahren einlassen. Darüber hinaus ist die Abdeckung gewisser Subsidiärinteressen (Staatsaufträge, staatliche Forschungskooperationen, etc.) nicht über die WTO durchzusetzen. Aufgrund der starken Berücksichtigung ökonomischer Interessen in der Außenpolitikgestaltung europäischer Staaten ist deshalb nicht mit einem Wirksamwerden des „*Code of Conducts*“ zu rechnen. Europa stünde hier vor der Wahl, ein schlecht greifendes Embargo durch überhaupt nicht greifende Konventionen zu ersetzen.

6. Ausblick

Die wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Stabilität in der Taiwan-Straße werden auch in Zukunft zwischen den Administrationen in Taipeh und Peking in der inneren und Peking und Washington in der äußeren Linie entschieden.

Die Europäische Union hat hier keine profilierte Politik einzubringen und es stehen aus der Sicht Brüssels wenige Gründe dafür, dies in absehbarer Zeit zu tun. Allerdings sollte man sich dort zumindest der weltpolitischen Tragweite bewusst werden, die selbst kleinere Schritte – etwa die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China – entfalten werden. Dies scheint auch – dank amerikanischer Nachhilfe – zunehmend der Fall zu sein.

Letztendlich könnte die Embargoproblematik auch einen Impuls für den Integrationsprozess abwerfen, da der Bestand an Regelungen hinsichtlich des Rüstungsexportes – mit oder ohne Taiwanproblem – stark überholungsbedürftig ist. Mit der Verteidigungsagentur hätte man auch den bürokratischen Nukleus der Koordination einer möglichen gesamteuropäischen Rüstungsexportpolitik bereits gefunden, allerdings ist eine solche noch lange nicht absehbar und die Widerstände gegen eine solche sowohl bei der Industrie als auch in den Hauptstätten zu groß.

Anmerkungen

[*] Die hier vorliegende Arbeit stellt im Grunde eine Verschriftlichung der Thesen dar, die der Verfasser anlässlich des Workshops „The Security and Political Situation in East Asia“ des IILP am 15. August 2008 gehalten hatte. Damals stießen diese Thesen auf heftigen Widerspruch, vor allem bundesdeutscher Repräsentanten. Zugegeben, sie sind etwas spitz formuliert – es soll aber gerade Zweck des Artikels sein, etwas abseits der alltäglichen Selbstbeweihräucherung und Rezitation politischer Phrasendrescherei zur kritischen Selbstreflexion anzuregen.

[1] Der genaue Wortlaut kann unter: http://www.ait.org.tw/en/about_ait/tra/ eingesehen werden.

[2] Ob das Bewusstsein um die angespannte politische Situation um die Straße von Formosa damals in Europa vorhanden war oder nicht, tut hierzu nichts zur Sache, denn diese Fragen lagen nicht im Gegenstandsbereich der EWG!

[3] Zur Darstellung der EU-ASEAN Beziehungen aus der Sicht der ASEAN: http://www.aseansec.org/5612.htm;

[4] Wann immer die Europäische Union zum Diskursobjekt der deutschsprachigen Eliten wird, scheinen in erster Linie normative Leitgedanken das Geschriebene zu bestimmen. Auch der Versuch, informativ-deskriptiv an die Sache heranzugehen, wird vom hiesigen Europapolitik-Establishment selten honoriert, sondern auch in das übliche „pro- oder antieuropäisch“ Schema eingeteilt. Es sei hierzu bloß angemerkt, dass es dem europäischen Einigungsgedanken nicht dienlich ist, ständig Wunschbilder vor sich her zuschieben oder seine Augen vor den Schwierigkeiten und Problemen des gegenwärtigen Integrationszustandes zu verschließen. Man hat mit dem Europa zu leben, das man real vorfindet und auch Verbesserungen lassen sich nur vom Stand der gegenwärtigen Lage aus erreichen.

[5] Zu dieser Unterscheidung vgl.: Kalevi Jaakko Holsti, International Politics, A Framework for Analysis, Englewood Cliffs NJ, 1995, S.18-19; Klaus Faupel, Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftlicher Forschung, in: Jahrbuch der Universität Salzburg 1981-1983, Salzburg, 1984, S.94-105; Gustav C. Gressel, Europäische Ostasienpolitik auf dem Prüfstand, eine Evaluierung in den Problemfeldern der großen Politik, Salzburg, 2007, S.8-14;

[6] Peter Fischer, Heribert Franz Köck, Margit Maria Karollus, Europa Recht, Recht der EU/EG, des Europarates und der wichtigsten anderen europäischen Organisationen, 4. Auflage, Wien, 2002, S.982;

[7] Waldemar Hummer, Walter Obwexer, Der Vertrag von Nizza, mit EU- und EG-Vertrag in konsolidierter Fassung sowie EU-Charta der Grundrechte samt Erläuterungen, Wien, 2001, S.51;

[8] Commission of the European Communities, Towards a New Asia Strategy, Brussels 13.07.94, Nr.: COM(94)314 final; Commission of the European Communities, A new partnership with South East Asia, Nr.: COM(2003)399/4; Commission of the European Communities, Regional Indicative Programme 2005-2006, ASEAN, download am 20.03.2006, unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/asean/csp/rip_05-06.pdf; Commission of the European Communities, Asia – European Cooperation Framework, download am 22.04.2004 unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/asem/asem_proess/aecf.ht; Commission of the European Communities, Agreement on Trade and Economic Cooperation between the European Economic Community and the People’s Republic of China – 1985, download am 20.03.2006, unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/intro/1985_trade_agreement.htm; Commission of the European Communities, Agreement for scientific and technological cooperation between the European Community and the Government of the People’s Republic of China, Official Journal of the European Communities, 11.01.2000, Nr.: L6/40; Commission of the European Communities, Commission Working Document, Country Strategy Paper, CHINA,

http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/02_06en.pdf; Commission of the European Communities, National Indicative Programme 2002-2004, download unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/nip02_04.pdf; Commission of the European Communities, National Indicative Programme 2005-2006, download unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/nip05_06.pdf; Commission of the European Communities, A long term policy for China-Europe relations, Brussels 1995, COM(1995) 279 final; Commission of the European Communities, Building a Comprehensive Partnership with China, Brussels 25.03.1998, COM(1998)181; Commission of the European Communities, On the Implementation of the Communication "Building a Comprehensive Partnership with China", Brussels 08.09.2000, COM(2000)552 final; Commission of the European Communities, EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a more Effective EU Policy, Brussels 15.05.2001, COM(2001)265 final; Commission of the European Communities, (2003), A Maturing Partnership – Shared Interests and Challenges in EU – China Relations, Brussels 10.09.2003, Nr.: COM(2003)533 fin.; Commission of the European Communities, Cooperation Agreement between the European Community and the Republic of India on partnership and development, Official Journal of the European Communities, 27.08.94, Nr.: L 223/24; Commission of the European Communities, Country Strategy Paper, China 2007-2013, Draft Document unter: http://www.asia-programming.eu/wcm/dmdocuments/draft_CSP_China.pdf; Commission of the European Communities, EU-India Enhanced Partnership, Brussels, 26.06.1996, Doc ID: COM(96) 275 final; Commission of the European Communities, An EU-India Strategic Partnership, Brussels 16.06.2004, Doc ID: COM(2004) 430 final; Commission of the European Communities, The EU-India Joint Initiative for Enhancing Trade and Investment, unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/india/eco/brochure.pdf; Commission of the European Communities, Science and Technology Cooperation: The 6th Framework Programme (FP6) 2002-2006, unter: http://delind.cec.eu.int/en/eco/s&t_cooperation.htm#Events;

[9] Artikel 17 des Vertrags von Nizza, download unter: http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12001C/pdf/12001C_DE.pdf;

[10] Council Joint Action 2006/419/CFSP of 12 June 2006, in support of the implementation of the United Nations Security Council Resolution 1540 (2004) and in the framework of the implementation of the EU Strategy against the Proliferation of Weapons of Mass Destruction, Official Journal of the European Union, Nr.: L 165/30; Council Joint Action 2006/418/CFSP of 12 June 2006, on support of nuclear security and verification and the framework of the implementation of the EU Strategy against the Proliferation of Weapons of Mass Destructions, Official Journal of the European Union, Nr.: L 165/20; Council Joint Action 2006/243/CFSP of 20 March 2006, on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban-Treaty Organisation (CTBTO) in the area of training and capacity building for verification and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destructions, Official Journal of the European Union, Nr.: L 88/68; Council Joint Action 2006, in support of the Biological and Toxin Weapons Convention, in the framework of the EU Strategy against the Proliferation of Weapons of Mass Destruction, Official Journal of the European Union, Nr.: L 65/51; Council of the European Union, Council Common Position 2006/244/CFSP of March 2006 on participation by the European Union in the Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), Nr.: L88/73, S.1; Zu den übrigen die Implementation betreffenden Papieren sei auf die Seite des Rates verwiesen: http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=718&lang=en&mode=g#Bookmark15;

[11] Council of the European Union, The European Union Counter-Terrorism Strategy, Brussels, 30. November 2005, Nr.: 14469/4/05; Council of the European Union, Six monthly progress report on the implementation of the EU strategy against the proliferation of weapons of mass destruction (2008/I), Dok.Nr.: 10744/08; Zu den übrigen die Implementation betreffenden Papieren sei auf die

Seite des Rates verwiesen:
http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=718&lang=en&mode=g#Bookmark15;

[12] COUNCIL JOINT ACTION 2007/528/CFSP, in support of the convention on prohibitions or restrictions on the use of certain conventional weapons which may be deemed to be excessively injurious or to have indiscriminate effects, in the framework of the European Security Strategy of 23 July 2007, L 194/11; COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION, EU Strategy to combat illicit accumulation and trafficking of SALW and their ammunition, 5319/06, Brussels, 13 January 2006; Zu den übrigen die Implementation betreffenden Papieren sei auf die Seite des Rates verwiesen: http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=718&lang=en&mode=g#Bookmark15;

[13] Vgl. hierzu und auch zu deren Niederschlag auf die Rüstungsindustrie: Eugene Kogan, The European Union Defence Industry and the Appeal of the Chinese Market, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2005, Wien;

[14] Vgl. auch: Nicola Casarini, The Evolution of the EU-China Relationship: from Constructive Engagement to Strategic Partnership, European Union Institute for Strategic Studies, Occasional Papers, Nr. 64, Paris, October 2006, S.17ff;

[15] A booming China faults US policy on the economy, International Herald Tribune Online, 17.06.2008;

[16] China holds the Cards at Summit, International Herald Tribune Online, 14.11.2008;

[17] Vgl. zu Chinas diesbezüglichen Forderungen: China's EU Policy Paper, vom 13.10.2003; http://www.fmprc.gov.cn/eng/topics/ceupp/t27708.htm; Obwohl das Papier schon älter ist, hat sich an den chinesischen Positionen wenig verändert. Diese werden auch im politischen Dialog zwischen der Union und China weiter reproduziert. Vgl.: 10th China-EU Summit, Beijing, 28th of November 2007 Joint Statement, Dokumentennummer: 16070/07;

[18] European Economic and Trade Office, EU-Trade and Investment Factfile 2007, Taipei, S.3. Die Verwendung von Zahlenmaterial von Eurostat, der Europäischen Kommission oder dem Vertretungsbureau der EU in Taiwan stieß anlässlich des gleichnamigen Vortrages des Verfassers auf scharfe Kritik aus Berlin. Man kenne dort andere Zahlen, nach denen das Handelsdefizit – so die Aussage der Kritiker – der EU mit China nicht so hoch ausfalle. Nun es ging im Vortrag wie in diesem Artikel nie um ein Handelsdefizit, sondern um die unterschiedliche Gewichtung Taiwans und Chinas durch die europäische Union. Hierzu ist in erster Linie relevant, mit welchen Größenvorstellungen die Union selbst operiert, da die eigenen Daten wohl eher eine Durchschlagswirkung auf die politischen Geschäfte entwickeln wird.

[19] Commission of the European Communities, EU-Taiwan Trade:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/111573.htm;

[20] Commission of the European Communities, China-EU Trade Relations,
http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/countries/china/index_en.htm;

[21] Alle Daten beziehen sich auf 2007: Commission of the European Communities, EU-Taiwan Trade: http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/111573.htm;

[22] Commission of the European Communities, China-EU Trade Relations,
http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/countries/china/index_en.htm;

[23] Commission of the European Communities, EU-Taiwan Trade:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/111573.htm;

[24] Commission of the European Communities, China-EU Trade Relations,
http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/countries/china/index_en.htm;

[25] Vgl.: Douglas B. Fuller, The Cross-Strait Economic Relationship's Impact on Development in Taiwan and China, Adversaries and Partners, in: Asian Survey, Vol.48,Nr.2, March/April 2008, S.239-264;

[26] Zur außenpolitischen Planung vergleiche: Klaus Faupel, Memorandum zur Gestaltung der Mitwirkung akademischer und anderer externer Fachleute an der Politikentwicklung im Rahmen des Außenministeriums, unveröffentlichtes Dokument, 1983; Irving Mc Arthur Destler, Presidents, Bureaucrats, and Foreign Policy, The Politics of Organizational Reform, Princeton, 1972; Robert L. Rothstein, Planning in Foreign Affairs, In Policy Science, 4/1973, S.453-466; Frederic C. Mosher, John E. Harr, Programming Systems and Foreign Affairs Leadership, An Attempted Innovation, New York, London, Toronto, 1970; Gustav C. Gressel, Die Europäische Ostasienpolitik auf dem Prüfstand, Eine Evaluierung in den Problembereichen der großen Politik, Salzburg 2007;

[27] Vgl.: Council of the European Union, Joint Statement of the Eighth China-EU Summit, Beijing, 5 September 2005; inklusive der Vorläuferdokumente. Eine Erklärung, was unter einer strategischen Partnerschaft genau verstanden werden soll, bleibt die Europäische Union schuldig. Der Europäischen Sicherheitsstrategie kann man interpretativ entnehmen, dass es sich bei den strategischen Partnerländern um jene Zentren handelt, die im Staatensystem eine bestimmende Rolle erlangen werden, und dass die „Partnerschaft" den Wunsch darstellt, in kooperativer Art mit diesen an der weiteren Ordnung des Systems arbeiten zu können.

[28] Commission of the European Communities, EU-Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and future Steps for a more Effective EU-Policy, Brussels 15.05.2001, Doc.ID: COM(2001)265 (Final); Commission of the European Communities, A maturing partnership – shared interests and challenges in EU-China Relations, Brussels 10.09.2003, DocID.: COM(2003)533 final; Commission of the European Communities, Building a Comprehensive Partnership with China, Brussels, 25.03.1998, Document ID: COM(1998)181 final;

[29] Commission of the European Communities, A maturing partnership – shared interests and challenges in EU-China Relations, Brussels 10.09.2003, DocID.: COM(2003)533 final, S.6-9;

[30] Commission of the European Communities, A Maturing Partnership – Shared Interests and Challenges in EU-China Relations, Brussels 10.09.2003, DocID.: COM(2003)533 final, S.23; Javier Solana, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 2003, S.10-11; Commission of the European Communities, An EU-India Strategic Partnership, Brussels 16.06.2004, Doc ID: COM(2004)430 final, S.3-4, 16-21; Council of the European Union, Chairman's Statements of the Fifth Asia-Europe Meeting, Hanoi, 08-09 October 2004, S.2; Council of the European Union, 14th EU-Japan Summit, Luxembourg, 2 May 2005, Joint Press Statement, S.6; Council of the European Union, Fifth India-EU Summit, The Hague, 8 November 2004, Joint Press Statement, S.2; Commission of the European Communities, Europe and Asia: A Strategic Framework for Enhanced Partnerships, Brussels, 04.09.2001, Doc ID: COM(2001)469 final. In abgewandelter Form auch: Commission of the European Communities, A New Partnership with South East Asia, Doc ID: COM(2003)399/4, S.11-12;

[31] Commission of the European Communities, A Maturing Partnership – Shared Interests and Challenges in EU-China Relations, Brussels 10.09.2003, DocID.: COM(2003)533 final, S.11-20;

[32] Als Beispiele diesbezüglicher liberal-ideologischer Eklektizismen: Bruce M. Russett, John J. Oneal, Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York, 2001; Ernst-Otto Czempiel, Friedensstrategien, Systemwandel durch Internationale Organisation, Demokratisierung und Wirtschaft, Paderborn, 1986;

[33] Vgl.: Yun-han Chu, Taiwan in 2007, The Waiting Game, in: Asian Survey, Vol.48, Nr.1; January/February 2008, S.124-132;

[34] Commission of the European Communities, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, EU-China: Closer partners, growing responsibilities, COM(2006)632 final;

[35] Commission of the European Communities, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, EU-China: Closer partners, growing responsibilities, COM(2006)632final, S.4;

[36] Council of the European Union, Joint Statement of the Eighth China-EU Summit, Beijing, 5 September 2005, Doc ID: 11923/05; Council of the European Union, 7th EU-China Summit, The Hague, 8 December 2004, Joint Statement, Doc ID: 15065/04; Council of the European Union, Sixth China-EU Summit, Beijing 30 October 2003, Joint Press Statement, Doc ID: 13424/03; Council of the European Union, Fifth EU-China Summit, Copenhagen, 24 September 2002, Joint Press Statements, Doc ID: 12335/02;

[37] Hierzu gehören neben den bereits zitierten Chinastrategien noch: Commission of the European Communities, Commission Working Document: CHINA http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/02_06en.pdf, Commission of the European Communities, A Long Term Policy for China-Europe Relations, 1995, Doc ID: COM(1995)279/final; Commission of the European Communities, Report on the Implementation of the Communication 'Building a Comprehensive Partnership with China', Brussels, 08.09.2000, Doc ID: COM(2000)552 final;

[38] Wolfgang Kersting, Diskussionstheorie kommunikativen Handels, in: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schulz (Hg.), Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien, München, 1995, S.56-63;

[39] Commission of the European Communities, Commission Working Document, Country Strategy Paper China, 2007-2013, unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52006DC0631:EN:NOT; Commission of the European Communities, Commission Working Document, Country Strategy Paper, CHINA, http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/02_06en.pdf;

[40] Commission of the European Communities, China Multi-annual Indicative Paper 2007-2010; unter: http://ec.europa.eu/external_relations/china/docs/index_en.htm; Commission of the European Communities, National Indicative Programme 2002-2004, bzw. Indicative Programme 2005-2006, download unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/nip05_06.pdf;

[41] The International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 2006, The IISS Annual Review of World Affairs, London, S.386;

[42] Große Koalition unterstützt Waffenembargo gegen China, Aufhebung steht nicht an der Tagesordnung, Chinas Staatschef beendet Deutschland-Besuch in NRW, Die Welt Online, 09.04.2006;

[43] Council of the European Union, Taiwan: declaration by the Presidency on behalf of the European Union, 19. September 2008, Nr. 13205/1/08 REV 1;

[44] Zur Kurzübersicht über die Systeme vgl.: http://www.globalsecurity.org/military/world/europe/mirage-2000.htm bzw. http://www.globalsecurity.org/military/world/taiwan/kang-ding.htm;

[45] Für Genaueres zum Management dieser Sphären sei auf das Vertretungsbüro der Kommission in Taipeh verwiesen: http://www.deltwn.ec.europa.eu/;

[46] „Interruption by the Member States of the Community of military cooperation and an embargo on trade in arms with China". Vgl.: European Council Decision, Madrid, 27th of June 1989, in: European Union China Factsheet, download am 25.03.2006 unter: http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/FACTSHEET_ON_THE_EU_AND_CHINA.pdf

[47] Eugene Kogan, The European Union Defence Industry and the Appeal of the Chinese Market, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2005, Wien, S.27-35;

[48] Diese Beinhalten: (1) Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch die EU Staaten; (2) Respektierung der Menschenrechte im Empfängerland; (3) interne Situation im Empfängerland (Spannungen, bewaffnete Konflikte); (4) Erhaltung von regionalem Frieden, Sicherheit und Stabilität; (5) nationale Sicherheit der Mitgliedstaaten, sowie befreundeter oder verbündeter Länder; (6) Verhalten des Empfängerlandes in der internationalen Gemeinschaft (Terrorismus, Bündnisse, Einhaltung des internationalen Rechts); (7) Risiko, dass die gelieferten Güter im Empfängerland umgeleitet oder reexportiert werden; (8) Verträglichkeit der Waffenexporte mit der technischen und wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes (Verhältnis Militär und Sozialausgaben). Vgl.: EU Code of Conduct on Arms Exports, http://projects.sipri.se/expcon/eucode.htm

[49] http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2003/c_320/c32020031231en00010042.pdf

[50] European Union Dual Use Export Control System, http://projects.sipri.se/expcon/eudu/eu_dualuse.html

[51] Die Verweigerung von Rüstungsausfuhren unterliegt im Code of Conduct alleine den Mitgliedstaaten. Die Entscheidung eines Staates ist aber für die anderen keinesfalls bindend. Vgl.: Eugene Kogan, The European Union Defence Industry and the Appeal of the Chinese Market, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, 1/2005, Wien, S.15-16; weiters: Gudrun Wacker, Das EU-Waffenembargo gegen China, in: Erich Reiter (Hg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2004, Hamburg, Berlin, Bonn, S.795-812;

[52] China hat mit diesem Mittel seine Verurteilung bei den Sitzungen der UN-Menschenrechts-kommission in Genf seit 1997 verhindert. Als Dänemark und die Niederlande versuchten, für eine dementsprechende Verurteilung Chinas eine Mehrheit zu organisieren, reagierte China mit dem Einschränken der Kontakte und Diskriminierungsmaßnahmen gegenüber dänischen und niederländischen Unternehmen. Vgl. Franco Algieri, Die Europäische Union und China, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn, 2004, S.587;

Die Autoren dieses Heftes:

Bill Keh-ming Chen, 陳克明 is currently Executive Secretary, Research & Planning Committee, Ministry of Foreign Affairs (MoFA) of the Republic of China (RoC) after a career within the MoFA and as an Assistant to the Chief Taiwan Representative to the USA. His credits include a BA (Business Administration Department, School of Law, National Taiwan University), and a special course at Leeds University.
He is married and has one son and one daughter.

Lieutenant General Yuan-hsiung Chen, Director General, Integrated Assessment Office, Ministry of National Defence (MND – RoC) was trained as a fighter pilot. He holds a Master Degree of Management Science, Maryland University. After being Chief of Planning Section in the Office of the Deputy Chief of Staff for Planning in Air Force General Headquarters and then Director of the Defense Policy Division, Department of Strategic Planning, he is now the Director General, Integrated Assessment Office, MND.

Prof. Chong-pin Lin, CEO, Foundation on International & Cross-Strait Studies, Taiwan is also professor at the Graduate Institute of International Affairs and Strategic Studies at Tamkang University near Taipei. Before serving in the government in different functions, including Deputy Minister in the Ministry of National Defense of the Republic of China, he worked 29 years in the USA and Canada in different fields like mineral exploration, mining, and financial analysis.
His credits include a BA in geology from National Taiwan University (1965), MA in geology from Bowling Green State University (1969), MBA in finance from UCLA (1973), MA (1980) and Ph.D. (1986) in government from Georgetown University.
From 1987 to 1995, he was Resident Scholar and the Associate Director of the Asian Studies Program at the American Enterprise Institute in Washington D.C. He taught from 1984 to 1995 alternatively as Sun Yat-Sen Chair Professor and Adjunct Professor at the Government Department and the School of Foreign Service at Georgetown University. From September 1995 to June 1996, he served as Professor and Director, Graduate Institute of Political Science, the National Sun Yat-Sen University in Kaohsiung, Taiwan.
He is author of a number of books and monographs, and has published in several international journals and newspapers, including China Quarterly and New York Times.

MMag. Gustav Carl Gressel, geboren 1979, ist seit 2006 Mitarbeiter der Analyseabteilung des Büros für Sicherheitspolitik im BMLV; Spezialgebiete: Proliferatin von Nuklearwaffen, Mittlerer Osten, Ostasien; Absolvent der theresianischen Militärakademie, 2002-2007 Studium der Politikwissenschaft in Salzburg, 2004-2006 Wissenschaftlicher Assistent von Sektionschef Prof. DDr. Reiter im BMLV.

Prof. Dr. Sebastian Harnisch is full professor for Political Science at the Ruprecht-Karls-University of Heidelberg. He has been Research Fellow in Korean Studies, Seoul National University, Seoul (Korea Foundation Scholarship), a Research Fellow at the East Asian Institute, Columbia University, New York (funded by German Research Foundation, GSF) as well as Research Fellow at Yonsei University, Seoul and the Japan Center for International Exchange, Tokyo (funded by GSF). His research and publications encompass German and American Foreign Policy, European affairs, theories of International Relations, non-proliferation of weapons of mass destruction and Korean Affairs (Please see the selection of Korea-realted publications below. For a full list see the webpage www.sebastian-harnisch.de). He is co-editor of “Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic” (Manchester UP, 2001 with Hanns W. Maull) and of “German Security Policy. An Assessment of the Schröder government’s track record” (in German: Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder) (Nomos Verl. 2004; co-editors Christos Katsioulis/ Marco Overhaus) in addition to more than fifty articles in journals and volumes, among others Asian Survey, Pacific Review and the Journal of Korean Unification Studies.

Dr. Eugene Kogan studierte an der Universität Tel Aviv Geschichte und promovierte an der Universität Warwick, Großbritannien. Seine Dissertation beschäftigte sich mit der Auslagerung der sowjetischen Rüstungsindustrie aus der Kriegszone im Lauf der Jahre 1941-1942.

Dr. Kogan ist bekannt als Experte im Bereich der Rüstungsindustrien. Er war Gastforscher an renommierten Forschungsinstituten wie zum Beispiel: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Schwedische Forschungsagentur für Verteidigung (FOI), Schwedische Nationale Verteidigungsakademie (FHS).

Zu Zeit wohnt Dr. Kogan in Wien und arbeitet als Gastwissenschaftler am Internationalen Institut für Liberale Politik.

Er ist israelischer Staatsbürger und leistete 1975-1978 seinen Militärdienst in den israelischen Streitkräften (IDF).

Dr. Rudolf Logothetti studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Salzburg und Wien und International Relations an der Paul Nitze School of Advanced International Studies in Washington DC und Bologna. Nach Beschäftigung in der Privatwirtschaft und im Europäischen Parlament und nach langjähriger Lehrtätigkeit an der Universität der Deutschen Bundeswehr in München, Eintritt in das BMLV im Jahre 2004. Seither im Büro für Sicherheitspolitik des BMLV.

Urs Schoettli, geboren 1948 in Basel. Philosophiestudium an der Universität Basel. 1978 bis 1982 Generalsekretär der Liberalen Internationalen in London, danach bis 1991 Geschäftsführender Vizepräsident. 1983 bis 1989 Südasienkorrespondent der NZZ in Delhi. 1990 bis 1995 Iberien-Repräsentant der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung, erst in Madrid und danach in Sintra, Portugal. Von 1993 bis 1995 ehrenamtlicher Sekretär der Grosseuropakommission. 1996 Rückkehr zur NZZ, dort bis 1999 Korrespondent in Hongkong, danach von 1999 bis 2002 Fernostkorrespondent in Tokio, 2002 bis 2007 China-Korrespondent in Peking. Seit 2007 wieder Fernostkorrespondent mit Sitz in Tokyo. Mitglied des Vorstands der Max Schmidheiny-Stiftung.

Dr. Gudrun Wacker, geboren 1954, 1991 Promotion im Fach Sinologie, 1992-2000 Wissenschaftliche Referentin am Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Köln, Forschungsschwerpunkte: Chinesische Außen- und Sicherheitspolitik, innere Entwicklung Chinas; Beziehungen EU-China; Chinas Politik im asiatisch-pazifischen Raum und die Rolle der USA; Herausforderungen bei der Modernisierung Chinas (nachhaltige Entwicklung); Olympische Spiele in China.

Forschungsaufenthalte in China (v.a. Beijing, Shanghai, Xinjiang) und Hongkong in den Jahren 1987, 1993, 1997, 1999, seit 2003 jährlich und in Taipei 1977-1978, 1985, 1993, 1999 und 2008;

in den USA (Harvard University und The Hoover Institution for War, Revolution and Peace) Oktober 1982 bis April 1983.

Sprachen: Englisch, Chinesisch, Russisch, Französisch.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)
Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland
Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)
Wilhelm Brauneder: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)
Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)
Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)
Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)
Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)
Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)
Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)
Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)
Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)
Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)
Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)
DIE ZUKUNFT EUROPAS
Franco Algieri: Zustand und Entwicklungs-szenarien der EU im Lichte der Krise
Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede
Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen
Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)
Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)
STEUERPOLITIK
Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise
Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung
Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler
Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)
KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM
Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit
Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße
Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?
Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER
Herbert Scheibner: „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“
Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?
Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt
Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter
Astrid v. Friesen: „Kinder und Gewalt. Opfer und Täter“

HEFT 17 (2006)
BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH
Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von

Freiheit und Toleranz. Drei Weise aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen
Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich
Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945
Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale" Ursachen
Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs": Liberale Wirtschaftspolitik?
Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa
Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)
VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT
Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus"
Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes
Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive
Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?
Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit
Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat
Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich
Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen
Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)
DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK
Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP
Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP
Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an
Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?
Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika
Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

HEFT 20 (2007)
DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE
Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?
Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik
Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen
Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)
Schwerpunkt: **FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP**
Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip
Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus
Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten
Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

sowie: **Martin Malek:** ***Russlands „Energieaußenpolitik***" und der ***Südkaukasus***. Geopolitik, „frozen conflicts" und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)
Schwerpunkt: **GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN**
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken. Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien
Michael Stormann: Genmedizin in Europa
Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie
Wolfgang Schallenberger: „Genmedizin". Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

sowie: **Iris Kempe:** Die ***europäisch-russischen Beziehungen*** und die Russlandpolitik der EU

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006. Liberale Politik in Österreich. Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffenergie und Atomenergie

Helmut Stubner: CO2-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Ziesetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyotoprotokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

Schwerpunkt: **ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT**

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepli: Neutralität in der Schweiz

sowie: **Peter W. Schulze:** Elf Thesen zur ***russischen Innen- und Außenpolitik*** am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die ***EU als Energiemanager***

HEFT 26 (2008)

Schwerpunkt: **ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU**

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algieri: Die ***Zentralasienpolitik*** der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

sowie: **Eugene Kogan:** Die Beziehungen ***Israels*** zur ***NATO***

HEFT 27 (2008)

Schwerpunkt: **GEORGIENKONFLIKT**

Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland

Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

sowie: **Gerhard Will**: Permanenter Ausnahmezustand – ***Birmas*** leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammestrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel ***Irak*** und die US-amerikanische „Using the Sheickhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

Schwerpunkt:

HAT DIE MARKTWIRTSCHAFT ZUKUNFT?

Gerald Schöpfer: ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

Erhard Fürst: Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?

Helmut Kern: Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

Bernhard Martin: Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose.

Rainer E. Schütz: Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

sowie: **Walter Schragl:** ***Schadenersatz*** *für* ***behindertes Kind****?*

Henriette Riegler: Der Staat ***Kosovo*** – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

OSTASIEN – GEOSTRATEGISCHER SCHWERPUNKT DER WELT

Urs Schöttli: Brennpunkte in Ostasien

Gudrun Wacker: China als globaler Akteur

Rudolf Logothetti: Die USA in Ostasien

Eugene Kogan: The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

Sebastian Harnisch: The Korean Conundrum

Urs Schöttli: Japans Rolle in Ostasien

Yuan-hsiung Chen: Security Situation of Taiwan

Chong-pin Lin: Beijings Taiwan Policy

Bill Keh-ming: United States in East Asia

Gustav C. Gressel: Anmerkungen zu den Beziehungen zwischen der EU und Taiwan

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginthör **Martin Haselberger** **Sandra Schreiblehner**	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandels systemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten – Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit **Peter W. Schulze** **Andrei Zagorski**	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
Gudrun Harrer	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces-Agreement mit den USA	Jänner 2009
Uwe Halbach **Andrei Zagorski** **Peter W. Schulze** **Eugene Kogan**	Machtpoker am Kaukasus – Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien und zur Bewertung der Georgien-Strategien Vier Studien	Februar 2009

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP)
wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.
Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.
Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe" heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530

Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014 S

ISBN 978-3-902595-28-7

_____ IILP _____

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3